

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streifenband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellungs- und Schiffsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 14. März 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Amerikas Mobilisierung gegen Mexiko.

Die Mobilisierung der Vereinigten Staaten wirft die Frage nach den eigentlichen Beweggründen der Washingtoner Regierung auf. Will sie das Land annectieren oder — dessen Oberhaupt für seine unzähligen Verbrechen an Gut und Mensch bestrafen? Augenscheinlich keines von beiden. Denn Mexiko ist seit langer Zeit, wenn auch nicht politisch, so jedenfalls wirtschaftlich der Basallenstaat des Onkels Sam, tributpflichtig, zwar nicht dem amerikanischen Volke, wohl aber seiner herrschenden Klasse, den Trustagnaten. Was Mexiko an Naturschätzen besitzt, und das ist sehr viel, ist im Besitz amerikanischen Kapitalisten. Durch alle Kanäle seines wirtschaftlichen und governementalen Lebens rollt der amerikanische Dollar. Ueber 900 Millionen Dollar haben die amerikanischen Kapitalisten in Mexiko angelegt; seinen gesamten Vorrat an Kupfererz kontrolliert oder besitzt die Gruppe Morgans-Guggenheim; über allen seinen großen Schmelzhütten und Minenwerken hängt die Firma: Guggenheims Söhne; der weitaus beste Teil der sehr ergiebigen Delquellen schöpft der Standard-Oiltrust unter dem Aushängeschild Waters-Pierce aus; der amerikanische Zuckertrust hat kürzlich von der Regierung Diaz' so weitgehende Konzessionen für Rübenplantagen und Zuckerverarbeitung erhalten, daß sie in einem Jahrzehnt ein komplettes Monopol bedeuten; die amerikanische Wells-Fargo-Expreskompanie, deren einflussreichster Teilnehmer der junge Rockefeller, der Sohn des Delfönigs ist, besitzt den größten Teil des für Summiproduktion geeigneten Bodens; die gleiche Kompanie hat sich das Monopol der Güterfrachtförderung Mexikos gesichert; der Harrimansche Eisenbahnkonglomerat hat in Mr. E. N. Brown einen ergebenen Agenten im Direktorium des wichtigsten Geldinstituts Mexikos, der Banca Nacional; die Southern Pacific Eisenbahngesellschaft besitzt oder kontrolliert dreiviertel der Länge der mexikanischen Hauptbahnen, ein Vorteil, der für die gegebenen Verhältnisse einem absoluten Monopol gleichkommt.

Doch die amerikanischen Trusts eine solche allmächtige Stellung in Mexiko erringen konnten, ist eine Geschichte für sich, und eine recht korrupte obendrein. Dem an Naturschätzen und willigen Arbeitskräften so reichen Lande mangelte das Geld. Was an Vorräten vorhanden war, verschlangen die inneren Kassen und der Krieg gegen die Kaiser Maximilian bewegenden Mächte. Die Geldverlegenheit der herrschenden Klassen in Mexiko war die günstige Gelegenheit der amerikanischen Kapitalisten. Sie brachten diesen wirtschaftliche Vorteile und damit auch politischen Einfluss. Und was die Geldnot nicht bringen wollte, wurde durch Bestechung von Beamten, auf trummem Wege zwar, aber doch unfehlbar erreicht. Man muß wissen, daß Mexiko das Paradies der Beamtenkorruption ist.

Es hat an günstigen Gelegenheiten nicht gefehlt, Mexiko ohne viel Aufsehen und ohne große Gefahren politischer Komplikationen an die Vereinigten Staaten anzugliedern, es unter irgendeiner Verdrängung zu annectieren. Wenn die politische Geschäftsexekutive der Trusts, die Regierung in Washington, von der Fruktifizierung dieser Gelegenheiten Abstand zu nehmen für gut fand, so tat sie es aus wohlverstandenen Interesse ihrer Herren. Die Vernichtung der Selbständigkeit Mexikos konnte nach Lage der Dinge dem amerikanischen Großkapital keine Vorteile, sondern nur Nachteile bringen. Denn was das Land an Schätzen birgt, hatte die Regierung des Diaz willig und billig, gegen geringfügige Äquivalente für den Staat abgegeben, und hätte sie weniger Gerechtigkeit gezeigt, so hätte der „große amerikanische Handschlag“, die Bestechung, ohne weiteres zum Ziel geführt.

Zu einer Aenderung dieses profitbringenden Zustandes lag für die Nachhaber in Washington nicht der geringste Anlaß vor. Wäre die Aneignung der Reichthümer Mexikos so billig und ohne Gefahr und Verantwortung möglich gewesen, wenn es vollständig zu Amerika gehört hätte? Niemals. Aber noch mehr. Eine Einverleibung Mexikos hätte die Ausdehnung der Rechte, Freiheiten und Schutzgarantien der amerikanischen Bürger auf die 16 Millionen rechtloser, zu einem Drittel total versklavter Mexikaner nach sich ziehen müssen. Denn Amerika hätte nicht zweierlei Recht, zweierlei Bürger, politisch Herrschende und politisch Beherrschte unter dem Sternbanner der „Freiheit“ bestehen lassen können, wenn es nicht den Spott und Fluch der zivilisierten Welt ernten wollte. Das Land, das sich mit seinem Kriege gegen die Sklaverei so sehr brühtet, wäre gezwungen gewesen, die verfluchten Untertanen des Diktators Diaz als freie Bürger und schutzbedürftige Menschen zu behandeln und ihnen für ihr Landesgebiet und ihre staatlichen Einrichtungen freies Selbstbestimmungsrecht einzuräumen. Das aber war es gerade, was die amerikanischen Kapitalisten bis in die innersten Schächte ihrer Ausbeuterseele verabscheuten. Denn dadurch hätten sie ja ihr in Mexiko garantiertes Recht auf unbegrenzte Ausbeutung der Menschen und unbeschränkte Herrschaft über die Bodenschätze des Landes, als auch ihren großen Einfluß auf die Regierung mehr oder weniger eingebüßt. So lange das Land von außen kontrolliert, seine Arbeitskräfte ausgebeutet und verwüstet, seine Reichthümer fast unentgeltlich angeeignet werden konnten, und die Privilegien

sicher gestellt waren, lag kein Anlaß vor, eine Aenderung der politischen Konstellation Mexikos zu veranlassen oder auch nur zu wünschen.

Die Selbständigkeit Mexikos sicherte den amerikanischen Kapitalisten die fettesten Profite; für deren Garantierung hatte die mexikanische Regierung selbst zu sorgen. Diese hatte im Interesse der Blutmacherei die Arbeiter zu unterdrücken, das arbeitende Volk rechtlos zu machen, und der Öffentlichkeit gegenüber die Verantwortung für die Missetaten des Kapitalismus zu tragen, und sie hatte auch die Klügel, den Haß des insofern ausgelegenen Volkes, als auch die Gefahren, die die kapitalistische Miswirtschaft im Land und in der Regierung heraufbeschwor, auszustehen. Kurz, das bestehende Verhältnis brachte den Trusts nur Vorteile, dem Volke nur Nachteile, der Regierung Klügel und die Pflicht Heckenarbeit zu tun. Was Wunder, wenn der Imperialismus an der mexikanischen Grenze Halt machte.

Soviel Gründe nun die Washingtoner Regierung für ihre Zufriedenheit mit dem existierenden Verhältnis zu Mexiko bis jetzt hatte, soviel hat sie auch jetzt für die Mobilisierung der Armee.

Porfirio Diaz, der Präsident Mexikos, die willfährige Kreatur der Trusts, der bluttriefende Unterdrücker vieler Streiks und Aufstände, ist dem Ende seiner Verbrecherlaufbahn nahe. Seine Herrschaft wankt. Was dieser Schurke vom Jahre 1877 an, wo es ihm gelang, sich zum Präsidenten aufzuwerfen, bis zum heutigen Tag an Schandtat geleistet hat, ist in den letzten zwei Jahren aus den Millionen Kehlen des mexikanischen Volkes ohne Unterlaß in die Welt hinausgeschrien worden. Dieser indianische Bastard hat politische Gegner barbarisch verfolgt, Leute wegen Versammlungsreden einfektern lassen, die persönliche und politische Freiheit befreit, seinen politischen Widersachern Sicherheit des Lebens und der Rechte skrupellos genommen. Hunderte haben ihre Gegnerschaft zu Diaz mit dem Leben bezahlen müssen, Tausende büßen für ihre freie Meinung in feuchten Verliesen, Aber-tauernde irren ruhe- und heimatlos im Ausland oder in den Felsenklüften der Gebirge umher, ein Drittel des Volkes senkt in der Peonage, eine Art Sklaverei, wie sie so brutal nirgends bestanden hat. Fünf Millionen Menschen, die Peons, werden geboren, leben und sterben in der Leibeigenschaft. Sie erhalten keinerlei Lohn, müssen aber unmeniglich schuften. Entspringt einer von ihnen, so wird er von den Schergen des Diaz zurückgebracht und für seine Verwegenheit unarmherzig geprügelt.

Die Industriebevölkerung hat es nicht viel besser. Man erinnert sich noch, wie vor ein paar Jahren ein Hausen streikender Arbeiter vor der Fabrik von der Soldateska erschossen wurde. Dem Industriearbeiter werden Hungerlöhne gezahlt, die dann noch weiter gekürzt werden durch den Zwang, Waren aus dem Laden des Unternehmers zu entnehmen. Er ist an Händen und Seele gefesselt dem zumeist ausländischen Ausbeutertum ausgeliefert. Eine Arbeiterorganisation wird nicht gestattet, Streiks werden unarmherzig im Blute erstickt.

Das Volk trägt das Joch knirschend. Ost und oft loderte die Flamme des Aufruhrs empor — und wurde von Diaz wieder gelöscht. Die beiden letzten Jahre brodeln der proletarische Acheron immer lauter und drohender. Jetzt scheinen die Unterdrückten mit der Formierung ihrer Phalanx fertig zu sein und zu einem kühnen Schlag auszuholen zu wollen. Die amerikanischen Kapitalisten sind besorgt um ihren Protektor und Agenten. Das Ende seiner Herrlichkeit kann ihre Interessen gefährden, ein Sieg der Revolution ihre Privilegien für immer vernichten. Darum die Mobilisierung der Truppen.

Von der Stärke der revolutionären Bewegung in Mexiko und ihren Erfolgen wird es abhängen, ob die Washingtoner Regierung, wie einst auf Kuba, „im Namen der Menschlichkeit“ ihre sengende und schießende Soldateska über die Grenze schießt und auch, ob ihr die „Interessen der Zivilisation“ gebieten, das politische Verhältnis Mexikos zu Amerika so zu ändern, daß es auch weiterhin den amerikanischen Trusts tributpflichtig bleibt.

### Panik in Nordmexiko.

New York, 13. März. Nach einem Telegramm aus El Paso herrschen in Nordmexiko panikartige Zustände. Die Insurgenten in den Staaten Chihuahua und Sonora zerstörten Eisenbahnen und Telegraphenleitungen und belagern zahlreiche Städte, in denen sich Tausende von Frauen und Kindern ohne Nahrung und in hilfloser Lage befinden. Nach einer Meldung aus anscheinend zuverlässiger Quelle sind in dem letzten Kampfe bei Casas Grandes fünfzehn Amerikaner getötet und siebzehn gefangen genommen worden. Telegramme aus der Hauptstadt Mexiko geben Gerüchte wieder, nach denen die Landpolizei am Sonnabend 120 Insurgenten bei San Bartolito aufgerieben habe, von denen 50 Mann gefallen seien. Die Lage in Chihuahua ist sehr traurig, zahlreiche Industrien stehen still.

Nach einem Telegramm aus Douglas (Arizona) hat bei Aguprieta in Mexiko am Sonntag ein Gefecht stattgefunden. Fünfhundert Aufständische tauten aus einer Verschlucht auf wurden sofort von einer 800 Mann starken Truppenabteilung angegriffen, die sich schließlich zurückzog. In dem Gefecht sind 35 Mann gefallen.

### Die Absichten der Regierung.

New York, 13. März. Die „Times“ melden aus Washington, es könne positiv erklärt werden, daß die Vereinigten

Staaten nur im Falle großer, ihre Interessen gefährdender Unruhen in Mexiko intervenieren würden. Nachdem Mexiko verklagt habe, daß die Insurrektion nur durch Zugang aus Amerika wachgehalten werde, solle dies mit allen Mitteln verhindert werden. Nach einem Telegramm der „Tribune“ aus der Stadt Mexiko sind die Geschäfte dort durch den Zustand nur wenig gestört, sehr dagegen im Norden des Landes.

## Gibt es eine Klassenjustiz?

Aus Kiel wird uns zu den beiden schon telegraphisch mitgeteilten horrenden Urteilen der Kieler Strafkammer über den Genossen Henschel von der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ geschrieben:

Am 20. November v. J. war Genosse Herrn. Wreoux wegen Verleumdung der Bonner Richter zu 600 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. In den kritischen Anmerkungen zu dem Prozeßbericht der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ war die Verurteilung eines betrunkenen Bauarbeiters zu einem Jahre zwei Monaten Zuchthaus, weil er nach einem Streik mit Bahnarbeitern Steine auf die Schienen eines Bahnstranges gelegt hatte, mit dem Urteil gegen die Bonner Vorurtheile in Vergleich gestellt worden. In einer anderen Notiz in einer anderen Nummer der Zeitung war gleichfalls ein Vergleich gezogen worden zwischen dem Urteil gegen die Bonner Vorurtheile und der Verurteilung eines geistig minderwertigen Mädchens zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis wegen Brandstiftung. Die Staatsanwaltschaft erhob wegen beider Artikel Anklage. Die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen des zweiten zu Verurteilung hebenden Artikels hatte die Beschlußkammer des Landgerichts abgelehnt, aber durch Beschluß des Oberlandesgerichts wurde auch in diesem Falle die Eröffnung des Hauptverfahrens angeordnet.

Die Anklage ging davon aus, daß den Richtern der Vorwurf der bewußten Rechtsbeugung, der Klassenjustiz gemacht worden sei. Genosse Henschel setzte dem Gericht aus, daß die Staatsanwaltschaft den Begriff Klassenjustiz ganz falsch auslege. Er sage nicht, daß die Richter bewußterweise gegen Angehörige der bestlossten Klasse schwerere Strafen verhängen als gegen Angehörige der bestenden Klasse. Die verschiedene Anwendung der Gesetze erfolge unabhängig von dem Willen der Richter aus ihrer ganzen sozialen Lage und ihrer Unkenntnis der Lage der Arbeiterklasse heraus.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft ließ hierauf seine Definierung des Wortes Klassenjustiz fallen, beantragte indes, mehrere Artikel der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ zu verlesen, aus denen hervorgehen sollte, daß die Tendenz der Volkszeitung dahin gehe, alle Autoritäten herabzusetzen. Dieser Antrag sowie der des Genossen Henschel, das von ihm dem Gericht eingereichte Material (Erläuterungen des Begriffs Klassenjustiz durch sozialdemokratische Redner und Zeitungen und Anerkennnisse des Bestehens von Klassenjustiz durch bürgerliche Zeitungen und Parlamentarier) zu verlesen, wurde abgelehnt.

Der Staatsanwalt hielt den Vorwurf der Rechtsbeugung gegen die Bonner Richter und Staatsanwälte für erwiesen. Er beantragte für jeden Artikel eine Gefängnisstrafe von vier Monaten, eine Gesamtstrafe von sechs Monaten Gefängnis. Er verlangte ausdrücklich, nicht auf Geldstrafe zu erkennen, weil diese doch nicht von dem Angeklagten getragen werde. Sollte aber das Gericht dennoch Geldstrafe verhängen, so sei eine Geldstrafe von 2000 M. angemessen.

Und nun kam das Ungeheuerliche: Der Genosse Henschel ist bisher unbestraft. Der Staatsanwalt erklärte, die bisherige Straflosigkeit des Angeklagten könne nicht in Betracht gezogen werden. Wenn er sich bereit finde, für eine Zeitung wie die Volkszeitung zu zeichnen, müsse er auch die Strafen der Zeitung mit übernehmen, dadurch gelinge es vielleicht, einen anderen Ton in die Zeitung zu bringen. (!)

Die Ausführungen des Verteidigers, daß dem Redakteur das Recht zustehen müsse, Urteile, die er für falsch halte, zu kritisieren, und die Verwahrung des Angeklagten dagegen, daß ihm die Vorstrafen der früheren Redakteure mit angerechnet werden, blieben anscheinend auf den Gerichtshof wirkungslos. Anders ist das Urteil nicht zu verstehen: es lautete bekanntlich auf vier Monate Gefängnis!

Nach ungeheurerlicher ist das Strafmaß des zweiten Urteils. Der Prozeß hatte folgende Unterlage. Ende Juli lief in der Stadt Kiel das Gerücht um, auf dem großen Kreuzer „Blücher“ sei eine Meuterei vorgekommen. Es nahm so eine bestimmte Gestalt an, daß die „Volkszeitung“ einen Artikel veröffentlichte, in dem es im wesentlichen wiedergegeben war. Danach wäre der Kreuzer „Blücher“ am 23. Juli abends von Norwegen in den Kieler Hafen zurückgekehrt und habe an einer Boje festgemacht. Am andern Morgen sei das Schiff unter Eskorte eines anderen Kreuzers nach der Streuder Wucht gedampft und sei dort vor Anker gegangen. Niemand habe von Bord dürfen. Die Rückkehr und Verwahrung des „Blücher“ sei auf meuterische Vorgänge an Bord zurückzuführen, bei denen der an Bord befindliche Admiral und der erste Offizier arg bedrängt worden seien. Die Ursache der Auflehnung sei schlechtes Essen gewesen. 80 Mann der Besatzung seien in Haft genommen worden.

Alles das war nicht als bestimmte Tatsachen hingestellt worden, vielmehr wurde besonders betont, daß es sich um ein Gerücht handle und daß Aufklärung von der maßgebenden Stelle verlangt werde. Die Folge dieses Artikels war die Anklage wegen Verleumdung der Offiziere und der Mannschaft des Kreuzers „Blücher“. Im Termin erklärte Genosse Henschel, er habe durch die Veröffentlichung des Artikels im Interesse der Angehörigen der Besatzung des „Blücher“ Aufklärung herbeiführen wollen. Ihm sei bekannt

gewesen, daß über die Verhältnisse auf „Blücher“ schon früher ungünstig berichtet wurde, das Schiff sei verschiedenlich in Marine-Freisen sogar als „Verbrecherschiff“ und „Piraten Schiff“ bezeichnet worden.

Die Beweiserhebung verlief zu Ungunsten des Angeklagten. Die Besatzungszeugen erklärten, daß alles, was in dem Artikel gesagt ist, unwahr sei. Die Entlastungszeugen konnten sich nur auf Gerüchte berufen. Immerhin ist doch einiges aus den Zeugenaussagen der hohen Offiziere bemerkenswert, danach ist im ersten halben Jahre nach der Indienststellung des „Blücher“ die Verpflegung nicht so gewesen, wie es wünschenswert gewesen sei. Das habe aber davon gelegen, daß in dieser Zeit außer der Mannschaft noch 200 bis 300 von der Werft auf „Blücher“ kommandierte Arbeiter mit verpflegt werden mußten. Auch die Zahl der Disziplinarstrafen sei anfangs höher gewesen als auf anderen Schiffen, im Mai habe sie sogar 9 Proz. der Besatzung betragen. Daß sei aber darauf zurückzuführen, daß „Blücher“ bei seiner Indienststellung recht viele schlechte Elemente von anderen Schiffen überwiesen erhalten habe.

Das Urteil lautete in Übereinstimmung mit dem Antrage des Staatsanwalts auf 6 Monate Gefängnis. Die hohe Strafe wurde damit begründet, daß der Inhalt des Artikels geeignet sei, das Ansehen der Marine im Inlande und Auslande schwer zu schädigen. Die famose Staatsanwaltschaftliche Theorie, daß dem Angeklagten die Strafen seiner Vorgänger angerechnet, daß die Strafen des Plattes ihm als seine Vorstrafen anzurechnen seien, wurde diesmal nicht wieder vorgetragen. Der Staatsanwalt hatte wohl aus dem Ergebnis des ersten Prozesses ersehen, daß das Gericht in dieser Hinsicht mit ihm einig sei. Das ungeheuerliche Urteil zeigt jedenfalls, daß seine Anschauung beim Gericht Anklang gefunden hat.

Im ersten Prozeß handelte es sich um die Frage, ob es eine Klassenjustiz gibt. Durch ihre beiden Urteile haben die Richter Richter dafür gesorgt, daß neue Scharen deutscher Bürger die richtige Antwort auf diese Frage beifällig!

## Die Konfessionalisierung der Armee.

Die Armee ist auf dem allerbesten Wege, in konfessionelle Lager getrennt zu werden. Das Zentrum hat dazu seinen Teil sogar in einer eigenen Schrift festgelegt, die vor einiger Zeit im Volksvereinsverlag München-Grabbach zum Preise von 1 M. erschienen ist.

Man kann nicht behaupten, daß die Sache dumm angefangen ist. Im Gegenteil: aus jeder Zeile der Broschüre quillt der gewandte Organist hervor. Um so mehr ist es nötig, daß man der Angelegenheit volle Aufmerksamkeit zuwendet.

Selbstverständlich fällt es dem Zentrum nicht ein, Politik in die Kasernen zu tragen. Nein; es trägt nur Frömmigkeit oder besser gesagt Orthodoxie hinein und denkt sich dabei: „Dank er da, folgt anderswo er uns auch.“ Dabei baut es ganz langsam und geduldig auf. Nach der Entlassung aus der Schule werden die jungen Leute für den katholischen Jugendverein durch Beschwefelern, Pfarrer und Kooperator gekapert. In den Jugendvereinen geht es ganz lustig zu; da werden Ausflüge, Spiele veranstaltet, und das Geld dafür wird von allen möglichen Seiten zusammengebracht. Auf dem Lande schickt man den Beamten, sonstigen Honoratioren, Geschäftsleuten usw. Vettelbogen ins Haus. Da zählt dann aus Geschäftserleichterung und sonstigen Gründen auch gar mancher Liberale unter der Etikette Jugendfürsorge grimmigen Angeichts für die Zentrumsache. Es gibt freilich auch Liberale, die so dumm sind, daß sie den Worten nicht riechen.

Raht für einen Teil der katholischen Jugendvereiner die Zeit zum Eintritt in die Armee, so werden die betreffenden militärisch unterrichtet. Man könnte geradezu meinen, Christus sei ein begeisterter Verehrer des Krieges gewesen und habe niemals das Wort gesprochen, daß der Fromme, der auf die linke Wange geschlagen wird, auch noch die rechte bieten soll. Die Broschüre gibt für die militärische Vorbereitung sogar Auszüge aus den militärischen Vorschriften, zum Beispiel aus der Schießvorschrift. Es werden also den frommen Jünglingen allerlei unfromme Dinge beigebracht, z. B. Zielen, Schießen, Distanzschätzen. Märsche werden unternommen; es wird geturnt, selbst das Nähen geübt.

Unmittelbar vor dem Eintritt in die Kaserne taucht die Frömmigkeit nochmals mit Vehemenz auf. Es sollen die Rekruten zu Exerzitiën veranlaßt werden. Darunter versteht man dreitägige Andachts- und Übungen, die in eigenen Häusern und in vollkommener Abgeschlossenheit von der Außenwelt zur Durchführung gelangen.

Danach aber kommt der gefährlichste Moment, wo der junge Mann in die Kaserne tritt und also die Gefahr besteht, daß er dem Zentrum entwischt. Aber die Zentrumsmänner sind gewiegte Organisatoren und daher wissen sie sich auch hier zu helfen. Das Werkzeug ist natürlich auch da der Herr Pfarrer, der Herr Kaplan oder der Herr Kooperator. Die Broschüre gibt hier folgende Anleitung:

„Den jungen Leuten wird bei ihrem Abschied aus der Heimat beziehungsweise aus dem Exerzitiënhaus eine bereits adressierte und frankierte Postkarte mitgegeben. In den ersten Tagen nach der Ankunft wird in der Garnisonstadt die Karte an den Vereinspräsidenten beziehungsweise an das Exerzitiënhaus zurückgeschickt. Der Inhalt: Meine jetzige Adresse ist: N. N. in Reg., Truppengattung (soll wohl heißen Truppenteil, D. N.), Bataillon, Kompagnie. So kommt man am schnellsten und sichersten zu den Adressen; etwaige Sünnege mahnt man selbst oder noch besser durch die Eltern. Sind alle Namen aus den verschiedenen Garnisonen eingelaufen, so werden dieselben in einzelnen Listen nach Garnisonen geordnet und zusammengestellt. Je eine gedruckte Liste mit den Namen sämtlicher Vereinsmitglieder bzw. Exerzitiänten einer Garnison schickt man den einzelnen Soldaten der betreffenden Garnison zu. Auch ist ein kurzes Begleitschreiben vorgebracht, daß diese Liste dazu dienen soll, sich einander leichter kennen zu lernen, um sich dann öfter zu treffen und treu zusammenzuhalten. Am besten wird das Vereinslokal des katholischen Gesellenvereins den Ort der Zusammenkunft bilden. Es sei darum auch in dem Begleitschreiben Straß- und Nummer des Vereinslokales beigelegt. Alle katholischen Soldaten, auch Nichtmitglieder, sind im Gesellenverein stets willkommen.“

So wird möglichst dafür gesorgt, daß die uniformierten Zentrumschäfflein an den dienstfreien Tagen nur wieder mit Zentrumschäfflein verkehren. Auch entsprechende Lektüre ist vorgesehen, denn allen ehemaligen katholischen Jugendvereiner wird im Monat zweimal ein frommes Blatt zugesandt. Und damit auch der Leib nicht zu

kurz kommt, erhält jeder dieser ehemaligen Jugendvereiner im Jahre einmal ein Paket mit Wurst, Zigarren und Tabak. Dabei befindet sich auch ein Brief des Jugendvereinspräsidenten, also ein Brief des Herrn Pfarrers oder Kooperators.

Auch Soldaten-Spar- und Soldaten-Unterstützungs-Lassen hat das Zentrum gegründet.

Dies sind die Mittel, mit denen das Zentrum seine Angehörigen auch während der aktiven Militärdienstzeit zu fesseln sucht. Auch hier muß, wie schon bemerkt, die Religion als Deckmantel dienen.

Und nun zu einigen Details der Schrift. Sie fängt mit der Behauptung an, daß für die Soldaten in den letzten Jahrzehnten viel und vielerlei von verschiedenen Seiten geschähen sei. Diese „verschiedenen Seiten“ sind in Wirklichkeit nur eine, die Sozialdemokratie heißt. Sie ist allein gegen die Soldatenscheinvereine energisch aufgetreten, sie hat allein dafür gesorgt, daß die Hände verschiedener Vorgesetzter nicht mehr so leicht beweglich sind. Das Zentrum hat hier gar kein oder nur wenig Verdienst. Und wer hat den Soldaten die Lebens- und Genußmittel verleiht und dabei dennoch ihnen die lumpige Soldatenlohn von 8 Pfennig pro Dekade abgeschlagen? Das war das Zentrum!

Zum Schluß wollen wir noch eine Stelle der Schrift wörtlich zitieren. Es heißt dort:

„Auch das wäre von guter Wirkung, wenn unsere Jünglings- bzw. Gesellenvereine den Soldaten, einerlei ob Vereinsmitglieder oder nicht, bei derartigen Zusammenkünften ein bens tun würden, etwa das Bier, Schnitten usw. billiger verabreichen und dergleichen mehr. In evangelischen Soldatenhäusern geschieht dies schon längst, ja es wird zuweilen ganz kostenlos Kaffee wie Abendessen jedem dort weilenden Soldaten gegeben.“

Die Geschichte steht also wie folgt:

Die katholischen Soldaten sollen also am Sonntag in ihre konfessionellen Lokale gehen, und ebenso sollen nach dem Wunsch der Herren Pastoren die protestantischen Soldaten an Sonntagen nur protestantisch essen und trinken. Das trägt natürlich sehr zur inneren Einheit der Armee bei. Wenn es dem Herrn Kriegsminister recht ist, und kann es auch recht sein.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. März 1911.

### Die Sozialpolitik der Regierung.

Aus dem Reichstag, 13. März. Der Staatssekretär Delbrück ergriff im Laufe der heutigen Sitzung zwar das Wort, eine ausgiebige Darlegung des sozialpolitischen Programms der Regierung ist er indes schuldig geblieben. Er begnügte sich mit einer Erwiderung auf einige kritische Ausführungen der Diskussionsredner. Was die von verschiedenen Seiten verlangte gesetzgeberische Initiative zur Durchführung der gewerblichen Tarifgemeinschaften anbelangt, so hat Herr Delbrück grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden; tatsächlich aber will er nicht an diese Frage heran, weil seiner Ansicht nach eine Vorbedingung für gesetzliche Regelung der Tarifgemeinschaften die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist, damit die vertragschließende Organisation für finanzielle Schäden infolge der Nichtinhaltung der Tarife haftbar gemacht werden könne. Mit anderen Worten: Es würde diese Regelung der Sache die Gewerkschaften den bedenklichsten finanziellen Schädigungen aussetzen. Für solch eine Lösung der Frage werden die Arbeiterorganisationen sich aber schonstens bedanken.

Gegen die Fischersche Kritik brachte Herr Delbrück nur vor, daß man doch unmöglich gegen die Regierung den Vorwurf der Verkümmern der Sozialreform erheben könne; habe sie doch so viele sozialpolitische Vorlagen dem Reichstag unterbreitet, daß sie sich kaum bewältigen ließen. Der gute Herr vergaß nur hinzuzufügen, daß gerade aus dem Inhalt dieser Vorlagen der Vorwurf der Verkümmern der Sozialreform sich ergebe. Sein Verhältnis zum Zentralverband der Industriellen übergibt der Herr Minister mit zartfühlendem Schweigen.

Sonst redeten noch der Nationalliberale Stresemann und der Antisemit Rieseberg. Beide begegneten sich in dem Versuch, der Sozialdemokratie „Terrorismus“ nachzusagen. Sonst machte Herr Rieseberg in Mittelstandsretirer, Herr Stresemann erörterte die Handelspolitik, wobei er gegen die Trufis, natürlich nur die amerikanischen, nicht die deutschen, zu Felde zog.

Morgen geht die Debatte weiter.

### Schulreaktion und Gesehwidrigkeiten in Preußen.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Montag neue Proben seiner reaktionären Gesinnung abgelegt. Die konservativ-kerikale Mehrheit hat zwei bemerkenswerte Resolutionen gefaßt, die so recht deutlich zeigen, daß der Geist des Rudectums und des Pfaffenstums im Dreiklassenparlament unerspult. Die eine Resolution erlucht die Regierung, dafür Sorge zu tragen, daß bei Einführung einer Vermehrung von Turnstunden in Volksschulen die idealen Fächer, insbesondere Religion und Deutsch, nicht gekürzt werden, und die andere Resolution fordert die Regierung zu Erwägungen darüber auf, wie auch bei vermehrter Einführung der Rektoren an Volksschulen der Einfluß der Kirche auf die Schule sicher zu stellen ist.

Besonders lebhaft ging es bei Beratung der Frage der Schulaufsicht zu. Zentrum und Konserervative traten eifriger als für die geistliche Schulaufsicht ein, wenn sie auch ihr letztes Ziel, die Klerikalisierung der Volksschule, ableugneten. Ebenso eifrig, freilich mit besseren Gründen, verlangte die Linke die weltliche Schulaufsicht. Das größte Interesse aber beanspruchte die Rede unseres Genossen Liebknecht, der sich nicht begnügte, unsere prinzipielle Stellung zur Schulaufsicht darzulegen, sondern an der Hand eines umfangreichen Materials den Mißbrauch schilderte, den die Regierung mit der Schulaufsicht zu politischen und religiösen Zwecken treibt. Den ungeschlichen Kampf gegen die Arbeiterturnvereine, die Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugendvereine, die schändlichen Maßregeln gegen die Arbeiterbildungsbestrebungen, all das zog er in den Kreis seiner Erörterungen, um zum Schluß — gestützt auf die Rechtsprechung des Reichsgerichts — den Minister des Mißbrauchs seiner Amtsgewalt und der Uebertretung des Gesetzes anzuklagen. Den Schluß seiner Rede bildete die Aufforderung an den Minister, der von Rechts wegen vor den Staatsanwalt gehöre, sich zu verteidigen.

Der Kultusminister, der die ganze Zeit über mit verlegenem Lächeln dagefesselt hatte, stammelte in der Tat einige Worte der Verteidigung. Materiell mußte er zugeben, daß die ganze bisherige Verwaltungspraxis eine ungeschliche gewesen ist, daß diese Ungeschlichkeit bis jetzt angehalten hat und daß er erst  $\frac{1}{2}$  Jahre nach der Reichsgerichtsentcheidung die untergeordneten Organe durch einen Erlaß zur Befolgung einer anderen Praxis angezogen habe. Auf die einzelnen, von Liebknecht angeführten

Fälle ging er überhaupt nicht ein, und doch hat unser Genosse durch seine Enthüllungen, namentlich aus Oberschlesien, einen Skandal an das Tageslicht gebracht, wie er selbst in Preußen seinesgleichen suchen dürfte. Um ihn vor einen neuen Niederlage zu bewahren, schlossen seine Freunde alsbald die Debatte und machten es dadurch Liebknecht unmöglich, den Minister völlig auf den Sand zu setzen.

Der Präsident v. Kröcher wollte wieder eine Abend Sitzung abhalten, doch scheiterte sein Plan diesmal an dem Widerspruch der Linken. Zum Ersatz dafür beginnt die Diensttagssitzung schon um 10 Uhr früh. Der Etat soll mit Gewalt durchgepeitscht werden.

### Die Nationalliberalen in der Siegener Wahl.

Die nationalliberale Presse bezeichnet mit betrübter Miene den kläglichen Zusammenbruch ihrer Partei im Wahlkreis Siegen-Ridda. 1903 konnte sie noch das Mandat in der Stichwahl erobern, jetzt ist sie zur schwächsten Partei des Kreises herabgesunken. Diejenigen Blätter der Nationalliberalen, die es mit Wassermann halten, benutzen die Gelegenheit zu einem Vorstoß gegen die „Wormser Ede“, gegen die Richtung Heyl. Der Lederkönig von Worms ist bekanntlich trotz seines notgedrungenen Ausscheidens aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion noch immer Mitglied der nationalliberalen Partei; übt auf sie in Hessen noch einen großen Einfluß aus und das krampfhaft Bestreben der Siegener Nationalliberalen, mit dem Bund der Landwirte gut Freund zu bleiben, das von den Bündlern mit einem kräftigen Fußtritt gelohnt wurde, ist der Ausfluß der Laßt, die das Heyl-Organ, die „Wormser Zeitung“ empfiehlt. Der Fußtritt der Bündler hat aber die Siegener Nationalliberalen doch etwas geschmerzt. Ihr Wahlausfluß will den Agrariern jetzt zeigen, was eine Härte ist. Er hat einen männlichen Entschluß zur Stichwahl gefaßt, nämlich den — keinen Entschluß zu fassen. Aus Siegen wird der „Frankf. Hg.“ vom 13. März gemeldet:

Der Wahlausfluß der nationalliberalen Partei hat mit 13 gegen 5 Stimmen für die Stichwahl zwischen dem Antisemiten Werner und dem Sozialdemokraten Bednam Stimmenfreigabe beschlossen. Wie verlautet, sollen die für die bisherige Politik dieser nationalliberalen Vereinigung verantwortlichen Herren ihre Vorstandsämter niedergelegt haben.

Es ist trotzdem wohl ziemlich sicher, daß der größere Teil der Wähler des Herrn Gisevius für den Antisemiten stimmen wird. Unsere Genossen werden ihre Stichwahlarbeit mit Aufgebot aller Kraft verrichten, zumal ja auch nicht feststeht, wieviel von den Wählern, die für den gemäßigten Schutzjöllner Korell gestimmt haben, einer eventuellen Parole des Fortschritts: Für den Sozialdemokraten! folgen werden.

### Sozialdemokratischer Stimmengewinn.

Die beiden letzten Reichstagswahlen haben der sozialdemokratischen Partei wieder einen beträchtlichen Stimmengewinn gebracht. Seit der Gründung des schwarzblauen Blocks zeigen alle Reichstagswahlen, insgesamt 19, ein beträchtliches Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmzahl, wie die nachstehende Aufstellung beweist, in der wir dem Stimmengewinn die schätzungsweise berechnete Gesamtzunahme der Wahlberechtigten hinzugefügt haben:

	Zunahme der sozialist. Stimmen absolut	in Prozenten	Veränderte Zunahme der Wahlberechtigten ungefähr
Landau i. Pfalz . . . . .	2050	= 31,8	600
Stollberg-Schneeberg . . . . .	2170	= 11,4	3000
Koblenz a. Rh. . . . .	670	= 30,8	2900
Coburg . . . . .	1750	= 40,6	800
Landesberg-Soldin . . . . .	1070	= 16,6	1650
Halle a. S. . . . .	3010	= 17,9	2500
Eisenach . . . . .	2425	= 30,8	2500
Mühlhausen-Wipperfurth . . . . .	2400	= 28,1	4000
Bosen . . . . .	871	= 63,2	5700
Diepholz . . . . .	295	= 45,2	550
Landeshaat-Jauer . . . . .	1420	= 28,2	800
Wedom-Wollin . . . . .	1550	= 24,9	700
Freiberg i. S. . . . .	2320	= 32,1	1200
Stuttgart-Gannstatt . . . . .	3220	= 20,8	1600
Marienburg-Rhoyppau . . . . .	3550	= 31,4	1900
Frankfurt a. O. . . . .	2019	= 16,4	1100
Vahlan-Wehlau . . . . .	630	= 19,1	100
Kempten-Immenstadt . . . . .	1809	= 90,4	1500
Siegen-Ridda . . . . .	1500	= 24,4	2300
in Summa . . . . .	35681	= 24,2	33000

Im Durchschnitt ergibt sich demnach eine Vermehrung unserer Stimmzahl um 24 Proz., und zwar übersteigt in den meisten der 19 Wahlkreise die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen bei weitem die Zunahme der Wahlberechtigten: ein Beweis, daß die Sozialdemokratie nicht nur aus den Reihen der inzwischen wahlberechtigten gewordenen neuen Wähler großen Zugang erhalten hat, sondern auch auf bisherigem konservativen, kerikalen und liberalen Terrain neue Anhänger gewinnt.

### Aus dem Reiche Schilda.

Eine der lustigsten Pöffen, die in den letzten Jahren auf der politischen Bühne aufgeführt worden sind, ist das mecklenburgische Verfassungsreform- und Verleickspiel. Ohnehin wurde bisher im übrigen Teil des Deutschen Reiches über die Regiererei in Mecklenburg viel gelacht und gespöttelt, die hochkomische Rolle, die seit mehreren Jahren die mecklenburgische Regierung in ihrem Verfassungsgeplänkel mit den „Rittern“ des Obotritenlandes spielt, hat aber Mecklenburg zum Gespött der ganzen zivilisierten Welt degradiert. Doch in kurioser Selbstüberschätzung hält das die mecklenburg-schwerinsche Regierung nicht ab, nach dem bekannten Wuschschen Spruch zu verfahren:

Dieses war der letzte Streich;  
Doch der nächste folgt sogleich.

Ein Reskript folgt dem andern — das eine immer noch genialer als das andere. Jetzt ist wieder so ein Ding fertig. Die großherzogliche Regierung erläßt wieder mal an die Landtagskommission eine Reskript und dazu eine Anlage, welche die Grundzüge einer anderweitigen Zusammenfassung des Landtages enthält.

In der diesem Reskript angefügten Anlage wird unter anderem über die Zusammenfassung des Landtages ausgeführt: Der Landtag besteht für Mecklenburg-Schwerin aus 92 Abgeordneten, nämlich aus 24 Abgeordneten der Ritterschaft, aus 24 Abgeordneten der Landtschaft und der beiden Seestädte Rostock und Wismar, aus 7 Abgeordneten des ländlichen Großgrundbesitzes, aus 19 Abgeordneten des ländlichen Kleingrundbesitzes und der übrigen ländlichen Bevölkerung, aus zehn Abgeordneten der

\*) Wie man einen Rekruten vorbildungskurs einrichtet. Vorschläge und Erfahrungen nebst einem praktischen Lehrgang und Skizzen zu Vorträgen herausgegeben von W. Gury, Jugendvereinspräsident und Lehrer Desamari, Wiesfeldweber D. L.

Städtischen Bürgerschaften und der Pflanzgemeinden, aus 1 Abgeordneten der Landesuniversität, 1 Abgeordneten der Geistlichen, 8 Abgeordneten der abgesehen wissenschaftlichen Berufsstände mit Hochschulbildung, 2 Abgeordneten der Handelskammer, 2 Abgeordneten der Handwerkskammer, 2 Abgeordneten der Landwirtschaftskammer und 4 vom Großherzog zu ernennenden Abgeordneten.

Das Großherzogtum soll für die Wahlen des ländlichen Großgrundbesitzes in sieben Wahlkreise eingeteilt werden. In jedem Wahlkreise wird ein ländlicher Abgeordneter gewählt. Die Wahl erfolgt unmittelbar und öffentlich. Der Sitz des Amtsgerichts ist in der Regel der Wahlort. — Hierzu heißt es in einer Anmerkung: Zu erwägen wird sein, ob die Wahl nicht durch Ausschließung und Zurückziehung eines dem einzelnen Wähler von dem Wahlkommissar übergebenen Stimmzettels erfolgen kann. Die Kleingrundbesitzer wählen 12 Abgeordnete. Zu dieser Wahl werden folgende Vorschriften als grundlegend aufgestellt. Das Großherzogtum wird in zwölf Wahlkreise eingeteilt. In jedem Wahlkreise wird ein Abgeordneter gewählt. Die Wahl erfolgt hier nicht unmittelbar, sondern durch Wahlmänner, die von den Urwählern in den einzelnen Wahlbezirken gewählt werden. Urwähler ist, wer ein im Wahlbezirk gelegenes Grundstück als Eigentümer, Kugelrentner, oder kraft bürgerlichen Rechts besitzt und bewohnt. Zum Wahlmann kann nur gewählt werden, wer zu den im Bezirk stimmberechtigten Urwählern gehört. Den Urwählern werden angegliedert alle Personen, die mindestens zwei Jahre ihren Wohnsitz oder Hausstand in dem Bezirk haben, und zwar ein Gewerbe der Landwirtschaft, oder eine Wissenschaft oder eine Kunst als Hauptberuf betreiben und ein Einkommen von mindestens 1200 M. haben. Gewählt wird von ihnen in mehreren Abteilungen.

Wir finden, daß diese Verfassungsreform in Anbetracht der besonderen mecklenburgischen Verhältnisse lange nicht kompliziert genug ist. Warum teilt man nicht auch noch obendrein die Bevölkerung nach dem Alter, der Paarfarbe und der Nasenlänge in Alters-, Rassen- und Nasen-Wahlklassen ein.

Wenn einer Gruppen in'n Kopp tritt,

Denn künmt dat doch up'n baten mehr oder wen'ger nich an!

### Ein konservativer Antrag zur Steuerreform.

Wie der „Frankfurter Zeitung“ zufolge aus Berlin bekannt, bereitet die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses einen Antrag vor, in dem die Staatsregierung ersucht wird, bei der nächstjährigen Steuerreform die Deklarationspflicht auch auf die Vermögenssteuer auszudehnen.

### Eine schätzbare Denunziantenleistung.

Die ehrsame „Tägliche Rundschau“, die sich, seit sie von einem Großkapitalistenkonkurrenz aufgelöst worden ist, mehr und mehr vom Konservatismus zum Nationalliberalismus hinüber gemauert hat, leistet sich in ihrem blinden Haß gegen den Militarismus ein recht widerliches Denunziantenstückchen. Der Zentrumsabgeordnete General z. D. Häusler hat gegen die Militärvorlage gestimmt. Gründe dafür hat er nicht angegeben, denn seine Fraktion hatte ihn für die Beratung der Militärvorlage einfach kalgestellt. Aus der Tatsache heraus, daß der Abg. Häusler als General z. D. noch Angehöriger des Offizierskorps ist, soll ihm nun ein Strich gedreht werden. Die „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht ein Schreiben eines an g e b l i c h höheren bayerischen Offiziers, der ziemlich offen die Enttarnung des Generals Häusler aus dem Offiziersstande verlangt. Man kennt den Verfasser der Denunziation nicht; man kann nicht nachprüfen, ob er wirklich ein höherer bayerischer Offizier ist, wahrscheinlich ist jedenfalls, daß er zu den Redakteuren oder Mitarbeitern des Blattes gehört. Ein „höherer bayerischer Offizier“ müßte doch mindestens den Mut haben, mit seinem Namen für sein Verlangen einzutreten, statt seine Giftspitze aus dem Hinterhalt der Anonymität abzuschleichen. Wäre Herr Häusler preußischer General, er hätte bereits das Schicksal des bekannten Oberst Gädle geteilt; in Bayern aber herrscht das Zentrum, und wenn diese Partei dem General auch nicht gestattet, im Reichstage seine Meinung zu vertreten, so wird sie doch sicherlich für ihren Parteigehörigen eintreten.

Es handelt sich um den offenen Versuch, auf dem Wege des ehrenrührlichen Verfahrens einen Reichstagsabgeordneten für sein Verhalten im Reichstage zur Verantwortung heranzuziehen.

### Gefinnungsdünnelei.

Wie wir bereits meldeten, ist gegen eine Anzahl Dresdener Lehrer ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, weil sie sozialdemokratische Versammlungen besucht haben, in denen die Schulfrage erörtert wurde. Den Lehrern sind, wie das „Leipziger Tageblatt“ erzählt, von der vorgelegten Behörde folgende Fragen vorgelegt worden:

1. Wie sind Sie in die Versammlung gekommen?
2. Nennen Sie das sozialdemokratische Flugblatt?
3. Haben Sie im Auftrage des sächsischen Lehrervereins gehandelt?
4. Wie haben Sie sich bei der Ehrung Singers verhalten?
5. Haben Sie sich an der Leitung beteiligt?
6. Sind Sie extra eingeladen worden?
7. Haben Sie einen reservierten Platz gehabt?
8. Haben Sie sich schon vorher zum Worte gemeldet?
9. Was haben Sie gesagt? (NB. Ein von dem überwachenden Beamten aufgenommenes „Stenogramm“ wurde vorgelesen.)
10. Was haben Sie dazu zu sagen?
11. Welche Stellung haben Sie zur Resolution eingenommen?

Bei dem Verhör wurde durch einen Beamten des Dresdener Schulamts jedes Wort stenographisch festgelegt.

Fast sollte man annehmen, der Erfinder dieser Fragestellungen hätte sein Muster dem berühmten „Hexenhammer“ entlehnt.

### Peck!

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat Peck. Nicht nur hat sie in ihrem Festartikel zum 90. Geburtstag des Prinzregenten von Bayern den Prinzen Luitpold, was Kunstsin und politische Klugheit anbelangt, höher gestellt als Wilhelm II., sondern die in dem Artikel enthaltene Behauptung, nach der bekannten Eintragung Wilhelms II. in das Goldene Buch der Stadt München: *suprema lex regis voluntas* (des Königs Wille ist höchstes Gesetz) — habe Prinz Luitpold eingeschrieben: *salus publica suprema lex* (das öffentliche Wohl ist höchstes Gesetz), ist obendrein unwahr.

Die „Münchener Post“ stellt fest, daß die Mitteilung der „Deutschen Tageszeitung“ auf einer Erfindung beruht. Das Goldene Buch ist dem bayerischen Prinzregenten gar nicht vorgelegt worden. Es haben sich nach dem Kaiser so viel mindere Größen eingeschrieben, daß man es nicht mehr wagt, dem Regenten das Buch vorzulegen.

### Die Gärten des Militär-Strafgesetzes.

Ein Urteil, das geradezu nach einer Reform des Militär-Strafgesetzes schreit, wurde vom Kriegsgericht in Dresden gesprochen. Der Schmiech und Reservist Lehner erhielt im Sommer 1910 einen Weisungsbescheid, wonach er sich zur Ableistung einer 14-tägigen Reserveweisung beim Trainbataillon Nr. 11 in Weinzingen einzufinden hatte. Bis zum Beginn der Weisung wurde er jedoch arbeitslos und es gelang ihm nicht, in seinem Wohnort Arbeit zu erhalten.

Um mit seiner Familie nicht völlig ins Elend zu geraten, beschloß er eines Tages, sich auswärts Arbeit zu suchen. Er kam nach Chemnitz und Dresden, wo er vergebens nach Arbeit suchte; in einem kleinen Ort endlich erhielt er vorübergehende Beschäftigung. Den größten Teil seines Verdienstes schickte er seiner Familie. Als der Tag des Entlassens herangerückt war, befand sich Lehner wieder in einem erbarmungswürdigen Zustande; er war abermals arbeitslos, ohne Geldmittel und körperlich sehr herunter. In dieser Situation veräußerte er dann die Weisung. Das Kriegsgericht verurteilte den bedauernswerten Mann zu — 43 Tagen Gefängnis! Es führte aus, auf eine geringere Strafe habe man nicht erkennen können, weil sechs Wochen ein Tag nach dem Gesetz die Mindeststrafe ist! Das Gericht erklärte sich aber bereit, ein Gnadengesuch zu unterfügen.

### Auf Lebenszeit hinter Gefängnismauern.

Das Reichsmilitärgericht hat kürzlich über den Fall Raumann, der allgemeinen Auffehen hervorrufen, das entscheidende Wort gesprochen. Raumann ist ein begeisterter Anhänger der Sekte der Adventisten vom siebenten Tag. Mit größter Hartnäckigkeit bleibt er den Vorschriften seiner Sekte treu. In jedem Sonnabend verweigert er den Gehorsam und tut keinen Dienst beim Militär. Raumann wurde bald vor das Kriegsgericht gestellt und zunächst zu strengen Arreststrafen verurteilt. Aber das half nichts. Es folgten Gefängnisstrafen, die von Fall zu Fall empfindlicher wurden, bis sie schließlich die Gesamthöhe von 5 Jahren und sechs Monaten erreichten. Aber auch dadurch ließ sich der Adventist keineswegs von seiner Idee abbringen. Er blieb bei seinem Vorhaben und verweigert auch heute noch im Spandauer Festungsgefängnis an jedem Sonnabend strikte den Gehorsam. Unerbittlich bleibt er bei seiner Erklärung: „Ich darf am Sonnabend nicht arbeiten!“ Raumann behauptet, in erster Linie sei Gott als Obrigkeit anzusehen und dann komme erst das Militär. Auf das Vorhalten, daß er bei seinem hartnäckigen Widerstand voraussichtlich das ganze Leben hinter Gefängnismauern zubringen müsse, erwidert Raumann ruhig, er werde trotzdem den Prinzipien seiner Sekte treu bleiben.

Mit Rücksicht auf die grundsätzliche Bedeutung der Entscheidung für die Aufrechterhaltung der heiligen Disziplin wollte der vorgelegte Verordnungsgeber des Reichsmilitärgerichts Erzeugens von Lüste bei. Der Vertreter der Militärverwaltung wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß nach § 45 des R. St. G. B. die Entschuldigungen des Angeklagten, er müsse nach seinem Gewissen und nach seiner religiösen Ueberzeugung handeln, nicht berücksichtigt werden dürfe. Die Revision des Angeklagten Raumann sei deshalb zu verwerfen.

Der Senat folgte den Ausführungen des Militäramts und verworf in den Hauptpunkten die Revision. Er hob lediglich das Urteil insoweit aus formellen Gründen auf, als der Angeklagte zur Ehrenstrafe der Degradation verurteilt worden ist. Nach dem entscheidenden Spruch des Reichsmilitärgerichts ist also für Raumann vorläufig keine Aussicht vorhanden, jemals das Gefängnis wieder zu verlassen.

Vom religiösen Standpunkt hat Raumann zweifellos recht. Erkennt man eine durch Gott geoffenbarte Religion an, dann stehen die göttlichen Gebote dieser Religion zweifellos höher als die Gebote der Militärbehörde. Aber Raumann übersteht, daß im heutigen Massenstaat, so oft er auch als „Christlicher Staat“ bezeichnet wird, der Religion nur soweit Berechtigung zuerkannt wird, als sie die staatlichen Interessen stützt und diese religiös sanktioniert. Nichten sich die religiösen Anschauungen gegen diese Interessen und die aus ihnen geborenen staatlichen Institutionen, dann preist der Staat auf alle religiöse Ueberzeugung.

### Das „milde“ Oberkriegsgericht.

Das Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps (Altona) fällt in seiner letzten Sitzung ein Urteil, das geradezu nach einer schleichenden Revision des Militärstrafgesetzbuches schreit. Der Russeier J., den von sämtlichen Vorgesetzten das Zeugnis eines ordentlichen und nuchternen Soldaten ausgestellt wird, ließ sich zu Weihnachten 1910 verleiten, scharfe Getränke zu genießen. Als er taumelnd auf der Straße (in Rendsburg) einer Militärpatrouille begegnete, ignorierte er deren Führer, einen Sergeanten, der den Trunkenen aufforderte, er solle in die Kaserne gehen. J. demonstrierte gegen den Befehl und setzte dann seiner Verhaftung ätzlichen Widerstand entgegen, wobei er auch den Patrouillenführer berührte. Da er sich wie ein wildes Tier benahm, nahm das Kriegsgericht der 18. Division an, daß der wegen einer Reihe schwerer Militärdelikte Angeklagte nur den ersten, milderen Teil der Erzeße in zurechnungsfähigem Zustande verübt habe. Wegen das auf drei Monate lautende Urteil legte der Gerichtsherr Verurteilung ein. Das Oberkriegsgericht glaubte im Interesse der schwer gefährdeten Disziplin auf eine Gefängnisstrafe von fünfzehn Monaten erkennen zu sollen, obwohl es dem Angeklagten die weitestgehenden Milderungsgründe (schwere Trunkenheit und bisherige tadellose Führung) zubilligte. Es wird angenommen, daß J. auch den zweiten Teil der Ausschreitungen nicht in einem, die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande begangen habe.

### Oesterreich.

#### Eine internationale Kundgebung.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht in ihrer Sonntagsnummer einen Aufruf gegen die Verneuerung der Kriegs- und Marinerrüstungen, die auch mit der Notwendigkeit des Schutzes gegen Italien begründet wurden. Am 9. April werden die Vertreter der sozialdemokratischen Partei und der freien gewerkschaftlichen Organisationen Italiens und Oesterreich-Ungarns in Rom zusammentreten, um gemeinsam gegen die Kriegsrüstungen und die Kriegshetze zu protestieren und den Friedensbund der Arbeiterklasse zu befestigen.

Zu derselben Zeit sollen in allen Städten und Industriegebieten diesseits und jenseits der Alpen, in ganz Oesterreich, Ungarn und Italien, die Arbeitermassen selbst ihre Stimmen gegen die Rüstungen erheben.

Gleichzeitig kündigt unser Parteiorgan an, daß am Frauentag (19. März) in Wien eine große Straßen-demonstration der Frauen für die politische Gleichberechtigung stattfinden wird.

### Frankreich.

#### Truppen gegen Streikende.

Paris, 13. März. Wie aus Bayonne gemeldet wird, kam es daselbst vorgestern nachmittags wiederholt zu ersten Zusammentreffen zwischen ausländischen Dohararbeitern und Truppen. Die Verhaftung einiger Rabaisführer, darunter ein aus Bordeaux entsandter Agitator, verursachte große Ansammlungen vor dem Polizeikommissariat. Kavallerie trieb die Menge mit blanker Waffe auseinander. Die Ausständigen wehrten sich mit Ämtern, woraus die Soldaten mit Steinen und feuerten mehrere Revolvergeschosse ab. Niemand wurde verletzt.

### Belgien.

#### Politischer Demonstrationstreif.

Brüssel, 13. März. (W. T. W.) Die Bergarbeiter des zentralen Kohlengebirgs begannen heute einen Demonstrationstreif von 24 Stunden Dauer zugunsten einer ausreichenden Minderrente. Bis zum Abend war die Ruhe nirgends gestört.

### England.

#### Ein liberaler Rebell.

London, 10. März. Die Flottenausgaben für das kommende Jahr haben in der liberalen Presse Londons großen Zwiespalt hervorgerufen. Während die rechtsstehenden Blätter („Westminster Gazette“ und „Daily Chronicle“) mit der Admiralität durch die dick und dünn gehen, unterziehen die „Daily News“, der „Morning Leader“ und der nachmittags erscheinende „Star“ den Vorschlag einer scharfen Kritik. Besonders der „Star“ geberdet sich sehr rebellisch. In dem heutigen Leitartikel heißt es:

„Die Sparrer sind im Amt, aber die Geldverschwenker haben die Macht. Das ist unser Kommentar zu den Flottenausgaben. Zur Bestätigung sehe man sich die Presse der Tories an. Herr McKenna hat die Chaubinisten noch übertrumpft. Er hat die Kriegsheber durch seine Maßlosigkeit erstaunt. Er hat unsere Millionen den Töchtern des Sabotier gegeben, ohne daß sie danach zu fragen brauchten. Er hat die Organisatoren der Panik übertrumpft und sie atemlos hinter sich gelassen. . . . Was werden die Liberalen Schottlands und Nord-Englands sagen? Werden sie diesen gänzlichen Zusammenbruch aller ihrer Hoffnungen hinnehmen? . . . Alles, was sie sagen können, ist: Wenn dieser verbrecherische Vorschlag von der liberalen Partei angenommen wird, so werden Massenausritte aus der Partei die Folgen sein. Northumberland und Durham entsenden nur zwei Mitglieder der Tories ins Parlament. Man hat uns berichtet, daß die Bergarbeiter Arbeiterkandidaten gegen die Liberalen aufstellen werden, die diesen wahnsinnigen Vorschlag unterstützen werden. Was wird sich ereignen? Die Tories werden gewinnen und die Liberalen, die vor dem Chaubinismus kapitulieren, werden für ihre Untreue mit ihren Mandaten zahlen. . . . Wird dieses Komplott gegen den Liberalismus erfolgreich sein? Wird die Partei ihrem Untergang entgegengehen? Wird sie unter der Last der Rüstungen der Vernichtung entgegenwanken? Wird sie bei den Wählern einen Ekel erzeugen, bis diese aus Verzweiflung in der Quadsalberei des Schuppjolls Erlösung suchen?“

Das Blatt fordert dann zu einem energischen Kampf gegen McKenna auf, der die Partei schon einmal in bezug auf die notwendige Verstärkung der Flotte gewaltig irreführt habe, und schließt mit dem Sage: „Wenn Reib und Osted der liberalen Partei dies hinhimmelt, ohne zu mühen, dann: ade Liberalismus!“

Man ist bei dem „Star“ schon an eine schärfere Sprache gewohnt als bei den meisten anderen englischen liberalen Blättern; die Sprache des oben zitierten Artikels ist jedoch etwas ganz Neues.

#### Gegen die Rüstungsvermehrung.

London, 13. März. Unterhaus. Der Abgeordnete Murray Macdonald (Liberal) beantragte die folgende Resolution: „Das Haus betrachtet mit Verurteilung, daß das enorme Anwachsen der Ausgaben für das Heer und die Flotte während der letzten Jahre und ist der Ansicht, daß diese Ausgaben vermindert werden sollten.“

Macdonald wies bei der Begründung seiner Resolution auf das fortschreitende Anwachsen der Ausgaben für Flotte und Heer während der letzten sechzehn Jahre hin und fragte, welcher Art die vom Auslande drohende Gefahr sei, daß sie die Fortsetzung solcher Ausgaben rechtfertige.

Murray Macdonald — nicht der Arbeitervertreter Ramsey Macdonald — führte weiter aus, daß die Flotte stärker sei, als es der zweimächte-Standard erfordere. Groß-Britannien sollte in der Verminderung der Rüstungen ein Beispiel geben. Der radikale Ponsonby unterstützte die Resolution und erklärte, daß alle nicht zu rechtfertigenden Ausgaben für Rüstungen nicht nur eine Belastung der Steuerzahler, sondern eine ernste Herausforderung an fremde Nationen seien. Das ganze Manöver der Veredlungen McKennas im Jahre 1909 sei zusammengebrochen, aber die darauf begründete Politik sei geblieben. Gerade die Tatsache, daß trotz des Schredens Deutschland in so freundlichen Beziehungen mit England geblieben sei, beweise, daß Englands freundliche Beziehungen mit Deutschland tief eingewurzelt und gesund seien. Er freue sich, daß Aussicht vorhanden sei, die Beziehungen mit Deutschland auf einen besseren Fuß zu bringen. Ponsonby nahm auf die kürzlichen Reden des Admirals v. Tirpitz und des Abgeordneten Schrader Bezug und richtete die dringende Aufforderung an Sir Edward Grey, er möge jede Gelegenheit ergreifen, um Deutschland Freundschaften zu zeigen.

Der Liberale King beantragte hierauf das folgende Amendement: „Das Haus bedauert das Fortbestehen der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung großer Rüstungen und würde die Herbeiführung einer internationalen Vereinbarung für die Beschränkung der Rüstungen willkommen heißen.“

Der erste Lord der Admiralität, McKenna sagte, Ponsonby hat das Bezugnehmen auf Deutschland und die deutsche Flotte gemißbilligt. Ich kann ihm die Versicherung geben, daß es absolut unmöglich ist, auf an mich gestellte Fragen zu antworten oder die Politik der Admiralität zu erläutern, wenn nicht auf fremde Flotten Bezug genommen wird. Wir geben den Rat, Schiffe in solcher Anzahl zu bauen, daß die britische Flotte in den Stand gesetzt wird, in allen möglichen Fällen unsere Freiheit auf der Hochstraße des Ozeans zu sichern.

### Marokko.

#### Eine neue Niederlage der Rebellen.

Tanger, 12. März. Nachrichten aus Fes vom 7. und 8. März besagen, daß die rebellischen Stämme am 7. d. M. eine neue Niederlage erlitten haben. Die Wiederherstellung der regelmäßigen Verbindungen mit Tanger sehe zu erwarten. Die französische Militärmission hat den Befehl erteilt, den Feinden gegenüber Menschlichkeit walten zu lassen.

### Amerika.

#### Gute Freunde.

New York, 13. März. (W. T. W.) Der Staatssekretär des Krieges erklärte, zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten beständen die freundschaftlichsten Beziehungen, Mexiko verfolge die Mobilisierung vollkommen.

# Protest der städtischen Arbeiter Berlins.

Der Ausschuss, den die Stadtverordnetenversammlung voriges Jahr eingesetzt hatte, um über eine Neuordnung der Arbeiterlöhne zu beraten, hat sich monatelang mit der Lösung dieser Aufgabe beschäftigt, aber er hat sie nicht gelöst. Die Arbeiter haben gehofft, daß ihnen endlich eine den Verhältnissen entsprechende Lohnaufbesserung gewährt werde. Doch diese Hoffnung ist völlig enttäuscht worden. Verschieden genug waren die Forderungen der Arbeiter, welche die sozialdemokratischen Mitglieder des Stadtverordnetenausschusses vertraten. In der Hauptsache wurde von dieser Seite ein Mindestlohn von 4,25 M. für ungelernete, 5 M. für gelernte und 5,75 M. für Gasretortenarbeiter gefordert. So sehr sich auch unsere Parteigenossen im Ausschuss bemühten, den gerechten Forderungen der Arbeiter Anerkennung zu verschaffen, scheiterten doch alle ihre Versuche an dem Verhalten der bürgerlichen Mehrheit. Nichts ist bei den Beratungen des Ausschusses für die Arbeiter herausgekommen. Der Ausschuss ist nicht hinausgegangen über die Vorschläge, welche der Magistrat, dem Drängen der Arbeiter folgend, bereits im vorigen Jahre gemacht hat und die einem Teil der städtischen Arbeiter vom 1. April d. J. an geringe Lohnaufbesserungen bringen, die aber den Arbeitern in keiner Weise genügen können.

Gestern abend tagte in Kellers Saal in der Koppenstraße eine ungewöhnlich stark besuchte Protestversammlung der städtischen Arbeiter, die zu dem Verlauf der Ausschussberatungen Stellung nahm. Stadtverordneter August Hingel gab eine sachliche Darstellung der Verhandlungen im Ausschuss. Die Versammelten konnten daraus entnehmen, daß die Forderungen, die sie auf die Arbeiten des Ausschusses etwa gesetzt hatten, nicht erfüllt werden, denn es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Stadtverordnetenversammlung den Beschläüssen des Ausschusses beitreten wird.

Dem Referat folgte eine rege Diskussion. Allgemein war der Unwille darüber, daß die Stadtverwaltung die Gehälter der Be-

amten und Lehrer wesentlich erhöhte, für die Arbeiter aber nichts übrig hat. Als eine Verhöhnung der Arbeiter wurde dieses Verhalten bezeichnet. Mit Raachdruck wurde darauf hingewiesen, daß auch die städtischen Arbeiter sich durch den Druck ihrer gewerkschaftlichen Organisation bessere Arbeitsbedingungen verschaffen müssen.

Arbeiter aus den verschiedenen städtischen Betrieben traten als Redner auf, um die Mißstände zu schildern, unter denen sie zu leiden haben. Unter anderem sagte ein Arbeiter der Kieselfelder, daß der Stundenlohn dieser Arbeiter jetzt 12 P. f. beträgt. Dazu kommt allerdings noch das Deputat, was aber zum größten Teil von schlechter Beschaffenheit ist. Von den 60 Rentnern Kartoffeln die die Arbeiter bekommen, sei höchstens ein Drittel genießbar. Die übrigen zwei Drittel seien so schlecht, daß sie selbst die Schweine nicht fressen möchten.

Zum Schluß wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Mit dem größten Befremden nimmt die Versammlung der städtischen Arbeiter Kenntnis von dem Resultat der Verhandlungen in der Stadtverordnetenkommission über ihre Forderungen.

Die Versammelten beurteilen es auf das Entschiedenste, daß die Kommission nicht das nötige Verständnis für die so notwendige einheitliche Regelung des Entlohnungssystems und die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation aufzubringen vermocht hat.

Dagegenüber versichern die Versammelten, daß die Arbeiter trotzdem an ihren durchaus berechtigten Forderungen festhalten werden und erwarten mit Bestimmtheit eine gerechte Beurteilung derselben im Staatsauschuss. Sollte es auch hier der sozialen Einsicht ermangeln, so werden die städtischen Arbeiter Mittel und Wege zu finden wissen, um zu ihrem Rechte zu kommen.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

### Nochmals der Zersplitterungsversuch Wiesenthals.

Der Allgemeine Metallarbeiterverein bringt in seiner Zeitung einen Artikel von Weilenlänge über die Versammlung vom 8. d. M. Der größte Teil des Artikels besteht aus Schimpereien und Verleumdungen größtenteils Skabiers. Soweit die Sache selbst geschildert wird, ist alles verdrückt und auf den Kopf gestellt. Doch das festzustellen ist nicht der Zweck dieser Zeilen; bei diesem Vergnügen wollen wir die Herrschaften nicht stören. Nur eine Bemerkung ist es, die mich zu diesen Zeilen veranlaßt, nämlich die Bemerkung, daß der Vorstand des Allgemeinen Vereins die Schritte beraten wird, die notwendig sind, um der schweren Verleumdung entgegenzutreten, die in meiner Erklärung vom 8. d. M. enthalten ist. Durch diese Bemerkung, die doch nur eine Drohung sein soll, angeregt, fordere ich hiermit den Allgemeinen auf, mich wegen Verleumdung zu verklagen. Ich werde an Gerichtsstelle den Wahrheitsbeweis für meine Behauptung erbringen. Ja, ich werde sogar noch mehr als das, was ich in der Erklärung sagte, beweisen. Sollte der „Allgemeine“ seine Drohung nicht ausführen, dann nehme ich an, die Herren geben die Richtigkeit meiner Behauptung an. Nun mögen sie wählen.

Adolf Cohen, Charlottenstr. 3.

Die Arbeiter in den Eisenkonstruktionsbetrieben gehören zu den am schlechtesten gestellten Arbeiter aller Metallbranche. Die Arbeitsbedingung für eine Bewegung zur Verbesserung ihrer Lage, nämlich die Erkenntnis des Elends und der Wille dasselbe zu beampfen, ist bei den Eisenkonstruktionsarbeitern erwacht. Der ungewöhnlich starke Besuch einer am Sonntag abgehaltenen Brandensammlung bewies es, noch mehr aber das allgemein ausgeprochene Verlangen, eine Lohnbewegung ins Werk zu setzen. Die von verschiedenen Nebenern vorgetragenen Einzelheiten über ihre Arbeitsverhältnisse ergab im wesentlichen folgendes Bild. Die Ausübung der Arbeiten ist schon an sich mit großer Unfallgefahr verknüpft. Diese Gefahr wird dadurch noch erhöht, daß die Arbeiter zu den höchsten Leistungen angetrieben werden und bei solcher Arbeit natürlich nicht an die Beobachtung der erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen denken können. Was zu welchem Grade die Ausnutzung der Arbeitskraft in den Eisenkonstruktionsbetrieben schon geübt ist, dafür wurde ein Beispiel angeführt: Bei Steffen u. Köhler werden an einer Arbeit, die früher von 40 Mann gemacht wurde, jetzt nur noch 10 Mann gestellt. — Wo die Antreiber nicht direkt durch Vorgehete betrieben wird, da tut die Affordararbeit zu niedrigen Preisen, bei denen die Arbeiter kaum den üblichen Lohn verdienen können, dieselbe Wirkung wie der Antreiber. Von einer geregelten Arbeitszeit ist in den meisten Fällen keine Rede, denn immer, wenn reichlich Arbeit vorliegt, müssen zahlreiche Ueberstunden gemacht werden, für die nicht einmal ein Lohnzuschlag gezahlt wird. Die Löhne stehen in gar keinem Verhältnis zu der anstrengenden und gefährlichen Arbeit. Häufig kommt es vor, daß gelernte Arbeiter noch nicht einmal 50 Pf. Stundenlohn erhalten. Ja, bis zu 35 Pf. gehen die Löhne der Schlosser in manchen Fällen herunter, während ungelernete Arbeiter gar nur 32 Pf. erhalten. Einzelne Arbeiter, die um eine Lohnserhöhung von 2 Pf. ersuchten, belamen statt der Zulage ihre Entlassung. Auch durch schlechte Behandlung seitens der Vorgesetzten haben die Arbeiter zu leiden. Besonders wird in dieser Hinsicht über einen Meister der Firma Drudenmüller gesagt. Auch von der Firma Steffens u. Köhler heißt es, daß Lohn und Behandlung viel zu wünschen lassen. Besonders wurde hervorgehoben, daß Arbeiter dieser Firma, wenn sie eine Krankheit durchgemacht haben, nicht mehr beschäftigt werden. Die Arbeiter, welche im Betriebe der Firma Unfälle erlitten hatten, und dann mit leichten Arbeiten beschäftigt wurden, seien sämtlich entlassen worden, weil die Firma nur noch vollkräftige Arbeiter beschäftigen wolle.

Der Verlauf der Versammlung zeigte, daß die Eisenkonstruktionsarbeiter entschlossen sind, sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Eine rege Agitation ist im Gange und hat gute Erfolge gehabt. Mehrere Redner verlangten, daß möglichst bald in eine Lohnbewegung eingetreten werde. Dazu erklärte die Verhandlung, daß alle Vorbereitungen für eine Lohnbewegung im Gange seien und daß man vorgehen werde, sobald der geeignete Zeitpunkt gekommen sei. Damit war auch die Versammlung vollkommen einverstanden.

### Der Streik der Tapezierer.

Am Sonnabend hatten die Arbeiter in den Magazinvorfächern den Unternehmern einzeln ihre Forderungen unterbreitet, nachdem alle Bestrebungen, mit den vereinigten Unternehmern einen Tarifvertrag abzuschließen, gescheitert waren. Eine Reihe Firmen bewilligten die verlangte Verkürzung der Arbeitszeit von 50 auf 48 Stunden die Woche sowie eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. oder eine entsprechende Erhöhung der Affordarie. Wo die vorgelegten Forderungen abgelehnt wurden, brach der Streik aus. Etwa 400 Arbeiter waren am Montag morgen am Streik beteiligt; davon hatten 170 im Laufe der letzten Woche die Arbeit schon niedergelegt. — Das rasche und energische Vorgehen der Gehilfenschaft hat bei den Unternehmern eine große Wirkung hervorgerufen, denn sie drohten sofort eine allgemeine Aussperrung aller Tapeziererangestellten in Groß-Berlin an, soweit das Gebiet der Tapeziererangestellung reicht. Die Annahme, der Schutzverband für das Tapezierergewerbe und der Verein der Polstermöbelfabrikanten würden gemeinsam vorgehen und alle Gehilfen aussperrten, wenn nicht innerhalb 24 Stunden alle Streiks und Sperren vom Verband der Tapezierer aufgehoben werden, so drohten sie schon am

Sonntag durch die „Volkzeitung“ an. Die Beschlüsse darüber sollten in einer Versammlung der genannten Unternehmernorganisationen gefaßt werden, die gestern, Montagabend, stattfand.

Die Gehilfenschaft sieht den Maßnahmen der Unternehmer mit großer Ruhe entgegen und fürchtet auch eine Aussperrung nicht. Die Gehilfen werden ruhig abwarten, welche Wirkung die Beschlüsse der Unternehmer zeitigen werden, um dann die notwendigen Gegenmaßnahmen zu treffen. Was es nicht möglich, durch einen Tarifabschluß allgemein eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erringen, so müssen die Arbeiter jetzt versuchen, sich die gewünschte und notwendige Aenderung der Verhältnisse in den einzelnen Betrieben zu verschaffen, und da sind es hauptsächlich die Magazinpulsterer, die gegenwärtig den Kampf führen, weil in ihren Werkstätten die Verhältnisse am ungünstigsten liegen.

Achtung, Tapezierer! Folgende Werkstätten sind wegen Lohn-differenzen, auch für Sattler, gesperrt: Weigt, Friedrichstr. 16; Nothe, Große Frankfurterstr. 88; Birnbaum, Niederstr. 4; Stephan u. Helbig, Androssstr. 43; Wolf u. Krebs, Holzmarktstr. 69/70; Drever, Dammstr. 29; Dittmar, Rolkmarkt 6 und Cadiner, Charlottenburg, Berlinerstr. 49; Hef u. Rom, Charlottenstr. 8; Domeyer, Brunnenstr. 52; Herzog, Breitestr. 1; Müller, Lefuferstr. 15; Groß, Lindenstr. 12; Anger, Straßburgerstr. 54; Sempf, Grefenbagenstr. 13; D. Dwinahle, Androssstr. 30; Caspari, Marienfelde; Richter, Cöpenick; Heymann, Malberstr. 9; Verschaff, früher Nothe, Meinerstr. 4; E. E. Lehmann, Wilhelmstr. 2a; Wieste, Chausseestr. 80; Jastrupp, Chausseestr. 38; Krause, Hebe-mannstr. 10; Gropisch, Kochstr. 7; Römer u. Wätcher, Soarbrüderstr. 30; Parth, Friedrichsberg; Fleischer, Rixdorf, Panierstr. 1; Dubach, Pankowstr. 70; Ehrlich, Alte Schönhauserstr. 2.

Die bekannte Handelsfirma Leisers Schuhwarenhandl., die u. a. auch in der Königl. 34 eine Filiale unterhält, wird irrtümlicherweise mit der von den Schuhmachern bestrittenen Schuhwarenfabrik Leiser u. Co. in der Neuen Königstr. 39 verwechselt. Die Firma Leisers Schuhwarenhandl. ersucht um Bestätigung um die Mitteilung, daß sie mit der Fabrikationsfirma Leiser u. Co. keinerlei Verbindungen habe. Da die Ähnlichkeit der Namen, die rein zufällig, nicht einmal auf verwandtschaftliche Beziehungen zurückzuführen ist, zu Verwechslungen leicht Anlaß geben kann, kommen wir dem Ersuchen der Firma nach.

## Deutsches Reich.

### Lohnbewegung der Oberschiffer.

Die Oberschiffer haben in außerordentlich starken Mitglieder-versammlungen in Kassel, Breslau, Hagenberg, Steffen und Berlin einstimmig beschlossen, sofort eine Lohnbewegung einzuleiten. Sie fordern eine zehnstündige Arbeitszeit beim Lochen und Laden (bis jetzt wurde im Sommerhalbjahr elf Stunden gearbeitet), für Steuerleute 120, 125 und 130 M. Monatslöhne je nach Größe der Fahrzeuge, für Dampfsteuerleute 120 M. und für Bootsteuereute 110 M.; Ueberstundenarbeit soll nach Zeitabständen von zwei zu zwei Stunden mit 50, 60 und 75 Pf. bezahlt werden, Sonntags- und Feiertagsarbeit beim Lochen und Laden mit 50 Pf. pro Stunde. Das Kohlenübernehmen außer der Tageszeit soll nach den Ueberstundenlöhnen vergütet werden. Einbehalten von Lohn soll nicht statthaft sein. Ferner wird verlangt, daß den Schiffsmannschaften das Reisegeld von und nach der Heimat und der Reisetag vergütet werden soll. Die Forderungen sind äußerst minimale und die Löhne stehen noch bedeutend hinter den Löhnen, die auf der Elbe gezahlt werden, zurück.

Forderungen wegen Einführung der Sonntags- und Nachtrabe wurden nicht gestellt, weil nach den Vorschlägen des Vertrags für Arbeiterstatistik eine gesetzliche Regelung der Sonntagsarbeit zu erwarten ist. Deshalb hat der Transportarbeiterverband eine solche Forderung in den Tarifentwurf nicht aufgenommen. — Die Einreichung der Forderungen ist bereits am 9. März erfolgt. Die Organisationen verlangen bis zum 20. März eine Antwort.

Auf der Ober herrscht jetzt ein reges Leben. Die Schiffsmannschaften sind in regster Tätigkeit, um die wenigen der Organisation noch fernstehenden Schiffer dem Verbands zuzuführen.

Die Redepresse hat bereits Stellung zu der Bewegung genommen. Ohne die Forderungen zu kennen, erklärt sie diese für unannehmbar. Zwar können die reichlichen Profite der Reeder nicht gelehnt werden, trotzdem erklären diese eine Erhöhung der Löhne für unmöglich.

Der Transportarbeiterverband hat am Donnerstag, den 9. d. M. eine große Flugblattverbreitung über das Stromgebiet der Oder und der märkischen Wasserstraßen, wie auch auf der Elbe vorgenommen. In den Flugblättern wird allen Mannschaften die Einreichung der Forderungen bekannt gemacht und die Tarifvorlage im Wortlaut wiedergegeben. Das war neben den Versammlungen nötig, weil viele Mannschaften sich zur Zeit der Versammlungen auf Fahrt befinden.

Es sind bereits Anzeichen vorhanden, daß die Unternehmer an allen Stationen mit Hochdruck gegen die Bewegung Front machen. Es wird deshalb gebeten, etwaige Vorkommnisse in den Umlade- und Hafenplätzen, die mit der Lohnbewegung der Oberschiffer in Beziehung stehen, dem Vorsitzenden der Binnenschiffer Wilh. Schünning Berlin S. Neu-Kölln am Wasser 1, zu melden.

### Bei dem Streik der Zinkhüttenarbeiter in Dortmund

Stoßen wir auf ein Schauspiel, wie wir es in der Zeit der „Kasseler“ des Klaffensgeschehens“ des öfteren erlebt haben. Durch das provokatorische Auftreten der herangeholten Streikbrecher kommt es zu Reibereienansammlungen und turbulenten Ausritten. Die Gewerkschaftsführer der Metallarbeiterverbände sind beim

Oberbürgermeister vorstellig geworden. Auch im Stadtvorordnetenkollegium ist die Angelegenheit von den Sozialdemokraten zur Sprache gebracht worden. Die Arbeitswilligen haben sich Brutalitäten selbst gegen nichtstreikende Arbeiter anderer Berufe und gegen die Bewohner des betreffenden Stadtviertels zuschulden kommen lassen, was die Erregung fortwährend steigerte. Die lokale Presse bringt warnende Hinweise. In der „Arbeiter-Zeitung“ wird erwähnt, daß das große Polizeiaufgebot zum alleinigen Schutze der Arbeitswilligen aufstehend auf die Bevölkerung wirkte. Die „Arbeiter-Zeitung“ erklärt weiter, daß sie bisher von den Dingen aus dem Grunde nichts erwähnt habe, um der Gefahr zu entgehen, daß man uns, wie es färglich in Berlin dem „Vorwärts“ geschehen ist, nachher die Verantwortung aufbürden könnte. Die Partei- und Gewerkschaftslogen werden dann gebeten, auf die Indifferenten einzuwirken, damit auch die Frauen und die Kinder ferngehalten würden. Bei den bedrohlichen Vorgängen selbst ist auch schon der Revolver wiederholt gebraucht worden. Der Oberbürgermeister hat versprochen, daß die Polizei unparteiisch handeln soll.

Daß die Zinkhüttenarbeiter den streikenden Arbeitern sehr wohl entgegenkommen könnte, beweist der vor kurzem veröffentlichte Jahresbericht der Gesellschaft. Danach beträgt der Rohgewinn für das Jahr 1910 3 164 964 M. gegen 1 969 948 M. im Jahre vorher. Als Reingewinn bleibt die Summe von 1 655 160 M. gegen 744 955 M. im Vorjahre. Trotzdem sollen „nur“ 5 Prozent Dividende verteilt werden, wohl aus dem Grunde, um in der Streikzeit die Arbeiter nicht noch mehr in Bewegung zu bringen. Für diese Dividende wurde die Summe von 845 940 M. ausgeworfen, die Riesensumme von 917 450 M. wurde dafür dem „Dividendenergänzungsfonds“ zugewiesen. In Wirklichkeit hätte also die Dividende mehr als verdoppelt werden können, da auch noch 315 497 M. dem Reservefonds überwiesen wurden.

Im Jahre 1909 (die Zahlen für das Jahr 1910 sind uns nicht zur Hand, sie werden aber kaum viel abweichen) hat die Zinkhütten-Aktiengesellschaft zu Stolberg und in Westfalen auf ihren Ertragstätten, Hütten, Walzwerken und im Kohlengebirgsbetrieb insgesamt 4784 Arbeiter beschäftigt. Jeder Arbeiter hat also im Durchschnitt im Jahre 1910 zum Rohgewinn zirka 662 M., zum Reingewinn zirka 409 M. mit beigetragen!

Das heißt ein Beschäft! Die Arbeiter aber werden mit den „schlechten Zeiten“ verdrückt, ihre beschiedenen Forderungen werden nicht erfüllt. Hoffentlich bringen die schwer geplagten Zinkhüttenarbeiter ihre Sache doch zum Siege, hoffentlich halten sie aus und lassen sich nicht provozieren.

### Zur Tarifbewegung in der Holzindustrie.

Am Sonntag nahm eine von über 6000 Personen besuchte Versammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Hamburg, Stellung zu dem bereits mitgeteilten Ergebnis der Verhandlungen mit den Unternehmern. Nach stundenlangem, sehr lebhafter Debatte, in der wiederholt betont wurde, daß der Minimallohn 65 Pf. betragen müsse, gelangte gegen eine Stimme diese Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung ist mit der vorgeschlagenen Regelung der Lohnfrage nicht im vollen Umfange einverstanden, behält sich jedoch die entgeltliche Beschlußfassung hierüber bis nach erfolgter Verständigung über die Affordarie vor. Die Versammlung bedauert, daß trotz des dringenden Wunsches unserer letzten Versammlung die Verhandlungen über die Affordarie nicht schon stattgefunden haben.“

An der vertraglichen Regelung der Arbeitsnachweisfrage hält die Versammlung unbedingt fest. Sofern der Arbeitgeber-Schutzverband bei der strikten Ablehnung des paritätischen Arbeitsnachweises beharrt, sind weitere Verhandlungen völlig ausgeschlossen.

Für diesen Fall wird die Verwaltung ermächtigt, alle erforderlichen Maßnahmen zwecks Durchführung unserer Forderungen unterzüglich in die Wege zu leiten.“

## Letzte Nachrichten.

### Eine demokratische Kandidatur in Teltow-Weeskow.

In einer am Montagabend stattgefundenen Sitzung der Vertrauensleute der Demokratischen Partei nahmen die Versammelten Stellung zu einer Kandidatur für den Wahlkreis Teltow-Weeskow-Storkow. Nach längerer Aussprache wurde als Kandidat der Demokratie für diesen Kreis der Architekt Wilhelm Schubert aus Groß-Lichterfelde aufgestellt.

Das Gelingen der Demokraten wird nach der Wahl wohl auf der Ueberzeugung beruhen, daß ihr Bemühen vergeblich war.

### Zwei Beförderungen.

Berlin, 13. März. (B. L. B.) Zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen an Stelle des verstorbenen Staatsministers von der Rede von der Horst ist der Regierungspräsident Dr. jur. Prinz von Ratibor und Gorchow, Prinz zu Hohenlohe-Schillingfürst in Coblenz und zum Regierungspräsidenten in Köslin an Stelle des in den Ruhestand tretenden Freiherrn von Fund der Geheimere Oberregierungsrat und vortragende Rat im Ministerium des Innern Dr. jur. Dreyß in Berlin ernannt worden.

### Das Weirüsten zur See.

London, 13. März. (B. L. B.) Im Unterhause führte MacKenna in der Debatte über den Antrag Macdonald weiter aus: Wir können unsere Freiheit auf der Hochsee des Ozeans aber nicht sichern, wenn unsere Flotte nicht jeder fremden Flotte überlegen ist, und zwar jeder denkbaren und wahrscheinlichen Kombination, der wir vielleicht allein entgegneten müssen. Nachdem MacKenna betont hatte, daß diese Politik keine Feindseligkeit gegen irgendeine Nation in sich schloß, sagte er weiter, wie kann ich die Vermehrung erklären, wenn ich nicht in bestimmter Weise auf die von den Mächten gemachten Vorbereitungen Bezug nehme. Natürlich ist die Macht, die ich auswähle, diejenige, welche die zweitstärkste Flotte besitzt, darum muß ich die Stärke und Vermehrung unserer Flotte mit derjenigen der deutschen vergleichen. In Erwiderung auf die Beschwerde der Radikalen, daß es der Regierung nicht gelungen sei, die Ausgaben zu vermindern, wies MacKenna darauf hin, daß die 1906 und 1908 beschlossenen Abänderungen des deutschen Flottengesetzes die Bestimmungen für die deutsche Flotte in den darauffolgenden Jahren in Zweifel ließen. Sonst, erklärte MacKenna, hat mich in die Lage versetzt, zu meiner Verteidigung die Worte zu erklären, die ich bei der Einführung des Budgets für 1909 gebraucht habe. Er hat meine Worte angeführt, um zu beweisen, daß entgegen meiner Annahme, Ende 1910 würden neun deutsche Dreadnoughts vollendet sein, tatsächlich nur fünf vollendet waren, und daß, während ich voraussetzte, im Herbst 1912 würden 17 Schiffe vollendet sein, ich nunmehr zugebe, daß nach mir gemachten offiziellen Erklärungen, die ich als absolut richtig ansehe, die 17 Schiffe von den deutschen Werften nicht vor dem Frühjahr 1913 abgeliefert sein werden. Er klagt sich an, das Haus im Jahre 1909 irriggeführt zu haben.

(Siehe auch unter England, 3. Seite des Hauptblattes.)

Reichstag.

146. Sitzung. Montag, den 13. März 1911, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Delbrück.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Präsident Graf Schwerin mit, daß er gestern dem Prinzregenten Luitpold von Bayern zu seinem 90. Geburtstag telegraphisch im Namen des Reichstages gratuliert habe; der Prinzregent habe telegraphisch geantwortet.

Während der Präsident die Antwortdepesche verliest, erheben sich die Abgeordneten mit Ausnahme der sozialdemokratischen Abgg. Sed und Städtgen von den Plätzen.

Präsident Graf Schwerin: Sie haben sich von den Plätzen erhoben, um der Ehrerbietung vor dem Jubilar Ausdruck zu geben. (Zuruf: Städtgen nicht.) Ich stelle das fest.

Zweite Lesung des Stats des Reichsamts des Innern. Zweiter Tag.

Abg. Dr. Stresemann (natl.) bittet den Staatssekretär darauf zu achten, daß der deutsche Handel nach Finnland keinen Schaden dadurch erleide, daß Finnland ins russische Zollgebiet einbezogen wird, und würdigt dann das kanadisch-amerikanische Zollabkommen in seiner Bedeutung für den deutschen Handel, und fragt den Staatssekretär, ob es richtig sei, daß Kanada Vergünstigungen erhalten habe, die der deutsche Handel nicht erhält. — Unser Handel mit Portugal hat sich günstig für Portugal entwickelt im portugiesischen Handelsvertrag sind eben Portugal große Zugeständnisse gemacht. — Daß unsere Zollpolitik im Kerne richtig ist und die Kaufkraft unserer ländlichen Bevölkerung gesteigert wird, was auch der Industrie zugute kommt, beweist der Umstand, daß das freihändlerische England 10, wir nur 27 Proz. Arbeitslose hatten. Die Bekämpfung des Heidelberger Programms der Nationalliberalen durch die Rechte und den Bund der Landwirte ist ganz unverständlich; die ganze nationalliberale Partei sieht auf dem Boden des Schutzes der nationalen Arbeit durch Schutzzölle. Aber der Schutzgedanke darf nicht überspannt werden, weder in der Landwirtschaft noch in der Industrie. Es ist nicht mehr Schutzes der nationalen Arbeit, wenn durch Syndikate nach dem Auslande die Rohstoffe billig geliefert werden, daß der deutsche Unternehmer nicht mehr konkurrieren kann. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um der Ausplünderung des deutschen Konsumenten durch Rockefeller und die Standard Oil Compagnie ein Ende zu machen. Der Petroleumtrust wird nicht von ethischen Gesichtspunkten, sondern nur vom nachteiligen Geschäftsinteresse geleitet. Der jubelnd begrüßte Sieg der amerikanischen demokratischen Partei, der Gegnerin der Trusts und Hochschutzzölle, dürfte der geeignete Moment zu dem Versuch sein, das Monopol Rockefellers zu brechen. Wir haben eine in dieser Richtung sich bewegendes Resolution eingebracht und bitten den Staatssekretär, sich darüber zu äußern.

In der Sozialpolitik steht Deutschland unbestritten obenan. Eine halbe Milliarde Mark wird alljährlich von Reich und Arbeitgeber zugunsten der Arbeiterversicherung aufgebracht. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Wenn es dem gegenüber von sozialdemokratischer Seite heißt: „Die Arbeitgeber bilden sich etwas darauf ein, daß sie die Arbeiter nicht mehr verhungern, sondern nur noch hungern lassen“, so ist das nicht nur Hebertreibung, sondern Unehrlichkeit. Ein sozialdemokratischer Führer, Herr Frähdorf, hat anerkannt müssen, daß die Sozialpolitik des Auslandes weit hinter der deutschen zurücksteht. Es ist unklar, daß der gegenwärtige Reichstag auf dem Gebiete der Sozialpolitik nichts geleistet hat. Freilich, die Sozialdemokraten verstehen unter Sozialpolitik in erster Linie die Schaffung neuer Institutionen und neuer Bestimmungen der Gewerbeordnung. Die bürgerlichen Parteien wollen Sozialpolitik im Bismarckschen Sinne der positiven Unterstützung wirklich Bedürftiger treiben. — Ich kann mich den Ausführungen des Kollegen Ling über den Unfug, den die Sozialdemokraten mit Vohoff und Koalitionsgang treiben, nur anschließen. Der sozialdemokratische Koalitionsgang muß auf das allerschärfste bekämpft werden (Bravo! rechts), allerdings nicht durch Ausnahme-gesetze. — Es wäre wünschenswert, daß die Privatbeamtenversicherung noch in dieser Session zustande kommt. Freilich stört die Ungewißheit über die Dauer dieses Reichstages alle Dispositionen. Mit der Privatbeamtenversicherung darf nicht gewartet

werden, bis volle Einigkeit unter den Interessenten erzielt ist. — Die nationalliberale Partei wird auch in Zukunft in Politik, Sozial- und Wirtschaftspolitik die Stellung einer auf Ausgleich widerstrebender Interessen gerichteten Mittelpartei einnehmen. (Lebhaftes Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich werde heute nicht auf alle im Laufe dieser Debatte aufgeworfenen Fragen eingehen. Meine Rede, die ohnehin lang werden dürfte, könnte sonst gar zu lang ausfallen. (Große Heiterkeit.)

Der Abg. Fischer hat zu meiner großen Freude am Sonnabend anerkannt, daß Deutschland auf dem Gebiete der Sozialpolitik positive Leistungen aufzuweisen hat. Freilich schätzt Herr Fischer diese Leistungen, die durcheinander gegen den Widerstand der Sozialdemokratie zustande gekommen sind, ziemlich gering ein. Er stellt Reclamationen an, die teilweise schon der Abg. Stresemann richtiggestellt hat. Herr Stresemann hat schon ausgeführt, daß rund eine halbe Milliarde jährlich für Zwecke der Arbeiterversicherung verausgabt wird. Ich gebe zu, es ist schwierig, den jährlichen Ueberschuß des Nationalvermögens genau zu veranschlagen; aber auf keinen Fall ist eine halbe Milliarde als eine Kleinigkeit zu bezeichnen. (Sehr wahr! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Herr Fischer hat von der sozialpolitischen Unfruchtbarkeit der letzten Jahre gesprochen. Die Regierung hat dem Reichstage eine solche Fülle von sozialpolitischen Gesetzentwürfen vorgelegt, daß es beinahe zweifelhaft ist, ob der Reichstag sämtliche Vorlagen wird in dieser Session erledigen können. Wenn die Reichsversicherungsordnung nicht zur Erledigung gelangen sollte, so ist das wirklich nicht die Schuld der Regierung und ebensowenig die Schuld der Reichstagskommission. Die Erledigung des Arbeitsskammergesetzes stößt ja auf Schwierigkeiten, aber die anderen Vorlagen sind nach meiner Meinung noch sehr wohl in dieser Session zu erledigen.

Der Abg. Fischer hat auch darüber Klage geführt, daß in den letzten Jahren weniger Bundesratsverordnungen betreffend die Arbeitsverhältnisse in einzelnen Gewerben erschienen sind. Die Tatsache ist an sich richtig. Sie erklärt sich aber einmal daraus, daß die Zahl der für solche Verordnungen in Betracht kommenden Gewerbezweige naturgemäß immer kleiner wird, weil eben für eine große Anzahl Gewerbezweige Verordnungen erschienen sind. (Sehr wahr! rechts.) Außerdem hat sich vielfach herausgestellt, daß die Reglementierung für das ganze Reich für Arbeitgeber und Arbeiter vieler Gewerbe außerordentlich ungewandmäßig ist. (Lebhaftes Zustimmung rechts.)

Von manchen Seiten wird darüber geklagt, daß die Reichsregierung noch immer nicht die Aufgabe der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge in Angriff genommen hat. Ich halte die Tarifvertragsbewegung für eine außerordentlich berechtigzte, wichtige, ja notwendige. Aber der Zeitpunkt für eine gesetzliche Regelung scheint mir doch noch nicht gekommen. Der springende Punkt ist die mangelnde Vollstreckbarkeit der Tarifverträge. Um diese durchzuführen, wäre die erste Vorbedingung die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine. Aber diese Sache hat auch ihre großen Schwierigkeiten. Die Lösung, die von vielen Seiten gewünscht wird, daß den Berufsvereinen die Rechte, aber nicht die Pflichten der juristischen Personen verliehen werden, halte ich für unangänglich. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Ich persönlich würde durchaus bereit sein, die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine gesetzgeberisch zu regeln, müßte dann aber auf die Einfügung einer Bestimmung bestehen, daß die Berufsvereine für die Durchführung der Verträge mit ihrem Vermögen haften müssen. (Sehr richtig! rechts.) Ohne eine solche Haftbarkeit ist eine Vollstreckbarkeit der Tarifverträge unmöglich auf dem Wege der Gesetzgebung ein- und durchzuführen. Ich halte es aber auch gar nicht für so schlimm, daß die Tarifverträge vorläufig der gesetzlichen Durchführung ermangeln. Mit den Tarifverträgen verhält es sich so wie mit den angeblich auf ewig geschlossenen Staatsverträgen. (Weiterkeit: sie werden solange gehalten, als es den Interessen beider Vertragschließenden entspricht. (Sehr wahr!) Unter solchen Umständen halte ich zurzeit eine gesetzgeberische Regelung der Tarifverträge für unangebracht, so sehr eine solche Gesetzgebung auch einen talentvollen Minister reizen könnte. (Weiterkeit und Hört! hört!)

Rebner verbreitet sich sodann — bei seiner Leisen, zum Teil bis zum Plätern herabsinkenden Stimme in Einzelheiten völlig unverständlich — über zahlreiche Fragen der Mittelstands- und allgemeinen Wirtschaftspolitik. Er hebt hervor, daß er als preussischer Handelsminister nach Kräften im Interesse des Handels tätig gewesen sei, und erörterte die Schwierigkeiten, die der vom Zentrum und von der Rechten geforderten reichsrechtlichen weiteren

Einschränkung des Hausierhandels, der Wanderlager usw. entgegenstehen.

Der Abg. Fischer hat bemängelt, daß die Reichsregierung noch nicht die gesetzliche Regelung der Syndikate in Angriff genommen hat. Selbstredend verfolgt die Reichsregierung diese Frage mit der gespanntesten Aufmerksamkeit und die Ueberzeugung, daß ein gesetzgeberisches Einschreiten erfolgen wird, wenn die Interessen der Nation es dringend verlangen, wird sicherlich nicht verfehlen, einen Einfluß auf das Verhalten der Syndikate zu üben. Einen gesetzlichen Eingriff in diese Materie halte ich angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten, die hier zu überwinden sind, mindestens vorläufig für unangebracht. —

Herr Müller-Reiningen hat im vorigen Jahre angeklagt, er werde so lange Interpellationen über die Handhabung des neuen Vereinsgesetzes einbringen, bis es im Sinne des Gesetzgebers angeführt wird. Ich freue mich, daß er sich diesmal auf eine Anfrage bei meinem Etat beschränkt hat; ich schließe daraus, daß die Reichsregierung über Mißgriffe, wie sie anfangs vorkamen, erheblich zurückgegangen sind. (Lachen links.) Es entspricht das auch meinen eigenen Beobachtungen. Der Abg. Müller-Reiningen hat ja einige Beschwerden über Schilannen vortragen und ein Einschreiten dagegen verlangt. So lange ich mit den Zentralbehörden über die Grundsätze der Ausführung des Vereinsgesetzes einig bin, habe ich zum Einschreiten keinen Anlaß. Die Erörterung von Schilannen, die entgegen den Anweisungen der Zentralbehörden vorkommen, gehört in die Parlamente der einzelnen Bundesstaaten. (Sehr richtig! rechts.) Herr Müller-Reiningen verweist nur aber auf das generelle Verbot öffentlicher Aufzüge in Preußen, das eine Verletzung des Gesetzes sei. Er hätte Recht, wenn ein solches generelle Verbot ergangen wäre; der preussische Minister des Innern hat aber nur unter Hinweis auf bestimmte Vorgänge darauf aufmerksam gemacht, daß wie die Dinge liegen, jeder öffentliche Aufzug eine öffentliche Gefahr bilden kann und daher „in der Regel“ verboten werden soll, er hat also die Möglichkeit der Genehmigung zugegeben (Lachen links), und ich hoffe, daß die nachgeordneten Behörden mit der mißverständlichen Auffassung, als ob jeder öffentliche Aufzug zu verboten sei, aufgeben werden. (Erneutes Lachen links.) —

Weiter verlangte der Abg. Müller-Reiningen die Beseitigung einseitiger Wahlsurnen zur Wahrung des Wahlgeheimnisses. Es ist unannehmlich, wenn Wahlvorsteher und Wahlvorstände sich dazu hergeben, durch künstliche Manipulationen das Wahlgeheimnis zu durchbrechen. Aber die Zahl der Fälle, in denen es geschehen ist, doch zu gering, um das Gesetz zu ändern. Unregelmäßigkeiten bei der Wahl kommen auch auf anderer Seite vor; so haben in Bremen bei der letzten Reichstagswahl 72 Personen nach den Listen gewählt, die unbekannt wohin verzogen waren. (Hört! hört! rechts.) Man könnte erwägen, ob nicht auf dem Wege der Gesetzgebung mit all solchen Dingen reiner Tisch gemacht werden soll; das kann aber nicht mit einem überlasteten Reichstage und kurz vor seinem Schluß geschehen. Jedenfalls werde ich vor den Neuwahlen Anweisung geben, daß die mit der Ausführung der Wahlen betrauten Behörden dafür Sorge tragen, daß als Wahlsurnen nicht Gefäße verwendet werden, die durch ihre Beschaffenheit zu Mißbräuchen Veranlassung geben, und daß auch sonst das Wahlgeheimnis gewahrt werden soll. (Bravo! links.) — Weiter wünschte Herr Müller-Reiningen, daß Ortschaften mit einer geringen Zahl von Wählern zur Sicherung des Wahlgeheimnisses mit benachbarten Ortschaften zu einem größeren Wahlbezirk vereinigt werden. Zum Teil geschieht dies, aber man darf nicht vergessen, daß ein zu weiter Weg das Wahlrecht illusorisch machen kann. (Sehr richtig! rechts.) Angeregt ist auch die Frage der Frist der Erziehungswahl. Ich habe von einer gesetzlichen Regelung Abstand genommen, aber die Bundesregierungen darauf aufmerksam gemacht, daß die Fristen bei einer Erziehungswahl ebenso zu erledigen sind wie bei Neuwahlen. Von mehreren Bundesregierungen ist mir bereits die Zustimmung zugegangen, daß so verfahren werden soll.

Weiter fragte der Abg. Müller-Reiningen, wie es mit einem Theatergesetz stehe. Es sind Gutachten von den Bundesregierungen eingefordert. Preußen hat bestimmte Vorschläge gemacht, über die demnächst mit den Interessenten verhandelt werden soll. Ich will daher für heute schließen mit der Inausfertigung eines Theatergesetzes. (Weiterkeit.)

Abg. Breßler (Pole) klagt darüber, daß es den polnischen Arbeitern außerordentlich schwer gemacht werde, die ihnen nach den Versicherungsgeheimnissen zustehenden Renten zu erhalten; oft werden ihnen die Renten auch wieder zu Unrecht entzogen. Eine Folge der preussischen Polenpolitik ist das Abwandern der polnischen Ar-

Kleines feuilleton.

Die Vereinigten Staaten im Lichte der Bevölkerungsstatistik. „Amerika, du hast es besser als unser Kontinent der alte“ — dieses Dichterwort paßt für das heutige Amerika schon lange nicht mehr. Die unerbittlichen Zahlen beweisen es. Die Entwicklung von einem Agrarstaat mit unermesslichem Länderreichtum, wo ein jeder Lohnarbeiter jederzeit sich zu einem Farmer aufschwimmen konnte, zu einem Industriestaat mit dem ganzen Jammer und Elend des Kapitalismus — spiegelt sich mit unheimlicher Deutlichkeit in den Zahlen des 13. amerikanischen Bevölkerungs-zensus wider, der am 15. April 1910 stattgefunden hat. Von den Ergebnissen dieser Zählung, die H. Wichmann in einer statistischen Studie im 3. Heft der „Vatermanns Mitteilungen“ zusammengefaßt hat, seien hier die wichtigsten mitgeteilt.

Die Gesamtbevölkerung der Union (ohne Kolonien) beträgt 92 027 000 und ist in der Zeit von 1905 bis 1910 um 21,1 Proz. gewachsen. Bei der Flächenausdehnung von 7 839 000 Quadratkilometer macht das rund 12 Menschen auf 1 Quadratkilometer aus. Verglichen mit der Zunahme der Bevölkerung in dem Jahrzehnt 1890 bis 1900 (20,7 Proz.) ist der Zuwachs im letzten Jahrzehnt fast auf derselben Höhe geblieben. Wendet man sich nun der Betrachtung einzelner Landesteile zu, so bemerkt man gleich den hervorsteckendsten Zug der Entwicklung: die Bevölkerung verschiebt sich von Osten nach Westen. Da sind die westlichen Staaten wie Idaho und Washington, die ihre Einwohnerzahl verdoppelt haben, wie überhaupt der prozentuale Zuwachs der Bevölkerung in den Weststaaten 66,1 Proz. gegen nur 17 Proz. in den Nordstaaten ausmacht. Es ist der sich fast entwickelnde Handel mit Opiaten, der ausblühende Bergbau sowie die kapitalistische Landwirtschaft, die die Menschenmassen nach dem Stillen Ozean lockt. Auch die südlichen Staaten, die ihre Wirtschaft zuerst auf der Sklaverei gegründet hatten, schienen sich jetzt mit dem „freien“ Kapitalismus ausgefüllt zu haben. Denn auch sie haben einen größeren prozentualen Zuwachs zu verzeichnen (21,7 Proz.) als die Nordstaaten.

Betrachtet man nun die Verteilung der Bevölkerung zwischen Stadt und Land, so bemerkt man wohl zum ersten Male in der Geschichte der Union mit einer solchen Deutlichkeit die Erscheinung, die unsere Agrarier nicht müde werden, als deutsche Spezialität hinzustellen: die Landflucht. Diese Landflucht ist im letzten Jahrzehnt so stark in Erscheinung getreten, daß von 1908 Grafschaften des Landes nicht weniger als ein Viertel (700) eine Abnahme der Bevölkerung hatten, wie andererseits viele Staaten nur dadurch zu einem Zuwachs der Einwohnerzahl gekommen sind, weil gleichzeitig ihre städtische Bevölkerung bedeutend zugenommen hat. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bisher die statistischen Ergebnisse nur die Ortschaften mit mehr als 25 000 Einwohnern betreffen. Rechnet man nach vollendeter Bearbeitung der Zählung noch kleinere Ortschaften — mit mindestens 20 000 Einwohnern — den Städten zu, so wird das Schwinden der land-

wirtschaftlichen Bevölkerung noch krasser hervortreten. Gleichfalls ist jetzt schon die Abnahme der ländlichen Bevölkerung bei sieben Staaten — meistens sind es Nordstaaten — festzustellen. Aber auch die anderen Nord- und Zentralstaaten, die bisher zu den landwirtschaftlichen Staaten zählten, zeigen einen sehr geringen Zuwachs an Landbevölkerung. Nur die Weststaaten zeigen eine stärkere Vermehrung, die übrigens, wie auch in den zwei anderen Staatsgruppen, an den allgemeinen Zuwachs nicht heranreicht. Es betrug demnach:

in den	in Prozent	Zunahme
	der Bevölkerung	der Landbevölkerung
Nordstaaten	17,0	7,2
Südstaaten	21,7	17,7
Weststaaten	66,1	68,6

Ganz anders sieht es mit dem Wachstum der Bevölkerung in den Städten. In dem Zeitraum von 20 Jahren (von 1890 bis 1910) hat sich die städtische Bevölkerung von 18,1 Millionen auf 28,5 Millionen vermehrt, d. h. mehr als verdoppelt, während die gesamte Bevölkerung nur um 47 Proz. zugenommen hat. Den Löwenanteil an der Zunahme haben, wie überall in den kapitalistischen Ländern, die Großstädte. Man zählte im Jahre 1910 50 Großstädte (mit mehr als 100 000 Einwohnern), die insgesamt 20,3 Millionen Menschen umfassen, 59 Mittelstädte (50 000 bis 100 000) mit einer Gesamtbevölkerung von 4,2 Millionen und 119 Kleinstädte mit 4,0 Millionen Gesamtbevölkerung. Die meisten Städte entfallen auf die Nordstaaten, die über 80 Proz. der städtischen Bevölkerung des ganzen Landes zählen. Hier liegt auch das Dreigestirn der Riesenzentren der Union: New York mit 4,767 Millionen Einwohnern, Chicago mit 2,185 Millionen und Philadelphia mit 1,540 Millionen. In den letzten zehn Jahren haben diese drei Städte nicht weniger als zwei Millionen Zuwachs aufzuweisen.

Was in einem Kolportageroman alles vorkommt. Der Dürerbund veranstaltet eine Ausstellung zur Bekämpfung der Schundliteratur. Augenblicklich ist sie in Dresden zu sehen. Auf einem der sechs großen gedruckten Plakate: Inhalt und Verbreitung der Schundromane, Wirkung der Schundliteratur, Wie es in guten Büchern ergeht usw., findet sich folgende originelle Statistik: In Karl Rays Roman Wald röschen oder die Verfolgung rund um die Erde, Enthüllungsdrama über die Geheimnisse der menschlichen Gesellschaft — erschienen in 109 Lieferungen, 2612 Seiten — (Verlag von H. W. Münchmeyer, Dresden-Niederfeld) werden 2293 Menschen getötet. Davon werden erschossen rund 1800, kalibriert 240, vergiftet durch Gift oder Gase 219, erstochen 130, mit der Faust niedergeschmettert 61, ins Wasser geworfen 16, dem Hundertod preisgegeben 8, hingerichtet 4, den Krokodille lebend zum Fraß vorgeworfen 3, an einem Baum über dem Krokodille aufgehängt (zwei Männer und eine Frau) 3, durch Gift wahnhaftig gemacht 8, durch Ausschneiden des Dauges

getötet 2, den Natten zum Fraß vorgeworfen 1, geblendet und auf ein Floß gebracht 1, lebend in die Erde gegraben 1, erdroffelt 1. Ferner werden Menschen als Sklaven nach Afrika verkauft 2, durch Faustschläge getötet 23, durch Würgen betäubt 12, durch Kolbenhiebe betäubt 12, durch Fußtritte verletzt 30, gefesselt 10, mit dem Dolche gestochen 6, Menschen Hände abgeschlagen 2, eine Frau genozidmässig 1, Frauen verführt 4, einem Menschen 50 Stockhiebe erteilt 1, Mann gefoltert 3, geblendet 3, bis zum Wahnsinn gelähmt 2, am Kronleuchter erhängt 1, ein Kranke im Schneck zum Sterben ausgelegt 1, einem Manne ein Loch in den Kopf gebohrt 1, einem Manne bei lebendigem Leibe Nase und Ohren abgeschnitten und die Kopfhaut abgezogen 1. Weiter kommen vor: Ohrspeigen 26, Raub und Diebstahl 11, Leichenschändung und Leichentrans 8, Selbstmorde 6, Menschenraub 2, Weineid 1, eine genau beschriebene Steinoperation 1, Heilung eines Rippenbruchs durch Fußtritte 1.

Humor und Satire.

Das Zentrum als Verwandlungskünstler. Als Aristokrat: „Die Heiligkeit der Person des Monarchen, des von Gott gesegneten Lenkers unserer Geschicke; die Schlagfertigkeit unseres Heeres, dem die Blüte unserer Nation angehört; die Aufrechterhaltung der überlieferten Ordnung der Dinge, der Menschen und Stände gegen den zeriegenden Geist usw. usw.“ Als Volksmann: „Der solide Geist unseres Bürgertums, das den Männerstolz vor Königschronen mit der Sorge um den gefährdeten Mittelstand verbindet, der den Grundstock unserer Nation bilden muß; die Gleichberechtigung aller Staatsbürger im Staate; ihre berechtigzte Forderung, daß alle Stellen allen zugänglich sein sollen, in Würdigung des Verdienstes und nicht des Namens — woron es namentlich die Befegung der höheren Stellen in der Armee mangeln läßt usw. usw.“ Als Bauernbändler: „Die Ausgaben in Heer und Marine kann sich in unsinniger Weise steigern. Das Heer trägt recht eigentlich die Schuld an der ähsten Lage der Landwirtschaft, an der Landflucht unserer Dienstboten, die wo denn sie einmal während des Militärdienstes die Freuden der Großstadt und von ihren Kameraden das verderbliche Gift der sozialistischen Theorien geschleckt hamn, nicht mehr auf das Land zurück wollen, die Waleisig-saubum usw. usw.“ Uebershaupt: „Zum Schluß ersuche ich das p. t. Publikum, mit jede beliebige Rolle zu bezeichnen. Sie werden sehen, daß ich allen Wünschen gerecht werden kann.“ (Simplicissimus.)

Notizen.

Hollands Beitritt zur Literaturkonvention. Die zweite holländische Kammer nahm den Gesetzentwurf an, in dem der Beitritt der Niederlande zur Berner Literaturkonvention erklärt wird. Die Rechte ausländischer Autoren, deren Werke in das Holländische überfetzt wurden, sind nunmehr geschützt.

Better; so findet man in Berlin mehr polnische Namen als in Posen, auch in die Bergwerke und Fabriken des westlichen Teiles der Monarchie werden die Polen gedrängt, ein preussischer Regierungsrat scheute sich nicht zu sagen, der Westen sei von Polen durchsetzt. (Hört! hört! bei den Polen.) Das ist eine Unverschämtheit gegen das polnische Volk. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.)

Präsident Graf Schwerin: Für diesen Ausdruck gegen einen Beamten rufe ich Sie zur Ordnung.

Abg. Brückel (fortfahrend): Die Löhne der Arbeiter sind nicht so gering, wie die Preis für die Produkte der sonstigen Lebensmittel, der Konsum des Fleisches unter der Arbeiterbevölkerung ist daher zurückgegangen. (Sehr wahr! bei den Polen und den Sozialdemokraten.)

Bei der Beratung des Vereinsgesetzes haben wir vor- ausgefagt, daß die polnischen Gewerkschaften als politische Vereine behandelt werden würden. Das ist auch eingetroffen. Unschön ist auch, daß die Regierung und die Arbeitgeber die Arbeiter in die gelben Gewerkschaften zu zwingen suchen; die Arbeiter müssen Freiheit haben, sich zu organisieren, wie sie wollen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Ganz schlimm sind auch die Schikanen gegen unsere politischen Vereine, die Ihre Demissionen erfordert es, daß mit dieser Schikanierungspolizei gebrochen wird. (Lebhafte Weisfall bei den Polen.)

Abg. Kleberg (württ. Bg.) fordert die Diebstahls- Rationalisten auf, in der Stichwahl antimilitärisch zu stimmen, besagt die Lage des Mittelstandes, den Handelsvertrag mit Portugal und die Nichtzugehörigkeit von Handelsvertretern zum wirtschaftlichen Austausch, begründet dagegen die Berufung des Kempner- Meisters Platte in das preussische Herrenhaus, die im ganzen deutschen Handwerk Freude, Jubel und Entzücken hervorgerufen habe. — Die Tarifverträge werden von der Sozialdemokratie parteipolitisch mißbraucht. Ich lebe nicht von Arbeitergroschen, sondern von meinem Geschäft. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie, Herr Fischer, haben sehr kolportage- Gedankengänge in Ihrer Sonnabendrede vorgebracht. (Vizepräsident Schulz: Bitte keine Zwiegespräche!) Ich muß mich doch schämen vor den Zwischenrufen. (Heiterkeit links.) Die Sozialdemokratie stellt nur agitatorische Anträge. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Den Blödsinn glauben Sie ja selbst nicht!) — Vizepräsident Schulz bittet die Zwischenrufe zu unterlassen. Redner verbreitet sich sodann über die Schädigungen, die ein Bäckermeister Lude durch die Sozialdemokratie erlitten haben soll. Die Sozialdemokraten sollten rot vor Scham werden! (Zuruf bei den Sozialdem.: Wir sind ja schon rot! Große Heiterkeit.) Ueberschätzen Sie sich nicht, Herr Vize! (Abg. Vreh: Die Ueberschätzung ist auf Ihrer Seite! Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit.) — Redner verbreitet sich sodann über allerlei Mittelstandsfragen. Man kann nicht gleichzeitig Konsumverein und Mittelstandsfreund sein. — Wenn man die Mißhandlungen der Arbeitswilligen sieht, dann kann man nicht mehr sagen, daß man in einem freiheitlichen Staatwesen lebe. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich habe furchtbar schwer unter dem Vopsott gelitten. (Bedauernde Zurufe.) Es soll und muß etwas für das Handwerk geschehen. (Bravo! bei den Antisemiten.)

Abg. Bruha (ö. L. Fraktion, Ant. (Die Linke verläßt den Saal. Es sind ungefähr nur je ein Duzend Abgeordnete vom Zentrum und von der Rechten im Saale)) verbreitet sich über Mittelstandspolitik und die Resolutionen.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 8 1/4 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom Montag, den 18. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trost zu Solz.

Die zweite Beratung des Kultus-Etats wird beim Elementar- unterrichtswesen fortgesetzt.

Zum Kapitel Turnlehrer-Bildungswesen beantragt die Kommission, die Regierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß bei Einführung einer Vermehrung von Turnschulen in Volksschulen die idealen Fächer, insbesondere Religion und Deutsch, nicht gefährdet werden.

Abg. Schupp (Sp.) betont die Bedeutung des Turnunterrichts für die Heranbildung einer wehrfähigen Jugend. Zu Gunsten des Turnunterrichts könnte am besten eine Stunde im Schreiben ausfallen. Von dem Werte der Militärsportler der Jugend sei man erfreulicherweise wieder zurückgekommen.

Abg. v. Campe (nall.) erklärt unter Berufung auf die General- debatte, daß seine Freunde dem auf Antrag des Zentrums in der Kommission angenommenen Antrag nicht zustimmen könnten.

Abg. Glatzfelder (B.) bittet um Annahme des Antrages der Kommission.

In der Abstimmung wird der Antrag der Kommission gegen die Stimmen der Freikonservativen, Nationalliberalen, Frei- sinnigen und Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt das Kapitel Schulaufsicht.

Die Kommission beantragt die Regierung zu ersuchen, in Er- wägung darüber einzutreten, wie auch bei vermehrter Einführung der Rektoren an Volksschulen der Einfluß der Kirche auf die Schule sicher zu stellen ist;

und ferner eine Petition um Uebertragung der geistlichen Schulaufsicht nur an Hochmänner im Hauptamt der Regierung als Material zu überweisen.

Abg. Hoff (Sp.): Gegen diesen Vorstoß des Zentrums mit Unterstützung der Konservativen auf weitergehende Alerikalisierung der Volksschule müssen wir entschieden protestieren. Wir stellen demgegenüber die Forderung auf völlige Befreiung der geistlichen Kreis- schulaufsicht und auf Erziehung der nebenamtlichen Kreis- schulaufsicht durch die hauptamtliche. Hierbei muß ein beschleunigtes Tempo eingeschlagen werden als bisher. (Sehr richtig! links.) Als hauptamtliche Kreis- schulaufsicht sollten in erster Linie im Dienst der Volksschule erprobene Männer berufen werden. (Bravo! links.) Die preussische Volksschule ist von vornherein als Staatschule ge- dacht gewesen. Daher steht auch dem Staate allein das Aufsichts- recht zu. Gegen die Schulaufsicht durch Geistliche spricht schon das Vorhandensein des Antimoderniseneides. (Sehr richtig! links.) Möge die Regierung die Konsequenz aus der durch diesen Eid geschaffenen Situation ziehen. (Bravo! links.) Die Konservativen möchte ich an das Wort erinnern: „Wer von Rom frisst, frisst daran.“ (Lachen rechts.) Sie haben ja hier auf Grund des Dreiklassenwahlrechts die Mehrheit, aber die Meinung des Volkes wird nicht zum Ausdruck kommen, wenn der Antrag der Mehrheit der Budgetkommission hier angenommen wird. (Bravo! links.)

Abg. Dietrich (B.): Wir halten an der geistlichen Schulaufsicht fest. Das Recht der Kirche auf die Schule ist historisch begründet, es wurzelt in der Pflicht der Kirche zur religiösen Unterweisung und Erziehung der Jugend. (Bravo! im Zentrum.) Daß ein friedliches Nebeneinanderarbeiten von geistlichen Kreis- schulaufsichtern und weltlichen Rektoren möglich ist, beweisen die Verhältnisse in Sachsen und Trier. Der Geistliche muß sich dabei abzugeben, ob der rechte religiöse Geist den gesamten Schulunterricht durchdringt und ob nicht andere Lehrer das übernehmen, was der Religionsunterricht mußhaft geschaffen hat. Wir verlangen nicht eine Alerikalisierung der Schule (Lachen links), aber wir verlangen für die Kirche auf dem Gebiete der Schule den ihr gebührenden Platz an der Sonne. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. v. Campe (nall.): Wir wünschen, daß im Interesse der Schule mit der hauptamtlichen Kreis- schulaufsicht voller Ernst ge- macht werde und zwar im früheren Tempo als bisher. Die Kon- servativen sollten sich in dieser Frage dem Strom der Zeit nicht ent- gegensetzen, er geht doch über sie hinweg. Den Antrag der Kom- mission lehnen wir ab, denn wir können eine Gefahr für die religiös- sittliche Erziehung in unseren Volksschulen nicht anerkennen. Von einem Recht der Kirche auf die Schule ganz allgemein können wir nicht anerkennen, das würde in der Tat eine Alerikalisierung der Schule bedeuten! (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Clairon d'Haussonville (L.): Eine Alerikalisierung der Schule wollen wir nicht, aber wir wünschen, daß auch bei der Aus- breitung des Restoreniums die Kirche aus dem Organismus der Schule nicht ganz herausgenommen wird. Kirche und Schule müssen Hand in Hand gehen zum Heile der Jugend des Volkes. Dem Urteil des Volkes, auf das uns Herr Hoff verwies, setzen wir un- beirrt entgegen, für uns handelt es sich hier um ein heiliges Prinzip. (Bravo! rechts.)

Abg. Febr. v. Redlich (N.) erklärt, daß seine Freunde gegen den ersten Antrag der Kommission stimmen würden.

Abg. Schwarze (B.) polemisiert gegen die Abgg. v. Campe und Hoff. Aus dem Recht der Kirche auf den Religionsunterricht in der Volksschule folgt das Recht auf geistliche Orts- schulaufsicht. (Wider- spruch links.)

Abg. Dr. Dieblich (Soz.): Der Kampf um die Schule ist ein Kampf um die Seele der Jugend des Volkes, und der Kampf um die Schulaufsicht ist der Brennpunkt dieses Kampfes. Wir halten es für höchst un- moralisch, wenn man das Schulwesen ausnutzt zu politischen und religiösen Zwecken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Schule muß nach rein sachlichen Gesichtspunkten der möglichen Förderung der Gesamtbildung der Jugend ohne jede Parteilichkeit geleitet werden. Wir fordern eine weltliche Schulaufsicht, und zwar eine sachmännliche Aufsicht im Hauptamt. Wir fordern weiter dann weitestgehende Selbstverwaltung im Schul- wesen und mögliche Einschränkung aller Aufsichtsberechtigten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie in Wirklichkeit heute die Schulaufsicht mißbraucht wird zu politischen und religiösen Zwecken, davon können wir Sozialdemokraten ein Lied singen. Niemals werden Sozialdemokraten zur praktischen Mitarbeit in Schuldeputationen zugelassen. Es entspricht das ja einem Befehl, der von der Mehrheit dieses Hauses der Regierung erteilt worden ist. Die Zulassung der Frauen zu Schulkommissionen wird von der Re- gierung noch fast überall abgelehnt. Das ist ein äußerst kleinliches Vorgehen. Bei der Frage der geistlichen Schulaufsicht hat das Zentrum ja alle Ursache als selbstbewahrter Sieger aufzutreten. In dieser Frage sind ihm von den Konservativen unbedingte Schlep- pendienste geleistet worden. Das Ziel des Zentrums ist die voll- kommene Unterjochung der Schule unter die Kirche, die Konfessionali- sierung der Volksschule hat dafür die Voraussetzungen geschaffen. Die Erkenntnis unter der Lehrerschaft für das Bedürfnis nach gewissen Reformen, zu der die Lehrer durch ihre enge Fühlung mit der sozialen Misere unserer Zeit gekommen sind, hat es ihnen angehan und Sie wollen ihnen nun mit dunklen Kauten das Licht der Sonne verhängen und ihnen immer festere Knebel anlegen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Welche Behandlung unter Umständen Kreis- schulaufsichtern Lehrern angedeihen lassen, beweist der Fall Säreier in Lauenburg. — Ich komme nun zu dem von mir schon wiederholt behandelten Thema der Schulaufsicht- tätigkeit gegenüber den Bildungsbestrebungen, ins- besondere den Turnvereinen der Arbeiterschaft. Man verlangt von den Lehrkräften in solchen Vereinen, daß sie einen

### Unterrichtserlaubnischein

von der Schulaufsichtsbehörde haben. Gastwirte wurden mit Zwangs- strafen belegt, wenn sie Turnunterricht von Personen ohne solchen Erlaubnischein in ihren Räumen duldeten. Besonders gegen den Turnverein „Fichte“ geht man in dieser Weise vor. In Berlin waren im Interesse der Gesundheitspflege des Proletariats von den städtischen Behörden den Turnvereinen der Arbeiter die Turn- hallen zur Verfügung gestellt worden. Auf Veranlassung der Schulaufsichtsbehörde wurden sie ihnen aber wieder gefehndigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als man dann infolge veränderter Jubilatur nicht mehr in der Lage war, gegen die Bildungsbestrebungen des Proletariats in der bisherigen Weise vorzugehen, erhob man in äußerst kleinlicher Weise bawopolitische und ähnliche Bedenken. Ich habe bereits beim Ministerium des Innern darauf hingewiesen, daß hier von der Regierung

### systematisch mit zweierlei Maß gemessen

wird. Man denkt nicht daran gegen nichtsozialdem- ocratische Jugendvereine, die ganz ebenso als politisch an- gesehen werden müssen, vorzugehen. Kein Dahn kräht danach, ob bei den Spielknechten oder bei der Soldatenfürsorge, die sich auch auf Jugendliche erstreckt, des westdeutschen Jünglings- bundes die Unterrichtserlaubniserteilung von den betreffenden Personen eingeholt worden ist. Wird etwa von den Unter- offizieren, denen unter hohem ministeriellem Protektorat die Jugend zur turnerischen Erziehung anvertraut wird, ein Unter- richts-Erlaubnischein verlangt? Kein Mensch denkt daran. Es handelt sich eben bei diesem Verlangen um eine schamlose Maß- regel gegen die Arbeiterbildungsbestrebungen.

Neuerdings macht man sogar auch den freien Hochschulkurien, die von sozialgefinnten Bürgern ausgehen, ähnliche Schwierigkeiten. Das Kultusministerium kann es eben nicht vertragen, wenn das Proletariat zum Denken erzoget wird. In Posen wurde ein Mitglied eines Jugendvereins von der Polizei zu Lockspiegeln verführt und dazu ein anderes Mitglied um einen Diebstahl zu provozieren. Hat der Kultusminister dieselbe auch von diesem Polizeibeamten, der einen Minderjährigen in der Epigelen unterrichtete, einen Unterrichtserlaubnischein verlangt? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich hatte im vorigen Jahre das Vorgehen gegen die Arbeiterturnvereine in der schärfsten Weise als ungleichlich und unwillkürlich gekennzeichnet und habe hervorgehoben, daß keinesfalls die nichtschulspflichtige Jugend noch der Schulaufsicht unterliege. Der Minister hat mir darauf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, die gegenteilig entschieden haben sollte, nach dem Bande zitiert. Als ich ihm entgegenhielt, daß es eine solche Entscheidung nicht gibt, hat er dann eine Entscheidung vorgelesen, die ihm einer seiner Herren Räte in die Hand gedrückt hat und die dahin ging, daß die Schulaufsichtsbehörde ein Recht hat, mit Rücksicht darauf, daß jemand Anhänger der Sozialdemokratie sei, ihm die Unterrichtserlaubnis zu verweigern. Er hat also damit bewiesen, daß er gar keine Ahnung hat, worum es sich eigentlich handelt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe ihm damals in Aussicht gestellt, daß das Reichsgericht dem- nächst eine Entscheidung fällen würde, die meiner Ansicht entspreche, und in der Tat ist dann die Entscheidung vom 28. Juli 1910 ergangen, die klar auspricht: Es fehlt an einer gesetzlichen Vorchrift, die die Schulverwaltung ermächtigt, die Erteilung von Turnunterricht in Arbeiterturnvereinen an nicht der Schulaufsicht unterliegende Personen von einem Erlaubnischein abhängig zu machen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Aufforderung zum Un- gehorsam gegen ein solches Verlangen der Schulaufsichtsbehörde ist nach dieser Entscheidung des Reichsgerichts nicht strafbar. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aus dieser klaren Entscheidung des höchsten Gerichts hat aber die Unterrichtsverwaltung nicht das geringste gelernt. Auf eine Anfrage in der Kommission hat der Minister geantwortet, das Reichsgericht habe die Gültigkeit der Rabinettorder vom Jahre 1843 nicht in Zweifel gezogen und der Unterrichtsverwaltung insofern recht gegeben, als es entschieden habe, daß diese Rabinettorder sich nicht nur auf die schulpflichtige, sondern auch auf die schulenlose Jugend beziehe. Es ist unerhört, wie der Minister angesichts des klaren Wortlauts des Reichs- gerichtsurteils eine solche Behauptung aufstellen kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Praxis kümmert sich die Unterrichtsverwaltung nicht im geringsten um die Ent- scheidung des Reichsgerichts. In einem Falle wurde ein Leiter eines Turnvereins in Oberlausitz namens Gieseler wiederholt mit 800 M. Geldstrafe eventuell Haft belegt und hat schließlich drei Wochen gefessen. Auf meine Beschwerde unter Hinweis auf die Reichsgerichtsentcheidung wurde mir geantwortet, der Betreffende sei entlassen, da er versprochen habe, gegen die Verfügung der Schulaufsichtsbehörde nicht mehr zu wider-

handeln zu wollen. Dadurch erkränkte sich ein Eingehen auf meine Eingabe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wegen den Chef des Gieseler Boniedt wurde ebenfalls eine solche Verfügung erlassen. Er erklärte sich bereit, Jugendliche unter 18 Jahren auszuschießen. Gegen ihn ergingen dann 30 bis 30 Strafverfügungen über je 800 M., zusammen also über 7500 M., für je 12 M. 1 Tag Haft im ganzen 625 Tage Haft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein geradezu unerhörtes Vorgehen der Schul- behörde und sollte selbst einen politisch so gesonnenen Landtag wie diesen zum schärfsten Protest aufstacheln. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Boniedt ist schließlich nach Galizien geflüchtet vor den Maßregeln der preussischen Behörden, seine hinterlassene Familie ist von der Schul- aufsichtsbehörde nach arg mißhandelt worden, sogar mit Polizei- hunden wurde nach ihm gesucht. (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Der Mann ist

### vollständig zum Bettler geworden

durch die Barbarei des Ministeriums der geistlichen Angelegenheiten, das dafür sorgen soll, daß die Chris- tlichen Grundzüge dem Staate zugrunde gelegt werden. Nicht der Schein einer Begründung wird diesem Vorgehen gegeben, das Gesicht um Niederklagung der Sache ist abgekehrt worden, ein Immediat- gesuch, nachdem die Reichsgerichtsentscheidung schon gefallen war, ebenfalls. (Hört! hört! bei den Soz.) Die künigl. Regierung in Opateln lehnte trotz Aufhebung des Verbots ein Gemis- tungen ab und erklärte, daß die Entscheidung des höchsten Gerichts für sie überhaupt nicht in Betracht komme, ehe sie nicht Anweisung vom Minister erhalte. Das ist von allerhöchster Be- deutung für die Auffassungen der untergeordneten Beamten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf eine energische Eingabe um Entschädigung des Boniedt hat die Schulaufsichtsbehörde von einem Anjinnen gesprochen.

### Ist denn die Scham zu den Hunden entflohen?

(Oh! rechts. Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich habe gegen diese Beamten Strafanzeige erstattet, aber selbstverständlich hat die Staatsanwaltschaft Opateln die Verfolgung abgelehnt und die Oberstaatsanwaltschaft hat erklärt, daß die Beamten den Dolus nicht gehabt haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gegen Gieseler ist neuerlich Straf- androhung erfolgt, obgleich es sich nicht um schulpflichtige Jugend handelt, und gegen einen gewissen Obzanski ist ganz in der gleichen Weise vorgegangen! (Hört! hört!) Die Reichsgerichts- entscheidung vom 28. Juli ist spurlos vorübergegangen an all den Behörden, der Minister trägt die Geschwirdig- keiten. Die Regierung läßt sich gar nicht ein in eine Diskussion über den Spruch des höchsten deutschen Gerichts, den sie gerstet dem Volke vor die Nase wirft. Ein krasser Fall von Rechtsverweigerung und Verwaltungswillkür ist kaum je in der Welt erhört worden. In einem Parlament, das die Majestät des Gesetzes achtet, mühte ein solcher Minister seinen Platz sofort mit Schimpf und Schande ver- lassen. (Weisfall bei den Sozialdemokraten. — Oh! rechts.)

Vizepräsident Borsch: Ich werde nach Einsicht in das Steno- gramm auf diese Neuerung nötigenfalls zurückkommen.

### Abg. Dr. Dieblich (fortfahrend):

Mit der Unwissenheit, die der Minister in der Kommission ge- zeigt hat, könnte man Mittel haben. (Oh! rechts.) Er hat doch wohl juristische Bildung genossen. Will der Minister noch mal seine Hand gegen Anarchismus usw. erheben — das Verhalten der Schulaufsicht ist der schlimmste Anarchismus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Ministerium kennt aber, wie eine welt- fällige Entscheidung beweist, das Reichsgerichtsurteil und versteht sie auch. Haben die Behörden jemals in einem einzigen Fall ein ähn- liches Vorgehen wie in Posen gegen die Jugend im Arbeiterturnverein gegen Kinder bürgerlicher Eltern, gegen ihr genehme Parteien beobachtet? Unerhört ist es, wie diese Regierung mit zweierlei Maß mißt, Recht und Gesetz verlegt. So kann es nicht weiter- gehen, Herr Kultusminister. Ist er gewillt, jetzt endlich Recht Recht sein zu lassen, Remedur zu schaffen, seine Pflicht zu tun? (Lachen rechts.) Ich bin hier nicht um den Minister zu fragen, sondern ihn anzuklagen. (Lachen rechts.) Hätten wir ein Ministerverantwortlich- keits-Gesetz, dann wäre für ihn noch nicht einmal der Staats- gerichtshof zuständig! Ich klage die Regierung, den Minister, die Schulaufsichtsbehörden an, daß sie

### zweierlei Recht üben, daß sie

Recht und Gesetz gebrochen

haben, daß sie ihr Amt politisch mißbrauchen, daß sie ihre Beamten zum Antimoderniseneid verpflichten, daß sie deutsche Staatsbürger gegen Recht und Gesetz mit Strafen bedröht und ins Gefängnis geworfen haben, daß sie sich leichtsinnig und pflichtvergessen über die Entscheidung des höchsten Gerichts hinweggesetzt haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts und im Zentrum.) Wenn wir einen Rechtsstaat hätten, hätte noch nicht der Kultusminister das Wort, sondern der Staatsanwalt. Ich bin am Ende meiner Kräfte, (Lachen rechts) die Sie nicht verstehen, weil sie der Inbegriff von Geschwirdigkeiten sind. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Lache rechts und im Zentrum: Unerschäm!) Ich bin am Ende mit meiner Kräfte, jetzt hat der Kultusminister zu seiner Verteidigung das Wort. (Lebhafte Weisfall bei den So- zialdemokraten. Lachen rechts und im Zentrum.)

Vizepräsident Borsch: Aus dem Stenogramm entnehme ich, daß sich die Worte des Abg. Dieblich: „Ist denn die Scham zu den Hunden entflohen?“ auf die Schulaufsichtsbehörden beziehen. Da er also den Schulaufsichtsbehörden Schamlosigkeit nachsagt, rufe ich ihn dafür zur Ordnung!

Kultusminister v. Trost zu Solz: Die Schulaufsichtsbehörden fühlen sich mit Recht verpflichtet, gegen die Machinationen der Sozial- demokratie vorzugehen, welche darauf gerichtet sind, ihre politischen Tendenzen in die Schule und in den Unterricht zu tragen. Ich bitte die Protokolle der Parteitage aufzuklagen, da werden Sie finden, daß die Herren der Ansicht sind, daß es eine ihrer wichtigsten Aufgaben zurzeit sei, an die Jugend heranzutreten und sie zu erfüllen mit den Zielen der Sozialdemokratie. Die Maßnahmen, die wir neuerdings getroffen haben auf dem unterrichtlichen Gebiet, richten sich dahin, Abwehr zu schaffen gegen diese der Schule nachteiligen Tendenzen der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist die einzige politische Partei, die von Partei- wegen Jugendorganisationen schafft. (Widerspruch bei den Sozial- demokraten.) Keine andere politische Partei schafft solche Organi- sationen. Es besteht eine ganze Reihe Einrichtungen für die heranwachsende Jugend, aber hinter keiner steht eine politische Partei. (Erneuter lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich würde es für Pflichtverletzung halten, wenn die Schulbehörden dagegen nicht einschreiten würden, selbstverständlich dürfen sie das nur tun auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen. Abgeordneter Dieblich, Sie drehen hier die Dinge, um sie Ihren Zwecken bequem zu machen. Das Reichsgericht hat ausdrücklich ausgesprochen, daß der Vorderrichter irrt, wenn er annimmt, daß die Rabinettorder von 1843 nicht auch für die schul- entlassenen Kinder gilt und daß die Bestimmung der Gewerbe- ordnung auf den Turnverein dann keine Anwendung findet, wenn eine Landesbehörde den Turnunterricht erteilen läßt, ferner, daß der Turnunterricht, mag er an schulpflichtige oder schulenlose erteilt werden, der Rabinettorder von 1843 unterliegt. (Abg. Dieblich: War keine Rede!) In den Vordergrund hat das Reichsgericht den ganz neuen Grundhoy gestellt, daß das ganze Aufsichtrecht des Staates gegen das Privatunterricht unter den Gesichtswinkel des Ersatzunter- richts fällt. Das Reichsgericht deduziert, daß nur dann zum Privatunterricht Erlaubnis erforderlich ist, wenn der Unterricht einen Ersatz bildet für den in öffentlichen Schulen erteilten. Wenn noch den äußeren Umständen anzunehmen ist, daß ein Mann seinen Sohn in eine öffentliche Schule schicken würde, dann würde, nach dem Reichsgericht, der Privatunterricht, den er seinem Sohn in denjenigen Gegenständen erteilen läßt, die in der Schule gelehrt werden, der Genehmigung bedürfen. Das Reichs- gericht hat doch wohl nicht alle tatsächlichen Umstände, die hier in Frage kommen, in Betracht gezogen und draußgedrückt das wohl auch bei



Veranstaltungen - Veranstaltungen.

Grünau-Bahnhof. Mittwoch, den 15. März, 8 1/2 Uhr, im Lokale von Ehrhardt (Jägerhaus), Bahnhofstr. 1: Öffentliche Versammlung. Vortrag: Schriftsteller Kurt Heimg: "Frauen und Politik".

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 15. März, 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: Vortrag: "Mutter und Kind, ihre Rechte und ihre Pflichten". Referent: Dr. Oskar Cohn. Gäste willkommen.

Hus aller Welt.

Ein Kulturbild aus Ungarn.

Aus Szatroplo im Zempliner Komitat wird dem Budapest-Blatte "Az Est" von einem Mitarbeiter geschrieben: Herr Thomas Malonay, Oberstuhlrichter des Szatroploer Bezirkes, erhielt am 27. Februar mit der Post einen Brief aus der Komitatsverwaltung, Vizegespan Julius Dofus, freundschaftlich mit, daß sich der Szatroploer Buchdrucker Samuel Angelm beschwert habe, der Oberstuhlrichter hätte die seit zwei Jahren gelieferten Amtsdruckarten trotz wiederholter Mahnungen und Witten nicht bezahlt. Da nun der Herr Oberstuhlrichter - so hieß es in dem Schreiben des Vizegespans und Schwagers weiter - das Kanaleipauschale stets pünktlich bezahlet habe, so bleibe nichts anderes übrig, als daß er dem Juden die geforderten 54 Kronen 50 Heller zukommen lasse. Dieser freundschaftlichen Aufforderung gehorchend, beschied Herr Malonay den Buchdrucker sofort zu sich und zahlte ihm das Geld auf den Tisch; aber kaum hatte der Kleinbürger das Geld eingesteckt, so sprang der Oberstuhlrichter mit den Worten: "Jetzt werde ich Dir zeigen, wie ein Herr zahlt!" auf ihn zu, umkrallte mit der linken Hand seinen Hals und hieb mit der rechten Faust wütend auf den Kopf seines Opfers los, bis es dem Mißhandelten mit schwerer Mühe gelang, sich loszureißen und aus dem Zimmer zu flüchten. Am selben Abend fand im Hotel "zur Krone" in Szatroplo eine Tanzunterhaltung der gewöhnlichen Jugend statt. Der Tanzsaal befindet sich im ersten Stockwerk, am anderen Ende des Korridors des Kasinos. Vorhin begab sich abends der Oberstuhlrichter Malonay. Vor der offenen Tür des Tanzsaales stand der 61-jährige Hausknecht Andreas Tobarnyenzki und sah dem Tanze zu. Das mißfiel dem Oberstuhlrichter; er packte den Tobarnyenzki beim Stragen und schleuderte ihn mit dem Rufe: "Was suchst Du hier, Du Hundskerkel!" die Treppe hinunter. Der alte Mann blieb am Fuße der Treppe regungslos liegen, bis man ihn in das benachbarte Badegebäude trug. Dort bettete man ihn und überließ ihn bis zum nächsten Morgen seinem Schicksal. Der Oberstuhlrichter hatte sich keinen Augenblick weiter um das Opfer seiner Brutalität gekümmert, sondern war zum Kartenspiel ins Kasino geeilt. Am nächsten Tage sah der Badeigentümer Sokol nach dem unglücklichen Tobarnyenzki, mit dem es sehr übel aus sah. Gegen Mittag kam der Kreisarzt, konstatierte an Tobarnyenzki schwere innere Verletzungen und ver-

fügte dessen Ueberführung zur nächsten, zweiundfünfzig Kilometer entfernten Eisenbahnstation, damit man ihn in einem Spital unterbringe. Aber als der Bauerwagen im dritten Dorfe angekommen war, hatte Andreas Tobarnyenzki ausgetreten; der tote wurde nach Szatroplo zurückgebracht und der Kreisarzt "konstatierte" als unmittelbare Todesursache - Altersschwäche! Obwohl fünf Szatroploer Einwohner: Johann Krajniz, Stephan Dezlo, Johann Eszrilla, Michael Fischer und Lazar Goldmann, Zeugen der mörderischen Brutalität des Oberstuhlrichters waren. Der Berichterstatter des "Az Est" begab sich hierauf nach Szatroplo, um ihn zum Obergespan des Zempliner Komitats Julius Rejner, um ihn seine Szatroploer Wahrnehmungen mitzuteilen und des Herrn Obergespans Meinung darüber zu vernehmen. Der Obergespan erzählte, ein gewisser Lacs aus Szatroplo habe ihm die Tötung des Tobarnyenzki telegraphisch gemeldet, aber der Mann werde wegen Verleumdung gefasst werden, denn die Meldung des Oberstuhlrichters besage, daß Tobarnyenzki in betrunkenem Zustand die Treppe hinuntergestürzt sei. Auf weitere Fragen erklärte der Obergespan unter anderem: "Es ist manchmal gang gut, wenn der Oberstuhlrichter eine Sache mit eilichen Ohrfeigen erledigt." - Solchem Verbrechergesindel ist Ungarn preisgegeben.

Teilweiser Einsturz des Vesubs.

Am Sonntagmorgen erfolgte am Krater des Vesubs ein großer Einsturz. Das Gestein stürzte in einer Länge von 800 Meter 80 Meter tief ab. Das Ereignis war von einer Erderstütterung begleitet und rief donnerähnliches Getöse hervor. Der obere Bahnhof der Drahtseilbahn und das Führerhaus wurden beschädigt, die Bahn mußte den Betrieb einstellen. Im Augenblick des Einsturzes war eine Gesellschaft von 20 Fremden mit ihren Führern im Begriff, den Krater zu ersteigen. Obwohl der Erdsturz sich unmittelbar vor ihnen vollzog, kamen sie mit dem bloßen Schrecken davon. Dem großen Sturz folgten noch eine Anzahl kleinerer Gesteinsstürze. Infolge des Ereignisses erscheint der Krater niedriger, der Besuch macht den Eindruck, als wäre sein Haupt abgeschlagen.

Die Waisen von Messina.

Wie uns aus Rom gemeldet wird, wurde in Palmi am 8. März ein junges Mädchen verhaftet, das mit einem sechs-jährigen Kinde bettelte. Das Kind, das furchtbar elend aus sah, erregte die Aufmerksamkeit eines Präfectur- und eines Polizeibeamten, die von ihm angebetelt wurden. Die Herren nahmen das Kind beiseite und erfuhren von ihm, daß es bei einer fremden Frau wohnte, die es und seinen Bruder zum Betteln anhielt. Es handelte sich um zwei Kinder, die am 28. Dezember 1908 ihre beiden Eltern unter den Trümmern von Messina verloren und dann von einer Frau aufgenommen wurden, die sie zum Betteln ausbandte, sie hungern ließ und täglich 1 Lire von jedem forderte. Die Frau ist verhaftet worden. Da

die Kinder 6 und 8 Jahre alt sind, dürfte es nicht schwer sein, sie zu identifizieren.

Kleine Notizen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern auf der Chaussee zwischen Bierzen und Dällen. Das Automobil des Direktors der Biersener Altpinnerei rannte in voller Geschwindigkeit gegen einen Baum. Dem Führer des Wagens wurde der Brustkorb eingedrückt, der Direktor wurde aus dem Wagen geschleudert und erlitt ebenfalls schwere innere und äußere Verletzungen.

Grubenunglück. Auf dem Digtum-Schacht bei Eisleben wurden durch einen zu früh losgegangenen Dynamitschuh ein Steiger und zwei Bergleute getötet.

Untergang eines griechischen Seglers. An der Küste von Sizilien ist während eines Sturmes ein griechisches Segelschiff untergegangen. Vier Mann der Besatzung und ein Passagier sind ums Leben gekommen.

Nach genommen. Wie aus Saloniki gemeldet wird, hat ein Soldat aus der Wachmannschaft der Villa, in der Abdul Hamid untergebracht ist, den Leutnant Osman Effendi erschossen. Die blutige Tat geschah, weil der Leutnant den Soldaten wegen ungebührlichen Benehmens geohrfeigt hatte.

Eingegangene Druckschriften.

Der "Wahre Jacob" hat seine letzten erschienenen Nummer 643 unter dem Motto "Von Gottes Gnade" erscheinen lassen, da in ihr die neuzeitliche Form des Gottesglaubens in einer großen Anzahl bildlicher und textlicher Beiträge behandelt wird. Aus dem Inhalt der 16 Seiten starken Nummer heben wir folgendes hervor:

Bilder: Der hochalte Spiegel. Von R. Banfelow. - Im Himmel. Von Rud. Wolf. - Serejnsimi Meinung. Von Rich. Koll. - Wie sich die Zeiten ändern. Von Emil Erk. - Das neue Kommando. Von Rud. Wolf. - Die vernachlässigte Jubiläumshempe. Von R. Banfelow. - Das Paratorium des Gottesglaubens. Von G. G. Jenfich. - Auf dem Wohltätigkeitsfest. Von Emil Erk. u. a. m.

Text: Das Gottesglaubens. Von Balduin. - Dumme Punkte. Von Lehmann. - Aus der vaterländischen Geschichte. Von Leopold. - Das Denkmal in der Scharfheide. Von Tobias. - Die Stützen des Gottesglaubens. Von Balduin. - Von Gottes Gnade. Historische Skizzen. Von Paul Enderling. - Die Verbündeten usw.

Von der "Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 12 des 21. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Unser Wärgenlag. - Die Hinterbliebenenversicherung eine Gefahr für die Moral der Arbeiterinnen. Von Johannes Heben. - Frauenmohrecht oder Damennachrecht. Von Luella Twining. - Frauenarbeit. Von Rita Hart. - Die Lehrerinnen und das Frauenwahlrecht. Von M. Kt. - Um Wissen und Bildung. Von Vera Selinger. sowie die Belagen für unsere Räter und Hausfrauen und für unsere Kinder.

Das Evangelium. Von R. Schaller. Eine Nachdichtung. Gehellet 2 R. - Hegenabbat. Von Regina Wirth. Lauer. 25 S. - Die volke- und haarwirtschaftliche Bilanz der Nütungen. Von Prof. Dr. R. Rodolph. 80 S. - Laubtauben. Vortragbuch von Dr. v. Kähler. 96 S. K. Koenig, Wien.

S. Bericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftsartells in Hamburg 1910. 22 S. Selbstverlag in Hamburg. Jahrbuch der Kölner Gewerkschaften 1910. 158 S. Verlag des Artells der freien Gewerkschaften Kölns und Umgegend.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Todes-Anzeige. Am 11. März verstarb unser Genosse, der Steinbrücker Albert Schulz Frauenstraße 103. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 14. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rudolf-Birchow-Krankenhaus aus auf dem städtischen Friedhofe, Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht 226/4 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Todes-Anzeige. Am Sonntag, den 11. März, verstarb unser Genosse, der Metallschleifer Rudolf Jasikowski Hochhölzerstraße 13. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 14. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rogawetz-Kirchhofes, Heinsdendorfer, Adolphstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 226/3 Der Vorstand.

Am 11. März, abends 10 Uhr, verstarb nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Puffer Heinrich Pfarr im 60. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrubt an um stille Teilnahme bittend Frau Anna Pfarr geb. Vietz nebst Kindern. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem städt. Friedhof, Müller- u. Seestraße, statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Treptow-Baumschulenweg. Ortsteil Baumschulenweg. Am Sonntag, den 12. März, starb der Genosse Theodor Schnippa. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Neue Krug-Afsee, aus statt. Um rege Beteiligung bittet 202/4 Der Vorstand.

Verband der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands. Ortsgruppe Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur gef. Kenntnis, daß unser Kollege Albert Schulz am 11. d. Mts. an Herzschwäche verstorben ist. Als langjähriger Vertrauensmann hat er stets die Interessen des Verbandes vertreten und sich dadurch weiteren Kollegenkreisen als treues Verbandmitglied erwiesen. 289/3 Sein Andenken werden wir in Ehren halten! Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rudolf-Birchow-Krankenhaus aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet Die Ortsgruppenleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher Paul Bersch am 10. März gestorben ist. Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Ahrenfelde aus statt. Ferner starb unser Mitglied, der Mechaniker Theodor Schnippa am 12. März an Halsleiden. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. März, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Reichholzstr. 181 aus, nach dem Gemeindefriedhof Treptow statt. Ferner starb unser Mitglied, der Dreher Paul Monse am 14. März. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Wittenauer Kirchhofes in Wittenau aus statt. Ehre ihrem Andenken! Rege Beteiligung erwartet 113/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin. Sektion der Puffer. Unseren, sowie den Mitgliedern des Gefangenereits der Puffer hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied Heiner Pfarr am Sonntag, den 12. März, nach langem, schwerem Leiden im 60. Lebensjahre sanft entschlafen ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem städt. Friedhofe, Müller- und Seestraßen-Ecke, statt. Um rege Beteiligung ersucht 137/5 Die örtl. Verwaltung, J. A.: H. Reumann.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (C. D. Nr. 29, Hamburg). Filiale Baumschulenweg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied Theodor Schnippa verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Neue Krug-Afsee, aus statt. Um rege Beteiligung bittet 113/12 Der Vorstand.

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe. (Deutscher Zensfelder-Bund). Am 11. März verstarb unser Mitglied, der Kassendirektor Albert Schulz im Alter von 62 Jahren an Herzschwäche. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 14. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Rudolf-Birchow-Krankenhaus aus auf dem städtischen Friedhof, Müllerstraße, statt. 289/4 Die Verwaltung der Filiale 1.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und gute Mutter Anna Stahn geb. Prouder am Sonntag verstorben ist. Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme an 651b Max Stahn nebst Kindern. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und gute Mutter Anna Stahn geb. Prouder am Sonntag verstorben ist. Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme an 651b Max Stahn nebst Kindern. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Puffer Heinrich Klimpel am 10. März plötzlich verstorben ist. Dies zeigt tiefbetrubt an Agnes Klimpel geb. Wetzel nebst Tochter. 649b Die Beerdigung findet Mittwoch, den 15. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Giesemann-Kirchhofes in Nordend aus statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit zur Nachricht, daß am Montag früh unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter Anna Bublitz am den Folgen einer Krebsoperation gestorben ist. Im Namen der Hinterbliebenen Carl Bublitz, Friedenaue, Müdensstraße 5. Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Kirchhofes der St. Lucius-Gemeinde, Brigg, Tempelhofer Weg, aus statt.

Dankfagung. Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter Adelheid Schütt sage ich allen Beteiligten, insbesondere den Hausbewohnern, den Genossen und Genossinnen vom 10. Bezirk und meinen Sangesbrüdern meinen besten Dank. 655b Wilh. Schütt. Dankfagung. Für die zahlreichen Blumen Spenden sowie für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes Otto Kämmer sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Ehe- und dem Personal der firmen Tisch und Karfunkelstein u. Tsch, dem Deutschen Buchbinderverband und dem 4. Berliner Reichstagswahlkr., Abt. 31 meinen herzlichsten Dank. 3387c Marie Kämmer, geb. Kiemer.

Unserem alten Freunde und langjährigen Verbandskollegen Peter Kappel zu seinem 70. Geburtstag am 14. März die herzlichsten Glückwünsche. 80/7 G. H., A., F., H., L., S., Mitgl. d. Holzarbeiterverband. Blumen- und Kranzbinderei von Rudolf Hapke nur Rathenower Str. 49 Ecke Perleburger Str. Spitzen, Tülle, Besätze, Tressen. Stets Neuheiten, allerbilligst. Alte Schönhauser Straße 47, nur 1. Etage. Wir haben heute eine Poliklinik für Frauen in der Alexander-Str. 8 eröffnet. Sprechst. wochentags 11-12 Uhr. Dr. med. Martha Wypodziński. Dr. med. Hermine Edenhuzen. Dr. med. Grote Ehrenburg. Berlin, 8. März 1911.

Stoffe. Garantiert „Original-Qualität“ f. Anzüge, Hüter, Kostüme Str. 1, 50 u. m. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20-21. Petriskirche. Syphilis-Nachweis in allen frischen u. veralteten zweifelhaften Fällen durch wissenschaftl. Untersuchung; sofort; besgl. Harn- (Spez.) u. Gonorrhoe-(Zäden) u. Sputum-Analysen. Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborant, Friedrichstr. 189, im Kronen- und Roggenstraße, 1. 8724. Pers. Rücksp. disk. u. kostenl. Geöffnet von 8-9 Sonntags von 12-1. Kranzspenden sowie ämll. Blumenarrangements liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69 („Vormdris“-Haus), Tel. IV 7203. 6595b

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Maritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Pollmanns Bandagen-Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc. Berlin N., Lehnstr. 21. 60. Lieferant für Krankenkassen. Eigene Werkstatt.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Hygienische Bedarfsartikel Drogerie Zaremba, Weinbergweg 1, dir. a. Rosenfelder Tor. Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Kundsch.

Kranz- und Blumenbinderei Karl Sommer, Brangelstr. 44. Amt IV 12 065.

Lege-Hühner, garantiert junge, beste Lege, 21/2, 22, empfiehl. F. Wegner, Berlin 80., Mariannenstr. 34.

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68 Lindenstr. 69 (Laden). Soeben erschien: Grundbegriffe der Politik von Friedrich Stampfer. In Leinen gebd. 3 M.

Prachtvoller Blumen-Flor wird erzielt durch Tüngen mit echtem Dr. Landmann's Blumen-Dünger. Jahrmännlich langjährig erprobt. Wert 10 und 25 M. - 25 M. - 50 M. 1/2-Mio-Zer 1 M. - 2 1/2-Mio-Zer 3 M. Nur echt in Original-Verpackung in allen einschlägigen Geschäften zu haben. Dr. B. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 1A.

Möbel liefert auf Teilzahlung bequeme kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit) E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Schutz vor Schatzleuten.

Es ist für eine Zeitung unmöglich, auch nur annähernd alle Fälle polizeilicher Ausschreitungen, ja auch nur alle gerichtlich konstatierten polizeilichen Übergriffe aus Preußen zu registrieren.

1. In Bochum nahm der Landwirt Schlüter als Angeklagter Platz. Er ist von Polizisten brutal mißhandelt, daraufhin ist er wegen — Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt.

Im letzten Sommer war infolge Mißschlages das Geschäft des Angeklagten in Brand geraten. Man sah bald ein, daß sich die brennende Scheune nicht halten ließ und daß es das geratene sei, die benachbarten Wohngebäude vor dem Uebergreifen des Feuers zu schützen.

Der Staatsanwalt gab zu, daß die erste Abwehr Schlüters gegen des Polizisten rechtswidrigen Angriff berechtigt und nicht strafbar gewesen sei.

2. Am Sonnabend fand der Ratermeister Matern vor der Strafkammer in Bochum, weil er ruhestörenden Lärm erregt haben sollte.

Der Angeklagte war eines Nachts in der Nähe seiner Wohnung von zwei Polizeibeamten angehalten worden, weil er an seinem Rade keine Laterne führte.

3. Ebenfalls ein Fall von Übergriffen eines Polizisten im Amte lag einer Verhandlung zugrunde, die sich vor der Düsseldorf-Strafkammer abspielte.

Die Beweisaufnahme ergab, daß Wiener zusammen mit seinem Kollegen Heise den Beder, der Standaß machte, verhaftet hatte.

4. Eine ungläubliche Polizeiaffäre wurde durch eine Schöffengerichtsverhandlung in Rheine in Westfalen aufgedeckt.

Offentlich wird nun der Staatsanwalt nächstgenäh noch nachträglich die Anklage gegen die beiden Polizisten erheben. Der mißhandelte und freigesprochene Jubalide wird seinen Strafantrag erneuern.

Soziales.

Vom Innungsschiedsgericht.

Ueber die Zwangsvollstreckung aus den Schiedssprüchen des Schiedsgerichts des Innungsausschusses der vereinigten Innungen zu Berlin herrscht noch vielfach Unklarheit.

Ebenso wie aus den Urteilen des Gewerbegerichts findet auch aus den Schiedssprüchen des Innungsschiedsgerichts, welche rechtskräftig oder für vorläufig vollstreckbar erklärt sind, sowie aus Vergleichs, welche nach Erhebung der Klage vor dem Schiedsgericht geschlossen sind, die Zwangsvollstreckung statt.

Bei Stadtverordnetenwahlen muß die Zahl der zu wählenden Hausbesitzer ziffernmäßig in der Wahlbekanntmachung mitgeteilt werden.

Das hat das Oberverwaltungsgericht am 7. März in einer prinzipiellen Entscheidung ausgesprochen. In allen preussischen Städteordnungen, die ein Hausbesitzerprivileg kennen, so in denen für die sieben östlichen Provinzen, für die Rheinprovinz, für Westfalen usw., ist bestimmt, daß der Magistrat (in der Rheinprovinz der Bürgermeister) jederzeit die nötige Bestimmung zur Ergänzung der erforderlichen Anzahl von Hausbesitzern zu treffen hat.

Die Wahl dieser Herren (Vorbereitermeister Lause und Lokomotivführer a. D. Kuhn) wurde denn auch vom Bezirksausschuß mit folgender Begründung für ungültig erklärt.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte am Dienstag das Urteil und erachtete aus den gleichen Gründen die beiden angeforderten Wahlen für ungültig.

Gerichts-Zeitung.

Die Parteiorganisation von Niederbarnim und das Vereinsgesetz.

Im Kreise Niederbarnim besteht nur ein zentralisierter Wahlverein, der sich über den ganzen Kreis erstreckt, in den einzelnen Bezirken des Kreises — es sind deren 28 — seine Organe hat, welche lediglich die Anordnungen des Vorstandes bezw. die Beschlüsse der Generalversammlung durchzuführen haben.

Der einzige vernommene Zeuge war der Vorsitzende des Kreiswahlvereins, Genosse Brühl. In Uebereinstimmung mit dem Angeklagten führte Brühl alle die Tatsachen an, welche dafür sprechen, daß es sich nicht um einen selbständigen Verein handelt.

Unter Berufung auf diese Tatsachen und den Löwenbergischen Kommentar zum Vereinsgesetz wies Rechtsanwalt Dr. Heinemann nach, daß alle Kennzeichen des selbständigen Vereins hier fehlen.

gewisse Betätigung aus eigenem Entschluß auszuführen habe. Der Bezirk Pankow führe kein selbständiges Vereinsleben, er sei nur eine geschäftliche Hilfsstelle des Vorstandes.

Das Gericht verwarf indes die Berufung und bestätigte das erste Urteil mit folgender Begründung: Der Bezirk stehe ja in großer, starker Abhängigkeit vom Vorstande des Kreiswahlvereins.

Gegen dies Urteil wird selbstverständlich Revision eingelegt werden.

Wäschebiefahl aus Wollust.

Vor dem Göttinger Schöffengericht hatte sich am Sonnabend der 28 Jahre alte Hilfsarbeiter Heinrich Müller aus Wiesbaden wegen Diebstahls zu verantworten.

Mordprozeß Knitellus.

Am 18. Oktober 1908 wurde bei dem Apotheker Rathge in Magdeburg von zwei Leuten eingebrochen. Der Apothekenbesitzer Rathge wurde durch einen Einbrecher erschossen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Ende nächste Woche, wenn dies Tropen — das heißt — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt.

2. W. 1. u. 4. Nr. 2. Unseres Erachtens nicht. 3. Nur, soweit der eigene und der standesgemäße Unterhalt der Familie nicht gedeckt wird. — A. 3. 40. 1. Die Klage ist dadurch nicht hinlänglich. Sie können nur, wenn Sie im ersten Termin vor freiwilliger Verhandlung anerkennen, sich gegen die Kostentat stellen.





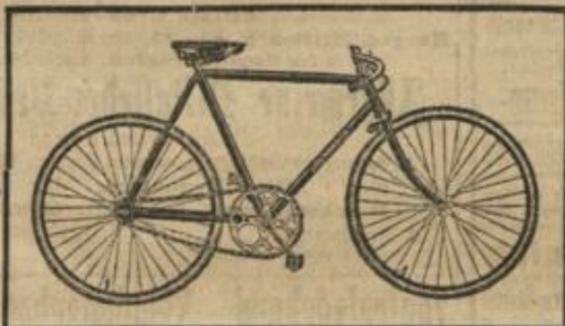
# Brennabor-Werke

## FILIALE BERLIN

jetzt

### Linden-Straße 35

Große Reparatur-  
Werkstätten mit  
elektr. Betrieb.



# Zur Einsegnung

## Schwarze Anzüge

Kammgarn in Satin, Diagonal, Cheviot, Corkikrew  
und Tuch-Geweben

M. 45.- 40.- 36.- 30.- 27.-  
M. 24.- 21.- 18.- 15.- 12.-

## Blaue Anzüge

Cheviot, Kammgarn-Cheviots, Foulés, Meltons in  
glatten und schrägen Geweben, schwarzen und vielen  
blauen Farben.

M. 45.- 36.- 30.- 27.- 24.-  
M. 21.- 18.- 15.- 12.- 10.-

## Prüfungs-Anzüge

Moderne Stoffe in großer Farben- und Muster-Aus-  
wahl. Schöne Fassons.

M. 36.- 30.- 25.- 20.- 15.- 10.-



**Sehr preiswert** Oberhemden, Kragen, Manschetten, Serviteurs,  
Hüte, Krawatten, Hosenträger, Handschuhe usw.

*Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst!*

# BaerSohn

Kleider-Werke

Deutschlands größte Fabrik der Branche

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog auf Wunsch kostenfrei.

## Selowsky - Cigaretten

Bolero

Caruso

Zenith

als erstklassig anerkannt!

Größtes  
Spezial-Geschäft

sämtlicher

### Gastwirts- Artikel.

L. Katz & Co.,  
Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt.

Filialen:

Rixdorf, Bergstr. 65, am Bahnhof.  
Brandenburg a. N.,  
Hauptstr. 89-90.

Erstklassige  
**Herrengarderobe**  
nur nach Maß  
anerkannt best. Aus-  
führung, garantiert  
langlebiger Stoff, liefert  
auf **Teilzahlung**  
zu Kassapreisen  
monatlich 10 M.,  
wöchentlich 2,50 M.

**Martin Katz,**  
Schneidermeister,  
76 Dresdener Straße 76  
nahe Thalia-Theater.  
Von 15. März ab 2. Geschäft  
in Schöneberg, Hauptstr. 158.

**Schallplatten**  
Verleih-Institut  
Auch nach auswärtig. Prosp. gratis.  
**Karl Borbs, Berlin 50**  
Neue Königstrasse 38.

Glatt und blank  
voll. Sie Ihre Wäsche  
mit meinen langj. be-  
kannten u. bewährten  
„Prinzeß“-Schleim-  
mangeln. Sehr kraft-  
u. bequem. Solle Ga-  
rantie f. Dauerhaftig-  
keit u. Zeitig. Nicht-  
mangeln u. 19 an  
Schleimmangelwie-  
re 24. 35. Preisliste gratis  
**Rudolf Knapke,**  
Berlin, Seydelstr. 7/8  
am Spittelmarkt.  
Wasch- u. Wringmaschinen sehr billig

**Gelegenheitskauf!**  
**Schlafdecken**  
in Wolle, extra schwer  
3<sup>50</sup> 4<sup>50</sup> 5<sup>00</sup> 6<sup>00</sup> M.  
**Pferdedecken**  
2<sup>50</sup> 3<sup>50</sup> 4<sup>50</sup> 5<sup>50</sup> M.  
Versand per Nachnahme.  
**Emil Lefèvre,**  
Berlin, Oranienstraße 158.  
**Fehlerhafte Decken**  
spottbillig!

# MAGGI'S

Bouillon-Würfel sind überall zu haben. Wer  
sie probiert hat, kauft sie gern wieder.  
Man verlange jedoch ausdrücklich **MAGGI'S**

## Bouillon-Würfel

Sie tragen auf der Banderole den Namen **MAGGI'S**  
und die Schutzmarke Kreuzstern und sind

# unerreicht!



Schutzmarke



Kreuzstern

# Dritter und vierter Wahlkreis.

Dienstag, den 14. März, abends 8 Uhr, bei Graumann, Naunhoferstr. 27:

## Öffentliche Kommunalwählerversammlung für den 11. und 13. Bezirk.

Tages-Ordnung:

1. Was wollen die Wähler im Rathaus?
2. Diskussion.

Referent: Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann.  
Die Vorstände der sozialdemokratischen Wahlvereine.  
F. A.: Paul Hoffmann, Stralauer Platz 1/2.

# Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, in der „Brauerei Königstadt“, Schönhauser Allee 10/11:

## Öffentliche politische Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wie schützt sich Berlin gegen die Verschacherung der Wälder und Felder in der Umgebung?

Referent: Reichstagsabgeordneter Georg Ledebour.

2. Freie Diskussion.

Der Einberufer:

August Burckhardt, Christinenstraße 12.

# Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Bureau: Engelauer 15, III, Zimmer 53.

Zweigverein Berlin.

Telephon: Amt IV, Nr. 4093.

Geöffnet: Wochentags von 8-1 und von 3-7 Uhr.

## Sektion der Gips- und Zementbranche.

Mittwoch, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahres- und Kasienbericht des Sektionsvorstandes.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet. Der Sektionsvorstand.

## Achtung! Gruppe der Töpferträger. Achtung!

Dienstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal 9):

### Gruppen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Welches sind unsere Pflichten bei Beginn der Konjunktur?

## Achtung! Gruppe der Rohrer. Achtung!

Donnerstag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal 11):

### Gruppen-Versammlung.

Vollzähliges Erscheinen der in Frage kommenden Kollegen in den Versammlungen erwartet. Der Zweigvereinsvorstand.

## Orts-Krankenkasse der Gelb- und Zinngießer zu Berlin.

Die 6806

### General-Versammlung

der Vertreter der Arbeitnehmer findet am

Mittwoch, den 22. März cr., abends 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 3.

statt, wozu sämtliche Vertreter hiermit eingeladen sind.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Protokolle.
2. Vorlage und Abnahme der Jahresrechnung des 1910.
3. Bericht des Rechnungs- und Kassenschreibers.
4. Kasienangelegenheiten.

Zur Beachtung! Die Kasienstunden finden vom 1. April cr. nur Hochentags von 8 bis 12 Uhr, Sonnabends von 8 bis 12 1/2 Uhr statt. Die Abendkassenstunden von 6 bis 8 Uhr fallen fort. Berlin, den 13. März 1911.

Der Vorstand.

## Orts-Krankenkasse Briz bei Berlin.

Dienstag, den 21. März 1911, findet im Lokal von H. Radde, Briz, Chausseest. 39 eine

### Delegierten-Ersatzwahl

statt. Zu wählen sind 16 Vertreter der Arbeitnehmer.

Die Wahl findet abends von 6 bis 8 Uhr statt. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. 271/19

Als Legitimation ist das Mitgliedsbuch mitzubringen. Der Vorstand. Bedend, Vorsitzender.

## 1 Mark

wöchentliche Teilzahlungen  
Lieferung elegant fertige



### Herren-Garderoben

Ersatz für Mann Anfertigung, a. Mass Tadellios-Ausführung

Julius Fabian  
Schneidemeister

Gr. Frankfurter  
Strasse 37, II  
Eingang Strausberger Platz

II. Geschäft:  
Turmstr. 18  
nur erste Etage,  
kein Laden.

## Reste

Damastische, schwarze und farbige, Kostüm-Stoffe, neuartige Muster, Trikot-Stoffe, Seiden-Füßchen, Sammete, Seide etc.

### Konfektion

Paletots, Jacketts, Regenmäntel, Kostüme und Kostümröcke in grosser Auswahl.

## C. PELZ

Kottbusstr. 5.

! Spezialität!  
!! Von 40 M. an!!

Herrenanzug oder Paletot n. Maß, neueste Muster, feinste reines, Kachener Stoffe, auf Hochhaar gearbeitet, 2 Knöpfe. Befestigung am Knopf erheben ohne Knopfzwang. Kein Rusterverlust.

Wer-Stoff-hat fertige Herrenanzug od. Paletot von 20 M. an, feinste Hut. Zum Nehmen bitte um Ihren Besuch.

Für guten Sitz bekam gold. Medaille Ein Besuch täglich zu dauernder Kundenschaft. Ludwig Engel, Dresnauer Straße 28, II (Alexanderplatz) (Begr. 1892) 39/1

Land-, Obstbaum- u. Hochwald-Parzellen

direkt am Bahnhof Nassenheide

von 300 M. an. Treffpunkt täglich zu den Zügen ab Ettiener Bahnhof 10.45 u. 12.40 im Kassenhelder Bahnhof-Restaurant von Fischer. 4665\*

Fahrzeit nur 3/4 Stunden. Besitzer Wolff, Herzberg i. d. Mark.

Siegfrieds Pflanzenbutter (Margarine)

Postpaket 7.80 Mark franko per Nachnahme m. Verpackung Ph. Siegfried, Braunschweig

Versandhaus 270/12\* Heinrichstr. 48 Fernsp. 2339

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col. I. Amt 3, 1209. Charitéstraße 2. Col. III. Amt 3, 1987

Heute Dienstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr:

## Bezirksversammlung für den Norden

in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110. Tages-Ordnung:

Vortrag unseres Verbandsvorsitzenden Kollegen Alexander Schlicke-Stuttgart.

Morgen Mittwoch, den 15. März, abends 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal IV):

## Versammlung aller in der Gelbmetall-Industrie

beschäftigten Kollegen und Kolleginnen. Tages-Ordnung:

1. Der Streik bei der Firma Niemann u. Co., Kronenleuchterfabrik, Kommandantenstraße.
2. Diskussion.

Es ist nötig, daß sämtliche in dieser Branche Beschäftigten, auch die augenblicklich arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen in dieser Versammlung erscheinen. Die Ortsverwaltung. 11/11

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf. Donnerstag, 16. März, abends 8 Uhr, bei Hoppe, Hermannstr. 49:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Der Zusammenschluß Groß-Berlins. Referent: Kol. Fendel-Weihenfer. 2. Verbandsangelegenheiten. Die Ortsverwaltung. 80/5\*

# Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filliale Groß-Berlin. Morgen Mittwoch, den 15. März 1911, abends 6 1/2 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17-18:

## Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Heinrich Ströbel über: „Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen für die Gewerkschaften.“ 2. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. 102/7

# Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Mittwoch den 15. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Pracht-Sälen „Alt-Berlin“, Blumenstraße 10:

## Versammlung der Zuschneider und Stauzer.

Tages-Ordnung: 1. Die Ergebnisse der lohnstatistischen Aufnahmen von Seiten der Branchenkommission und unsere nächsten Aufgaben. 2. Verschiedenes. Kein Kollege darf fehlen! Die Ortsverwaltung. 160/7

# W. Kube's Festsäle, früher Feuerstein.

Alte Jakobstraße 75, Fernsprecher Amt I Nr. 887. Empfehle meine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Osterfeierliche und Sonnabende im April zu vergeben. Prachtvoller Garten mit Bühne zu Sommerfesten. Gruppen-Tanzschule. 30792\*

# Plasmon-Cacao

Bester Nährcacao der Welt. Erhält in Apotheken, Drogerien u. Nahrungsmittelgeschäften.

Zur

## Einsegnung!



### Anzüge

aus schwarzen Kammgarnstoffen

14, 17, 19, 21  
25, 28, 40 M.

### Anzüge

aus dunkelblauen Cheviotstoffen

16, 18, 20, 24,  
28, 32, 36<sup>60</sup> M.

Prüfungs-Anzüge in größter Auswahl.

## M. Schulmeister

BERLIN SO. 26, Dresdenerstr. 4

# Continental Pneumatik

Gesamt-Personal  
1900 — 1650  
1905 — 4516  
1910 — 7500

Seit Jahren widmet sich ein Stamm altgeschulter Kräfte der Spezialaufgabe, gute Automobil- und Fahrradreifen zu fabricieren. „Gute“ Reifen, die das Geld wert sind. Wenn Sie vor Enttäuschungen sicher sein wollen, so verlangen Sie nur Continental-Pneumatik.



Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover

### Arbeitslosenversicherung in Charlottenburg.

Eine Arbeitslosenversicherung nach Schöneberger Muster soll nun auch in Charlottenburg eingeführt werden. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung lange Jahre hindurch alle sozialdemokratischen Anträge auf Maßnahmen zur Milderung der Folgen der Arbeitslosigkeit rundweg abgelehnt hatte, hat sie endlich am 12. Februar 1908 an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, in Erwägung zu ziehen, ob sich die Verwendung städtischer Mittel für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung empfiehlt. Im weiteren Verlauf der Angelegenheit wurde wenige Monate später eine gemischte Deputation zur Beratung der auf dem Gebiete der städtischen Arbeitslosenfürsorge eventuell zu treffenden Maßnahmen eingesetzt.

Die Deputation hat die Frage der Verwendung städtischer Mittel für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung grundsätzlich bejaht, es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß die Milderung der Folgen einer dringende Aufgabe der Sozialpolitik ist. Ueber die Art der Versicherung gingen die Ansichten naturgemäß auseinander. Am meisten Anklang fand das Center System, doch empfand die Mehrheit der Deputation es als einen Nachteil, „daß von ihm nur ein geringer Teil der Arbeiterschaft, und gerade der wirtschaftlich am besten gestellte, getroffen wird“. Dazu kommt die Furcht vor den Zielen der modernen Gewerkschaftsbewegung, man sagte sich, es könne nicht Aufgabe der öffentlichen Verwaltungen sein, aus den Mitteln der Allgemeinheit wirtschaftliche Vorteile zu gewähren, die wesentlich zur Stärkung der Berufsorganisationen dienen würden.

Diese Erwägungen haben die gemischte Deputation dazu geführt, das System der Zuschüsse an Gewerkschaften usw. nur unter der Bedingung zu empfehlen, daß gleichzeitig durch Einrichtung einer städtischen Arbeitslosen-Versicherungskasse auch den Nichtorganisierten Gelegenheit gegeben wird, sich durch regelmäßige Beiträge die gleichen Vorteile wie die Organisierten zu sichern. Die Deputation war der Ansicht, daß dieses Vorgehen nicht ersetzt werden kann durch Zuschüsse zu Entnahmen von besonderen (gesparten) Sparguthaben, wie sie unter anderem in Schöneberg als Ergänzung des Center Systems eingeführt sind. Wohl aber hat sie auch diese Einrichtung als dritte Form in Vorschlag gebracht, um auch denen, die gelegentlich kleinere oder größere Summen zurücklegen vermögen, einen Anreiz zu bieten, diese Möglichkeit zu einer Sicherung ihrer Existenz bei eintretender Arbeitslosigkeit auszunutzen.

Von diesen Grundfäden ausgehend, beantragt nun der Magistrat die jährliche Einstellung eines sogen. Arbeitslosenfonds von 10 000 M. in den Etat, aus dem Zuschüsse an arbeitslose Arbeiter oder Angestellte beiderlei Geschlechts gewährt werden, die seit mindestens einem Jahr ununterbrochen in Charlottenburg wohnhaft sind, wenn ihre letzte Arbeitstätigkeit sich im Gemeindebezirk Charlottenburg vollzog, oder wenn ihre letzte Arbeitsstelle bei einem Arbeitgeber war, dessen gewerbliche Niederlassung im Gemeindebezirk Charlottenburg liegt. Der Zuschuß beträgt 50 Prozent der täglichen Arbeitslosenunterstützung, die der Arbeitslose auf Grund eigener Fürsorge bezieht, sei es aus der städtischen Arbeitslosen-Versicherungskasse oder von einer Berufsvereinigung (Gewerkschaft, Gewerksverein oder dergleichen), zu der er Beiträge entrichtet, oder aus einem Sparguthaben bei der städtischen Sparkasse, dessen Verwendung für diesen Zweck gesperrt ist. Der Zuschuß wird gewährt für die Zeit nach Ablauf einer Woche seit der Meldung der Arbeitslosigkeit auf dem Städtischen Arbeitsnachweis, aber höchstens für 60 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten. Ein Zuschußberechtigter, der zur Beendigung oder Verhütung einer Arbeitslosigkeit eine Arbeitsstelle außerhalb des Gemeindebezirks annehmen will, kann unter Anrechnung auf die ihm zustehenden Zuschüsse eine Reise- und Umzugsentschädigung erhalten. Eine Reihe weiterer Bestimmungen beziehen sich auf die Verpflichtung zur Annahme auswärtiger Arbeitsstellen.

Für die Arbeitslosenversicherungskasse ist vorgeschlagen ein jährlicher städtischer Zuschuß von 3000 M., ein einmaliger städtischer Zuschuß von 2000 M. als Reservefonds und Zuteilungen von Vereinen, Behörden und Privatpersonen, insbesondere Arbeitgebern. Der Beitrag beträgt wöchentlich 25 Pf., ist aber bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit von länger als einer Woche sowie bei militärischen Übungen nicht zu entrichten. Auch können mit Vereinen oder Arbeitgebern Gesamtversicherungen für sämtliche Mitglieder eines bestimmten Personalkreises abgeschlossen werden. Jeder Versicherte, der der Kasse seit 6 Monaten angehört und mindestens 26 Beiträge gezahlt hat, erhält, wenn er während der Dauer der Versicherung ohne sein Verschulden arbeitslos wird, ein Tagesgeld von 1 M. für jeden Werktag. Etwaige rückständige Beiträge werden von dem Tagesgeld vorweg in Abzug gebracht.

Es sind also im Gegenzug zu Schöneberg, das außer den Zuschüssen an Gewerkschaften nur Zuschüsse an Inhaber von Sparguthaben kennt, drei Arten der Versicherung vorgesehen.

Die Vorlage, die, so sehr wir ihr grundsätzlich zustimmen, doch in einzelnen noch sehr Verbesserungsbedürftig ist, kommt am nächsten Mittwoch in der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung.

### Die Fürsorgezöglinge Berlins

haben im Jahre 1909/10, aus dem jetzt der Jahresbericht der Waisenverwaltung vorliegt, sich nur noch ganz geringe Menge. Das Jahr begann am 1. April 1909 mit 3512 Fürsorgezöglingen und schloß am 31. März 1910 ab mit 3833 Fürsorgezöglingen, so daß diesmal nur noch ein Plus von 21 Zöglingen herauskommt. Schon im Jahre 1908/09 hatte sich eine beträchtliche Minderung des Zuwachses bemerkbar gemacht: in den drei letzten Jahren 1907/08, 1908/09, 1909/10 stellte das Plus an Fürsorgezöglingen sich auf 367, 117, 21. Zwar ist die Zahl der neuen Ueberweisungen in Fürsorgeerziehung noch immer sehr groß, aber dem Zugang aus Ueberweisungen steht ein jetzt von Jahr zu Jahr steigender Abgang durch Entlassungen gegenüber. In den drei Jahren 1907/08, 1908/09, 1909/10 wurden 845, 584, 583 Zöglinge in Fürsorgeerziehung überwiegen. Während hier das vorletzte Jahre eine sehr er-

freuliche Minderung gebracht hatte, ist im letzten Jahr die Zahl der Ueberweisungen nahezu unverändert geblieben. Diesmal war aber die Zahl der endgültigen Entlassungen so groß, daß durch sie der Zugang aus neuen Ueberweisungen fast vollständig aufgehoben wurde.

Offenbar schließt das noch laufende Jahr 1910/11 zum ersten Mal mit einem Minus an Fürsorgezöglingen ab. Der leidigen Sucht, gegen jeden unüberlegten Streich eines Jungen oder Mädchens sofort nach Fürsorgeerziehung zu schreien, sollte längst Einhalt geboten sein. Gegenüber dem Mißerfolg, den die Fürsorgeerziehung in nur zu vielen Fällen hat, und im Hinblick auf die empörenden Vorkommnisse, die aus Fürsorgeerziehungsanstalten wie „Vlohes Wildnis“ und „Fürsorgeheim Mietschin“ bekannt geworden sind, könnten auch die Gerichte in ihrem Ueberweisungsleiter längst nachgelassen haben. Der Jahresbericht der Waisenverwaltung sagt übrigens sehr wenig über die Mietschiner Affäre, die ja in das Berichtsjahr fiel. Wir lesen da nur, daß die Erfüllung des zwischen dem Fürsorgeheim Mietschin und der Stadt Berlin abgeschlossenen Vertrages unmöglich wurde, nachdem unter dem ersten Leiter der Anstalt „unentschuldbarer erzieherische Mißgriffe“ sich ereignet hätten und dann der Stadt Berlin auch bezüglich der Person eines neuen Anstaltsleiters die beanspruchte Gewähr gegen eine Wiederholung solcher Mißgriffe nicht geboten worden war. Den dürftigen Worten, mit denen die Waisenverwaltung in ihrem für die Öffentlichkeit bestimmten Bericht diese Affäre Mietschin abtut, könnte ein Unkundiger unmöglich entnehmen, was für Schreckenszeiten in Mietschin verübt worden sind und welche Schmach sie auch für Berlin bedeuten.

Aus den sonstigen Zahlenangaben des Berichts sind von besonderem Interesse die Zusammenstellungen über die Gründe der Ueberweisung, über die Art der Unterbringung und über die Erfolge der Fürsorgeerziehung. Die Ueberweisungsgünde sind mitgeteilt für 446 neu aufgenommenen Zöglinge, von denen 281 männlich und 165 weiblich waren. Nach der offenbar sehr willkürlichen Einteilung, die da gemacht worden ist, wären die Gründe zu suchen nur 26 mal in den „elterlichen Verhältnissen“ und 420 mal in den „Gewohnheiten und Anlagen der Kinder selbst“. Im besonderen wird als Ueberweisungsgrund angegeben: 17 mal Verwahrlosung der Eltern, mangelhafte Erziehung, Mißhandlung usw., 9 mal schlechter Einfluß der Mutter (z. B. durch Gewerksamucht), ferner bezüglich der Kinder 73 mal unregelmäßiger Schulbesuch, Umhertreiben, Betteln, 31 mal Verwahrlosung, 14 mal Arbeitslos, Neigung zum Lügen, Leichtsinns usw., 206 mal Diebstahl, Betrug, Unterschlagung, Urkundenfälschung, 93 mal Unzucht, Sittlichkeitsverbrechen, 3 mal Hausfriedensbruch, Körperverletzung. Bei den Knaben ist besonders „Diebstahl usw.“ sehr häufig als Ueberweisungsgrund angegeben, 176 mal, während bei den Mädchen dieser Grund nur 30 mal genannt wird. Andererseits steht bei den Mädchen „Unzucht usw.“ als Ueberweisungsgrund weitans an erster Stelle, mit 91 Fällen, während bei den Knaben nur 2 Fälle angegeben sind. Die Altersunterscheidung ergibt, daß der jüngste der neu aufgenommenen Fürsorgezöglinge erst 2 Jahre alt war. Man hatte ihn den Eltern genommen, um ihn vor der Gefahr der Verwahrlosung zu behüten. 178 der Neu aufgenommenen waren zur Zeit der Aufnahme bereits über 16 Jahre alt. Die Altersgrenze für Ueberweisung in Fürsorgeerziehung ist 18 Jahre, aber schon vom 16. Jahre ab ist kaum zu hoffen, daß eine erst jetzt einsetzende Fürsorgeerziehung noch einen nennenswerten Erfolg haben kann. In Fürsorgeerziehung behalten darf man ja die Zöglinge bis zur Vollendung des 21. Jahres, und zwar wird dieses Mittel, je erfolgloser die Fürsorgeerziehung bleibt, desto hartnäckiger angewendet.

Die Art der Unterbringung zeigt immer noch dasselbe Bild. Immer noch muß die Stadt Berlin sich mit privaten Anstalten behelfen, in deren Einrichtung und Leitung sie wenig hineinreden darf. Immer noch finden wir unter den von ihr benutzten Anstalten so manche, mit der sie schon recht löse Erfahrungen gemacht hat. Von den 3833 Zöglingen aus 1909/10 kamen für die Unterbringung nicht in Betracht: 390 widerrufenlich aus der Fürsorgeerziehung entlassene, 158 widerrufenlich der eigenen Familie überweisene, 305 entlassene, 53 im Gefängnis und 181 im Krankenhaus befindliche, ferner 518 in der Lehre und 746 in Dienst- oder Arbeitsstelle untergebracht, die beim Arbeitgeber wohnten. Bei 43 war über die Unterbringung noch nicht entschieden. Von den dann noch übrigbleibenden 1489 Zöglingen befanden sich 149 in Familienpflege, 4 in den beiden Waisenhäusern der Stadt, 276 in ihren drei Erziehungshäusern (in Lichtenberg und Birchholz 194 und 51 männliche, in Kleinbeeren 31 weibliche), dagegen 1060 in privaten Anstalten. Der Bericht hebt hervor, daß die Stadt mit einer großen Zahl auswärtiger Privatanstalten in Verbindung steht, daß aber wegen der Schwierigkeit der Kontrolle eine möglichst Einschränkung beschlossen worden ist. Am Schluß des Etatsjahres 1909/10 waren freilich immer noch 65 Privatanstalten mit Berliner Zöglingen belegt, viele davon nur mit einzelnen Zöglingen, manche aber mit einer recht beträchtlichen Zahl, besonders das „Neanderhaus“ zu Grob-Camin mit 138, das Waisenhaus in Neu-Redlich mit 118, das Magdalenenstift in Leltow mit 102, das Bethabara-Stift in Weichensee mit 97 usw. Nebenbei bemerkt: die Anstalt Neu-Redlich ist ein Unternehmen desselben Vereins, der die Anstalt Mietschin gründete und ihr den Pastor Breithaupt als Leiter gab.

Ueber die „Erfolge“ der Fürsorgeerziehung sieht in dem Bericht wieder sehr wenig, man ist da auf die Zahlenangaben über die Gründe der Entlassung angewiesen. In 1909/10 wurden endgültig entlassen 374 männliche und 215 weibliche Zöglinge, davon 246 und 170 wegen Volljährigkeit, aber nur 105 und 37 wegen Besserung, der Rest aus anderen Gründen (Tod, Freiheitsstrafe, Militärpflicht, Verheiratung). Wegen „Besserung“ wurden nicht viel mehr als ein Viertel der männlichen und ein Sechstel der weiblichen Zöglinge entlassen. Bei den meisten wird die Entlassung hinausgeschoben bis zur Erlangung der Volljährigkeit, wo sie ohnedies entlassen werden müssen, auch wenn sie nicht „gebessert“ sind. Warum geben die Berichte der Waisenverwaltung niemals an, wie lange do an den Zöglingen von ihren Fürsorgeerziehern herumgedokktert worden war, bis sie freigegeben werden mußten?

Diesmal erzählt der Bericht noch allerlei von den „Reformen“, die von der Waisenverwaltung erwogen worden

seien. Das Bemerkenswerteste ist die endlich aufgedämmerte Einsicht in die Notwendigkeit, bei der Behandlung der Fürsorgezöglinge mehr als bisher zu individualisieren, sie nach ihrem Vorleben und ihren Eigenschaften zu sondern und entsprechend unterzubringen. Grundforderung bleibt aber, daß vor allem das Fürsorgeerziehungsgesetz selber zweckmäßig reformiert wird. Wir denken uns diese Reform nicht als eine Erweiterung, sondern als eine Einschränkung des Wirkungsbereiches der Fürsorgeerziehung.

### Partei-Angelegenheiten.

Dritter und vierter Wahlkreis. Den Genossen zur Kenntnis, daß sich das Zentralbureau für die Stadtverordnetenwahl des 11. und 13. Kommunalwahlbezirks bei Voigts Nachfolger, Raunynstraße 67, befindet. Telefonanschluß Amt IV 10 528.

Die Genossen werden gebeten, sich dort zahlreich zur Wahlhilfe einzustellen.

Zweiter Wahlkreis. Heute Dienstag abend in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7: Vortrag des Genossen Heinrich Schulz über „Das junge Deutschland“.

Rixdorf. Heute abend von 7 Uhr ab von den bekannten Stellen aus: Flugblattverbreitung.

Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, finden in den Lokalen von Hoppe, Hermannstr. 49, Petrie, Anlebedstr. 113, und im „Karlsgarten“, Karlsgartenstr. 16, drei öffentliche Protestversammlungen statt, mit dem Thema: „Die Verschäkerung Rixdorfs an Treptow“. Es referieren die Stadtverordneten Dr. Silberstein, Thurov und Wuyh. Sorgt für Massenbesuch. Der Einberufer.

Niederlehndorferweide. Am Mittwoch, den 15. d. Mts., beim Genossen Stahlberg, Berlinerstraße 123: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Fortsetzung des Vortrags des Genossen Groger über „Die politischen Parteien und ihre Programme“.

Der Vorstand. Treptow-Baumschuldenweg. Morgen Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, von sämtlichen Bezirkslokale aus: Wichtige Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Röpenitz. Heute Dienstag, den 14. März, abends 8 Uhr, im Stadt-Theater (kleiner Saal): Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Raifeier. 5. Vereinsangelegenheiten.

### Berliner Nachrichten.

#### Die helfende Polizei.

Wenn einer auf der Straße krank wird und die Polizei ihn in ihre Obhut nimmt, dann kann man immer wieder die wunderbarsten Dinge erleben. Vor einigen Tagen erst teilten wir mit, daß ein Kaufmann, den man in Berlin auf der Straße bemitleidlos aufgefunden hatte, als „Betrunkener“ nach dem Polizeipräsidium gebracht worden und dort im Gewahrsam gestorben war. Heute wird uns ein Fall von polizeilicher Hilfs-tätigkeit bekannt, dessen Einzelheiten gleichfalls sehr zu denken geben, wenn auch der davon Betroffene glücklicherweise nicht das Leben eingebüßt hat.

Ein alter Mann, namens B., der durch Zeitungshandel sich noch ein paar Groschen erwirbt, war am 1. März von seinem Ausgange nicht wieder heimgekehrt. Seine Frau, die nebenbei noch ist, ging nicht sofort auf die Suche nach dem verschwundenen, sondern tröstete sich mit dem Gedanken, daß er bei einer seiner teherateiten Töchter übernachtet werde. Als er aber mehrere Tage ausblieb, wandte die Frau sich am 4. März an die Polizei, um Meldung zu machen. Die Antwort eines Beamten wurde von ihr dahin verstanden, es werde dem Manne wohl nichts passiert sein, sonst würde die Polizei schon davon wissen! Eine verheiratete Tochter, die dann von dem Verschwinden des Vaters Kenntnis erhielt und noch am Abend desselben Tages auf demselben Polizeibureau anfragte, konnte ebensowenig eine Auskunft erhalten. Am Morgen des 5. März gab sie eine Vermittlungsanzeige zu Protokoll, wobei sie aber keine Namen nannte, die zur Ermittlung beitragen könnten. Die Polizei forschte nun nach B. und hatte „ihn“ am folgenden Tage das Glück, ihn zu finden. Am Abend des 7. März brachte der Frau B. ein Schuttmann die Nachricht, der Vermittelte sei im Birchowkrankenhaus ermittelte worden. Als die Angehörigen ihn dort besuchten, sagte man ihnen im Aufnahmebureau, daß er mit einer durch Schlaganfall verursachten rechtsseitigen Lähmung eingeliefert worden war. Weitere Nachfragen ergaben, daß er sich schon seit 2. März im Birchowkrankenhaus befand und daß die Polizei es war, die ihn eingeliefert hatte. Dieselbe Polizei, die noch am 4. März nichts von ihm wußte, am 5. März eine Vermittlungsanzeige über ihn entgegennahm und dann am 6. März ihn glücklich „entdeckte“! Daß sie ihn nicht schon früher ermittelte, ja, daß sie nicht schon am 2. März unaufgefordert die Familie über das Schicksal des Verunglückten aufklärte, muß sehr sonderbar erscheinen, da B. einige seine Adresse nennende Papiere bei sich gehabt hatte. Die Angehörigen fanden im Krankenhaus diese Papiere unverehrt im Tischkasten des Kranken vor. Auf ihre an einen Wärter gerichtete Frage, warum nicht wenigstens vom Krankenhaus eine Bescheidigung angefordert worden sei, bekamen sie die Antwort, daß die Sache der Polizei, nicht des Krankenhauses. Die Verwunderung der Angehörigen über das Maß von Unsiht, mit dem die Polizei gearbeitet hatte, steigerte sich noch, als sie eine neben den Papieren liegende Geldtasche besichtigten. Auf ihr stand, offenbar von einer Beamtin hand geschrieben, der Name des Vermittelten und dabei die Angabe „0,25 Mark“. Aber die Prüfung des Inhalts ergab, daß nicht 25 Pf., sondern — 85 Pf. darin steckten. Zwei Töchter B. trugen das Geld zum Polizeipräsidium, aber auch hier konnte ihnen keiner sagen, wie der Widerspruch zu erklären sei. In einem Protokoll, das ihnen vorgelesen wurde, war gleichfalls nur von „0,25 Mark“ die Rede. Aus demselben Protokoll erfahren die Angehörigen, daß B. in der Nacht vom 1. zum 2. März um 1/2 Uhr in der Landsberger Straße hilflos aufgefunden worden war. Ein Schuttmann brachte ihn zur Rettungswache in der Reibelstraße, dort aber stellte ein Arzt „Trunkenheit“ fest, und nun wurde B. in einer Drohkelle zum Polizeipräsidium gebracht und in Gewahrsam gehalten. Warum das geschah, das bedarf noch der Aufklärung. Nach einer Vereinbarung zwischen Magistrat und Polizeipräsidium soll jeder anscheinend Betrunkene, dessen die Polizei sich annehmen zu sollen glaubt, durch einen Schuttmann zunächst nach einer der Stationen des städtischen Rettungswesens gebracht werden. Der diensthabende Arzt soll, wenn Hilfe nötig scheint, entweder selber dem „Betrunkenen“ die Hilfe gewähren oder ihn durch den Schuttmann einem Krankenhaus zuführen lassen. Ist keine Hilfe nötig, so soll — immer durch den Schuttmann — Zuführung nach der Wohnung bewirkt werden, sofern sie aus Legitimationspapieren ersicht werden kann. Nur dann, wenn Hilfe nicht erforderlich ist und die Wohnung sich nicht ermitteln läßt, soll Einlieferung zum Polizeigewahrsam erfolgen.

Wir erwarten nicht, daß das Polizeipräsidium sich öffentlich darüber erklärt, warum den Angehörigen B.'s, wiewohl er Legitimationspapiere hatte, erst so spät Kenntnis von seinem Verbleib

gegeben worden ist. Aber der Magistrat wird hoffentlich sich öffentlich dazu äußern, wer es verschuldet hat, daß B. von der Rettungswache nach dem Polizeigewahrsam gebracht wurde. Daß er schließlich doch noch in ein Krankenhaus gelangte, verdankt er dem Inspektor des Gewahrsams, der den Mann für hilflos bedürftig hielt. Seine Meldung veranlaßte eine Untersuchung durch den zufällig anwesenden „Sittensargl“, worauf dann die Ueberführung in ein Krankenhaus angeordnet wurde. Das Eingreifen des Inspektors ist der einzige Lichtblick in dieser ganzen Hilfsaktion der Polizei.

Die Mißfertigkeiten, in denen in der Provinz auf die Vermutung des südtürkischen Odbachs hingewiesen wird, sollen nach der Vetterung der Verwaltung in Hoffungstal angeblich nicht mehr zur Ausgabe kommen. Nach der von uns am Sonntag veröffentlichten Notiz wurde in der letzten Kuratormittung des Apts ein solches Exemplar von dem Stadtrat selbst vorgelegt und nicht von den bösen Sozials, wie irrtümlich der Seegerlobbold aus dem Sage machte.

**Auerhühner.** In einer in der „Morgenpost“ abgedruckten Messame für den Hofenrod in Berlin O. heißt es in einer Schilderung über die Arbeiterinnen des in der Barischauer Straße gelegenen Auerbetriebes:

„Es ist um die Mittagstunde, die Fabrikpfeife ertönt; in hellen Scharen entströmen dem Auerischen Etablissement Hunderte von Frauen und Mädchen — „Auerhühner“, wie sie in der dortigen Gegend scherzweise genannt werden — und füllen reich die Köhlerstraße. Raschwert oder eine Stulle verzehrend, promenieren sie, in Gruppen zu vier und fünf unter munterem Geplauder auf und nieder. Es ist ein tolles Gedränge, und der jugendliche Uebermut läßt die Mädchen nicht gerade wie Klosterchwestern dahinzuhinken.“

Arbeiterinnen des genannten Betriebes fassen dieses Geschrei ernst auf. Sie meinen, wie es in einer an uns gerichteten Zuschrift heißt, daß die Bezeichnung ehrenwerter Arbeiterinnen als „Auerhühner“ etwas Herabsetzendes an sich habe. Dann aber könnte die Schilderung den Anschein erwecken, wunder wie gut sie es hätten, wenn sie in der Mittagspause etwas frische Luft schöpfen könnten. Die Sache liegt aber so: „Von der neunstündigen Arbeitszeit ist die Mittagspause die einzige Erholung für die Arbeiterinnen, da sind sie allem Zwange ledig; da drinnen in der Fabrik heißt es arbeiten, arbeiten, arbeiten und immer unter Aufsicht. Die den Arbeiterinnen zugewiesenen Räume, wo sie ihre Kleider ablegen und die gleichzeitig für die Garderoben bestimmt sind, sind Wobenzimmer, wo weder die Sonne hinein scheint noch frische Luft durchweht. Da ist es doch nur natürlich, daß alles draußen spazieren geht. Wir möchten der „Morgenpost“ den Rat geben, sich lieber um diese Zustände zu bekümmern.“

#### Der Tod auf der Polizeiwache.

Wir veröffentlichten dieser Tage eine dem „Berliner Tageblatt“ entnommene Notiz, nach der ein auf der Straße aufgefundener Kaufmann Rubinstein im Polizeigewahrsam verstorben sei. Das Polizeipräsidium versendet daraufhin folgende Mitteilung:

„Durch die Tagespresse wird eine Meldung verbreitet, wonach ein Kaufmann Rubinstein auf der Straße ohnmächtig umgefallen, von einem Schuhmann für einen Betrunknen gehalten und in das im Polizeipräsidium befindliche Polizeigewahrsam gebracht sei. Die Gefängniswache habe ihn in eine Zelle geschleppt und die ganze Nacht hindurch ruhig liegen lassen, ohne daß sich jemand um ihn gekümmert habe. Am nächsten Morgen sei er tot gewesen. Diese Schilderung entspricht keineswegs den Tatsachen. Der Vorgang war vielmehr folgender:

Am 1. März dieses Jahres, nachmittags 6 1/2 Uhr, wurde der Stadtreisende Benno Rubinstein aus Charlottenburg, Köpenickerstr. 2, in hilflosem Zustande vor dem Hause Kaiser-Wilhelmstr. 47 von einem Schuhmann aufgefunden und von diesem mittels Drohschle nach der Polizeiwache Nr. 15 gebracht. Dort stellte der diensttuende Arzt sinnlose Trunkenheit fest und hielt seine Ueberführung in das Polizeigewahrsam — nicht in das Polizeigefängnis — für geboten. Bei der ärztlichen Untersuchung hatte Rubinstein seinen beschleunigten Puls, noch stark nach Alkohol, nannte auf Befragen nur noch seinen Namen, verweigerte dann aber jede weitere Auskunft auch über seine Wohnung. Der dortige Arzt hat irgendwelche Lähmungserscheinungen nicht wahrgenommen. Betrunkene Personen finden grundsätzlich in einem Krankenhaus keine Aufnahme. Rubinstein ist daher, weil er auch seine Wohnung nicht angeben und kein Geld für die Drohschleiferei bei sich hatte, dem Polizeigewahrsam zugeführt worden. Da der Arzt der Polizeiwache eine weitere ärztliche Behandlung nicht für erforderlich erachtet hatte, so lag auch für die Verwahrung des Gewahrsams keine Veranlassung vor, eine solche herbeizuführen. Nach den Bestimmungen wird im Gewahrsam ein Arzt nur dann herbeigerufen, wenn eine ärztliche Untersuchung vor der Einlieferung nicht stattgefunden haben sollte, oder wenn sich der Zustand des Eingekerkerten in irgendeiner Weise verschlimmert. Zur Kontrolle werden deshalb die Eingekerkerten in den Gewahrsamsräumen von den Aufsichtern beobachtet. Dies ist auch bei Rubinstein während der fraglichen Nacht wiederholt geschehen, und zwar von einem in der Krankenpflege ausgebildeten Aufseher, der ihn noch in den ersten Morgenstunden lebend antraf und keine Veränderung an ihm bemerkt hat. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Ablebens wurde ein Arzt nach dem Gewahrsam gerufen, der aber nur den Tod feststellen konnte. Da die Todesursache nicht ermittelt werden konnte, so erfolgte den Bestimmungen entsprechend die Ueberführung der Leiche nach dem Scharnhause, woselbst ermittelt wurde, daß der Tod infolge Gehirnbildung und Schlaganfall eingetreten war. Die Obduktion ist also nicht im Polizeigefängnis oder Gewahrsam vorgenommen, sondern im Leichenschauhause von dem dort angestellten beamteten Gerichtsarzt auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft. Eine Benachrichtigung von dem Tode und von der Ueberführung der Leiche in das Leichenschauhaus erfolgte unmittelbar nach der Ueberführung der Leiche dorthin im Bureau des Polizeigefängnisses an die Ehefrau des Verstorbenen. Es wäre ihr unbenommen gewesen, bei der Verwaltung des Leichenschauhauses die Hinzuziehung ihres Hausarztes zu beantragen.“

Wir können nur wiederholen, was wir schon neulich sagten: Der Mann mußte nach den Abmachungen zwischen Polizeipräsidium und Magistrat nicht nach der Polizeiwache, sondern nach einer Rettungswache gebracht werden.

#### Eine furchtbare Familientragödie

hat sich in der Nacht zum Sonntag im Südosten der Stadt abgespielt. In der Waldemarstraße Nr. 67 hat die 30 Jahre alte Kaufherfrau Kathilde Runge ihre drei Kinder im Alter von 6, 4 und 3 Jahren mit Phosphor vergiftet, von einem Selbstmord, den sie geplant hatte, Abstand genommen und sich selbst der Polizei gestellt. Im einzelnen wird über den Vorfall berichtet: In dem bezeichneten Hause wohnte seit dem 1. Dezember vorigen Jahres im Erdgeschoß des Auergebäudes der 30 Jahre alte Kaufherr Karl Runge mit seiner Familie. Das Ehepaar ist seit 8 Jahren verheiratet. Runge ist zeitweise unzurechnungsfähig und war schon zweimal in der Irrenanstalt Buch. Von dort holte ihn seine Frau am 10. September vorigen Jahres wieder zu sich. Obwohl er schon früher sie und ihre Kinder mißhandelt hatte, so bestand sie doch, wie sie selbst sagt, auf ihrem Recht, ihren Mann bei sich zu haben, obwohl die Ärzte ihr abrieten. Auch die Kinder, die vier Monate lang im Waisenhaus waren, holte Frau Runge nach ihrer Wohnung zurück. Dort bewohnte die ganze Familie Stube und Küche. Der Mann verdiente gelegentlich, die Frau nähte Schürzen. Ihren materiellen Verpflichtungen kamen die Leute pünktlich nach. Bald aber wurde der Mann wieder unseelisch und mißhandelte die Frau. Er bildete sich ein, er sei nicht der Vater des dreijährigen Knaben Paul. Am letzten Freitagabend gab es in der Wohnung wieder einen furchtbaren Aufruhr. Gegen 11 Uhr abends rief Runge den kleinen Paul aus dem Bett und warf ihn auf dem Treppensprung

hinaus. Dann bedrohte er auch sein Frau. Handgenossen, die den furchterlichen Lärm hörten, gingen zur Polizei des 49. Reviers. Andere nahmen sich des Kleinen an, der nur mit dem Hemde bekleidet vor der Tür der Wohnung stand. Bei der Polizei war unterdessen ein Ersuchen der Staatsanwaltschaft eingegangen, Runge, der bisher noch nicht bestraft ist, wegen einer Körperverletzung, die mit dem Familienstreit aber nicht zusammenhängt, vorzuführen. Zwei Schutzmänner, die das Revier nach der Wohnung sandte, nahmen ihn aus diesem Grunde mit. Frau Runge aber glaubte, daß ihr Mann wegen der häuslichen Austritte festgenommen worden sei. Als sich nun am Sonnabend im Hause das folsche Gerücht verbreitete, Runge sei von der Revierwache entsprungen, fürchtete sie, wie sie sagt, seine Rache. Während Runge in Wirklichkeit dem Kreisarzt vorgeführt, für nicht gemeingefährlich erklärt und deshalb wegen der ihm zur Last gelegten Straftat dem Staatsanwalt vorgeführt wurde, kam seine Frau aus Furcht vor ihm, den sie auf freiem Fuße glaubte, zu dem Entschluß, sich mit ihren Kindern das Leben zu nehmen. Am Sonnabend mischte sie Phosphor, das ihr Mann, der auch schon wiederholt Selbstmordgedanken geäußert hatte, in der Wohnung hatte liegen lassen, in schwarzen Kaffee und goß die Lösung in einen Topf. Dann nahm sie zunächst den jüngsten Sohn Paul und stößte ihm den Gifttrank ein. Der Kleine starb sofort. Ebenso erging es dem zweiten Sohne Karl und dem 7 Jahre alten Mädchen. Als Frau Runge nun ihre Kinder tot in ihren Betten liegen sah, änderte sie ihren früheren Entschluß, sich ebenfalls das Leben zu nehmen. Sie wurde, wie sie sagt, anderen Sinnes und wollte am Leben bleiben, damit ihr Mann, der doch an allem schuld sei, ihr nicht etwa nach ihrem Tode Schlimmes nachreden könne. So nahm sie denn den Gifttopf, dessen Inhalt sie jedesmal, bevor sie ihm einem neuen Opfer einflößte, umgerührt hatte, goß ihn aus und spülte nach, damit nichts übrig bliebe. So schützte sie sich vor der Möglichkeit, doch noch wieder auf den Gedanken zu kommen, sich selbst auch noch zu vergiften. Jetzt packte die Frau ihre Tasche und was sie sonst noch hatte zusammen und stellte sie mit ihrer Nähmaschine, die sie auf Abzahlung hatte, in eine leere Stube neben ihrer Wohnung. Dann ging sie um 2 Uhr nachts zu ihrer verheirateten Schwester in der Bülkerstraße 5, erzählte ihr, was sie getan hatte, und blieb die Nacht über bei ihr. Zwischen 6 und 7 Uhr morgens suchte sie ihren Bruder auf, der in demselben Hause wohnt. Die beiden Frauen gingen dann nach der Wohnung der Frau Runge, um sich die Leichen der Kinder noch einmal anzusehen. Um 9 Uhr kehrte Frau Runge noch einmal zurück und holte sich das Buch über die Abzahlungen für die Nähmaschine. Dann ging Frau Runge, die zum Bruder nach der Revierwache in der Kantenselstraße, um sich der Polizei selbst zu stellen. Die Beamten nahmen den Befund auf und beschlagnahmten die Töpfe, die das Gift enthalten hatten. Um 12 Uhr mittags wurden die Leichen nach dem Scharnhause gebracht.

Nach dem ganzen Verhalten der Frau kann nur angenommen werden, daß sie die Tat in einem Zustande geistiger Abwesenheit verübt hat.

**Der Alkohol.** Im Rauische tödlich verunglückt ist am Sonntag der 52-jährige Schneider Rudolf Schulz aus der Mirbischstraße 2. Er hatte am Vormittag mit einigen Bekannten eine kleine Bierreise unternommen, von der er gegen 1 Uhr mittags in ziemlich stark angetrunkenem Zustande nach Hause zurückkehrte. Als er die Treppe zu seiner im zweiten Stockwerk belegenen Wohnung hinaufging, trat er fest und stürzte rückwärts ab. Blutüberströmt wurde er von Hausbesitzern auf dem Podest liegend aufgefunden und nach der Unfallstation in der Barischauer Straße gebracht, wo ein schwerer Schädelbruch festgestellt wurde. Im Krankenhaus Friedrichshain, wohin der Verunglückte übergeführt wurde, verstarb er in der letzten Nacht, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

**Ein Straßenbahnunfall,** bei dem ein Kind leicht verletzt wurde, ereignete sich am gestrigen Montagmittag gegen 1/2 4 Uhr in der Potsdamer Straße. Dort lief vor dem Hause Nr. 97 der sechs-jährige Sohn Max des Kaufm. 4 wohnenden Schuhmachers Rosber unmittelbar vor einem in der Richtung nach dem Potsdamer Platz fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 59 auf das Gleis, wurde umgestoßen und geriet mit beiden Beinen unter den Schuttrahmen. Mit Hilfe von Passanten wurde der Wagon angehoben und der Knabe in kurzer Zeit aus seiner entsetzlichen Lage befreit. Wunderbarerweise hatte der Kleine nur geringfügige Hautabwürfungen am linken Bein erlitten, die ihm auf der Rettungswache in der Bülowstraße verbunden wurden. Von dort wurde das Kind seinen Eltern zugeführt.

**Sechs Halschmünger sind von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen worden.**

**Ein aufregender Vorfall** ereignete sich am gestrigen Montagmittag gegen 1/2 8 Uhr an der Jungfernbrücke. Dort stürzte sich vor den Augen zahlreicher Passanten ein junges Mädchen in die Spree, das sich schon längere Zeit an jener Stelle aufgehalten und durch sein aufgeregtes Wesen bemerkbar gemacht hatte. Zwei Schiffer sprangen der Lebensmüden sofort nach und es gelang ihnen auch, nach halbseitigen Bemühungen, das Mädchen, das bereits das Bewußtsein verloren hatte, zu retten. Auf der Unfallstation gelang es, die Selbstmordkandidatin wieder ins Leben zurückzurufen. Die Lebensmüde ist die 18-jährige Buchhalterin Charlotte R. aus der Anekestraße in Charlottenburg. Der Grund zu dem Selbstmordverzicht ist in Liebesgram zu suchen. Die R. wurde in das Krankenhaus Westend eingeliefert.

**In Männerkleidern.** Durch eine bemerkenswerte Entscheidung erhielt vor einigen Tagen eine 24-jährige Dame in Friedenau die Erlaubnis, Männerkleider tragen zu dürfen. Dieses junge Mädchen neigt im Aussehen, Wesen und Stimme so sehr einem etwa gleichaltrigen Manne, daß sie in ihrem weiblichen Anzug wiederholt in Verdacht geriet, sich verkleidet zu haben. Sie fühlte sich darüber sehr unglücklich, und da ihre beruflichen Reigungen auch vollkommen männlich waren, wandte sie sich schließlich an den Kreisarzt Dr. med. R., auf dessen Zeugnis sie das Polizeipräsidium ersuchte, ihr das Tragen von Männerkleidern zu gestatten. Sie hatte dem ärztlichen Attest eine Photographie in männlicher und weiblicher Kleidung beigelegt. Sie erhielt auf ihren Antrag folgenden Bescheid: „Auf Ihr Verlangen betr. das Tragen von Männerkleidern vom 13. Dezember 10 erwidere ich Ihnen ergebens folgendes. Nach dem Befehl und der Rücksprache der Gerichte ist das Tragen von Männerkleidern durch eine Frau nur strafbar, wenn die öffentliche Ordnung z. B. dadurch, daß ein Neudienstauftritt entsteht oder in ähnlicher Weise gestört wird. Wenn Sie also Männerkleider tragen, so haben Sie vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß das Tragen solcher Kleidung zu keinen Mißverständnissen führt und die öffentliche Ordnung dadurch keineswegs gestört wird. Nur wenn in letzter Hinsicht ungünstige Tatsachen bekannt würden, müßte Ihnen das Tragen von Männerkleidern verboten werden.“ Diese prinzipiell recht bedeutsame Entscheidung der zuständigen Behörde trägt der Sachlage voll Rechnung.

Eine große Verletzung seiner Befugnisse hat sich am Sonnabendnachmittag ein Bahier, dessen Name bereits festgestellt werden konnte, auf dem Viktorial-Parc zuzuschreiben kommen lassen. Auf dem Kreuzberge spielte nachmittags gegen 5 Uhr der 6 1/2-jährige Knabe Hermann Andersit aus der Apostel-Paulusstraße in Schöneberg mit mehreren gleichaltrigen Kameraden auf dem Wege umher. Die Kinder verließen ihn und wieder die Fußsteige und kletterten über die Felsstücke und Anlagen hinweg. Ueber derartige „Ausdehnungen“ geriet der Parkwächter natürlich in Erregung und drohte den Jungen, daß er ihnen, falls sie noch einmal den Weg verließen, einen Knüttel zwischen die Beine werfen werde. Die Kleinen ließen sich jedoch nicht

an die Worte des Beamten und spielten lustig weiter. Als nun der kleine Andersit in der Nähe des Wächters vorüberlief, steckte dieser dem Knaben seinen Handstock zwischen die Beine, so daß der Knabe dem sehr steilen Abhang etwa fünf Meter weit kopfüber hinunterrollte und bestimmungslos liegen blieb. Mehrere Passanten, die den Vorfall beobachtet hatten, hoben den blutenden Knaben auf und schafften ihn nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer, wo der Arzt eine leichte Gehirnerschütterung und mehrere Kopfwunden feststellte. Wie wir hören, beabsichtigen die Eltern des Kindes gegen den Wächter Strafantrag zu stellen.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Eine neue Oberrealschule soll durch die Stadt in der Schillerstraße 124—126 gebaut werden. In dem Bauplan sind unter anderem 17 Klassenzimmer, zwei Zeichensäle, eine Aula, eine Turnhalle vorgesehen. Die Kosten werden auf 1 844 700 M. veranschlagt. Ebenso notwendig, wenn nicht noch notwendiger als der Bau einer Oberrealschule scheint uns der Bau von neuen Gemeindeschulen zu sein; denn noch immer ist eine Anzahl von Schulklassen in Privathäusern untergebracht. Und einen nicht minder traurigen Zustand bedeutet die städtische Fortbildungsschule in der Wallstraße. Die Unterbringung der Fortbildungsschule in ein altes verbautes Privathaus ist an sich schon ein wahrer Jammer. Um so sonderbarer aber ist es, daß man nicht in erster Linie an eine Veffierung dieser Verhältnisse denkt.

Ein tödlicher Straßennunfall ereignete sich am Sonnabendabend in der Pestalozzistraße. Die in dem Hause Nr. 31 des genannten Straßenzuges wohnende Witwe Degier hatte mit ihrem vierjährigen Sohne Roman Einkäufe gemacht. Als Beide auf dem Rückwege den Fahrdamm überschritten, rief sich der Kleine plötzlich von der Hand der Mutter los und lief gegen die Felle eines herannahenden Steinwagens. Obwohl der Führer des Gefährtes, der erst im letzten Moment die drohende Gefahr erkennen konnte, mit aller Kraft das Gespann zur Seite rief, konnte er leider doch nicht mehr verhindern, daß der Knabe umgestoßen wurde und unter den schweren Wagen geriet. Ein Vorderrad desselben ging dem bedauernswerten Kinde über die Brust hinweg, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Die 2 1/2-Millionen-Erbschaft der Rauhendorfschen Eheleute wird die Stadt annehmen. Von dem Hauptbetrag dieser Erbschaft soll ein Altersheim für männliche und weibliche Angehörige der gebildeten Stände christlicher Religion, insbesondere aber für Künstler und Lehrerinnen, die das 60. Lebensjahr überschritten haben, eingerichtet werden. In dem Altersheim wird den Insassen neben freier Wohnung, Licht, Heizung auch freie ärztliche Behandlung gewährt. Das Einkaufsgeld beträgt für Charlottenburger 600 M., für Berliner 800 M. — Eine Reihe von Miterben hat sich bereits eingefunden, doch wurde über ihre Ansprüche noch nicht entschieden.

### Steglitz.

Die rasche Entwicklung unseres Dorfes spiegelt der Etat für 1911 wieder. Im Jahre 1905 balancierte der Haushaltsplan in Einnahme und Ausgabe noch mit 1 578 000, während er in diesem Jahre die stattliche Höhe von 9 024 000 M. erreicht hat. Daß wir auch in Steglitz bei den 100 Proz. Zuschlag nicht im Ueberflusse leben, zeigt die Entnahme von 250 000 M. aus dem Ausgleichsfonds. Der Etat der Grundbesitzverwaltung ist gegen das Vorjahr (89 540 M.) bedeutend angewachsen; er balanciert mit 382 700 M. Hier mußten zum Ausgleich aus dem Grundbesitzfonds 341 500 M. entnommen werden. Die Allgemeine Verwaltung erfordert einen Zuschuß von 558 290 M. (gegen das Vorjahr + 66 650), die Polizeiverwaltung von 181 500 M. (+ 23 360), die höheren Schulen von 571 300 M. (+ 56 840), die Volksschulen von 637 270 M. (+ 75 070), die Fortbildungsschule von 32 480 M. (+ 1140). Die Gesamtausgaben für das Schulwesen belaufen sich auf 1 840 520 M. An Zuschüssen erfordern ferner: Armenverwaltung 106 400 M. (+ 13 520), Wohlfahrtspflege 42 120 M. (+ 14 150), Feuerwehr 48 910 M. (+ 9070), Bauverwaltung 196 990 M. (+ 26 000), Straßenreinigung und Beleuchtung 192 650 M. (+ 40 590), Garten- und Friedhöfverwaltung 104 600 M. (+ 6300), Grunewaldbahn 12 500 M. (+ 6300), Badeanstalt 33 510 M. (+ 4930). Unser Rieselgut soll einen Ueberflusse von 38 000 M. bringen, zur Balancierung des Kanalisationdetals müssen aber trotzdem 40 000 M. dem vorhandenen Fonds entnommen werden. Das neue Elektrizitätswerk soll gleich im ersten Jahre einen Ueberflusse von 42 000 M. bringen. Das Soll an direkten Steuern ist mit 2 117 600 M. (+ 220 100 M.), an indirekten mit 631 200 M. (+ 5800 M.) eingestellt. Hierbei ist bemerkenswert, daß durch die den Beamten, Pensionären, Offizieren, Geistlichen und Lehrern gewährten Veffierungen bei der Einkommensteuer für die Gemeinde ein Steuerertrag von 189 066 M. eintritt. Um so beschämender ist es für unsere Gemeindeverwaltung, daß sie durch Besteuerung der „Einkommen“ von 660—900 M. sich eine Einnahme von 6350 M. glaubt verschaffen zu müssen. Trotz dieser Besteuerung selbst der ärmsten unserer Mitbürger sind die Schulden seit dem Jahre 1905 von 6 1/2 Millionen auf 23 178 927 M. in diesem Jahre gestiegen, da sich die Aufnahme einer neuen Anleihe in Höhe von 2 1/2 Millionen Mark nötig macht. Der Schuldendienst erfordert denn auch das nette Sümmden von 1 178 650 M. für das Etatsjahr. — Einnahmen fließen der Gemeinde noch zu von der Englischen Gasgesellschaft 100 000 M., von den Charlottenburger Wasserwerken 18 000 M., von der Westlichen Vorortbahn 2000 M., aus dem Anschlagwerfen 850 M., von den Vororts-Elektrizitätswerken 2000 M. Auch die Marktverwaltung liefert einen Ueberflusse von 25 410 M. — Der neue Etat hat nicht nur die 100 Prozent Zuschlag, sondern auch alle übrigen Steuererträge in der früheren Höhe eingestellt. Einem eventuellen Antrag auf Erhöhung der 100 Prozent hat der Hausbesitzerverein bereits einen Riegel durch einen Vereinsbeschluß vorgezogen, auf alle Fälle an dem bisherigen Steuerfusse festzuhalten.

### Mariendorf.

Die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigte sich zunächst in äußerst lebhafter und langer Debatte mit dem Antrage der hiesigen Kirchengemeinde betreffs Gewährung einer Beihilfe zum Kirchenbau in Siedende. Zum allgemeinen Erstaunen erklärte der Gemeindevorsteher nach Verlesung des Antrages, daß er nicht für eine Beihilfe zu haben sei. Es dürfe aus Gemeindegeldern, die von Dissidenten, Juden, Katholiken und Sekten anderer Angehörigen aufgebracht werden, eine Beihilfe zum Bau einer evangelischen Kirche nicht gegeben werden, noch dazu, da die Kirchengemeinde selbst reich genug sei. Verschiedene bürgerliche Herren waren diesmal ganz entgegengelegter Ansicht und verlangten als echte Christen, daß zu einer Kirche die Gemeinde stets Mittel geben müsse, denn eine Kirche sei die Zierde eines Ortes. Von unseren Genossen wurde der Antrag ganz entschieden bekämpft. Genosse Reichardt erklärte hierbei, daß wenn die Herren aus Gemeindegeldern Zuschüsse für den Kirchenbau haben wollen, dann sollen sie auch dafür sorgen, daß es eine Art Gemeindegeld wird, wo alle Sekten oder Vereine Zusammenkünfte abhalten können. Gleichzeitig konnte Genosse Reichardt feststellen, daß der Gemeindevorsteher seine so oft betonte Ansicht, Anträgen von Vereinen, Korporationen oder Einzelpersonen nicht statzugeben zu wollen, wieder verlassen habe, ein Zeichen, daß er also nur bei Vereinen, die ihm nicht genehm sind, so vor allem bei Arbeitervereinen, eine Ausnahme mache. Genosse Weber geißelte in scharfen Worten die Widersprüche der Kirche in ihrer Lehre und in ihrem Handeln und betonte, daß diejenigen die Mittel aufzubringen hätten, die ein inneres Bedürfnis nach derselben bekunden. Ueber diese Ausführungen waren die Befürworter des Kirchenbaues förmlich entzweit und sie verurteilten, unseren Genossen Terrorismus in Partei und Gewerkschaften vorzuwerfen; diese Angriffe wurden natürlich treffend zurückgewiesen. Den Antrag eines bürgerlichen, wenigstens 5000 M. als Beihilfe zu geben, lehnte die Vertretung in,

von unseren Genossen beantragter, namentlicher Abstimmung mit großer Majorität ab. — Hierauf wurde über den Antrag auf Erteilung der Genehmigung zur Anlegung eines Sportplatzes mit Radrennbahn verhandelt. Nachdem die Vertretung in einer früheren Sitzung sich im Prinzip für die Errichtung einer Radrennbahn erklärt hatte, lag jetzt ein spezifizierter Antrag des Direktors Knorr von der Radrennbahngesellschaft vor. Danach sollte die Bahn auf dem Mertenischen Terrain in der Nähe des Bahnhofs Mariendorf errichtet werden. Die vom Direktor selbst in Aussicht gestellte Pflanzsteuer lehnte die Gemeindevertretung ab, letztere würde sich nur auf Zahlung einer Pauschsumme einlassen. Vor allem wurde von den ständigen Vertretern Einspruch gegen die Errichtung auf ständiger Gebiet erhoben, weil Stände ein Villenort und dort nicht einmal Fabrikbetrieb gestattet sei. Im übrigen würde die Gemeinde durch die Bahn keine großen Vorteile haben. Nach längerer Debatte versagte die Vertretung die Genehmigung mit dem Bemerkten, daß die Ablehnung nicht für alle dazu geeigneten Plätze gilt. Günstiger dazu liegt das Terrain der englischen Gasanstalt in der Ringstraße, wogegen kein Einspruch erhoben wird.

Die letzte nichtöffentliche Sitzung, die sich mit der Regelung der Beamtengehälter und Gemeindegeldbeschlüssen beschäftigte, hat den Gemeindegeldbeschlüssen wesentliche Aufbesserungen gebracht. Unsere Genossen hatten sich die Aufgabe gemacht, einen Arbeiteretat aufzustellen und konnten an der Hand desselben nachweisen, wie unzulänglich bei den heutigen Lebensmittelpreisen die Löhne sind. Den bürgerlichen Herren schienen die Gründe auch einleuchtend, denn sie bewilligten den Straßenarbeitern einen Anfangslohn von 4,25 M. pro Tag, nach zwei bis fünf Jahren steigend auf 4,75 M. Der Anfangslohn bei der Spülkolonne beträgt 4,35 M., steigend nach fünf Jahren auf 4,75 M. Wenn nun auch diese Löhne keineswegs für ausreichend gelten können, so ist es doch wenigstens dem ständigen Drängen unserer Genossen gelungen, die Löhne der Gemeindegeldbeschlüsse zu gestalten, daß man sie mit als die höchsten in den Vorortgemeinden bezeichnen kann.

### Rixdorf.

Das letzte vom Magistrat veranstaltete Volks-Sinfoniekonzert am 28. März in der „Neuen Welt“ unter Leitung des Kapellmeisters E. v. Strauß wird u. a. Mendelssohns Rusli zum „Sommerachts-traum“, die Peer-Ghnt-Suite und die Ouverture zu „Rienzi“ bringen. Die königl. Sängerin Frau Kurth und der königl. Kammerjäger Sommer haben ihre Mitwirkung zugesagt. Letzterer wird die Groß-Erzählung aus „Rohengrin“ mit Begleitung des Orchesters singen. Die Preise für dies Konzert, über welches demnächst das Nähere durch Säulenanschlag bekannt gegeben werden wird, sind auf 75 Pf. und 1 M. festgesetzt worden.

Gegen die Schuldenliteratur. Die Redatoren sind ersucht worden, die von den verschiedenen Schreibwarenhandlern usw. erhobenen Einsprüche auf ihre Verächtlichkeit zu prüfen und nur bei nachweisbarer dauernder Entfernung der betreffenden Schriften die gegen den Geschäftsinhaber getroffenen Maßnahmen wieder aufzuheben. Ferner ist die Schuldeputation mit dem Kunstauschuss der Rixdorfer Lehrerschloß in dem Versuch in Verbindung getreten, in den Kreisen der Geschäftsinhaber aufklärend über den Begriff der Schuldenliteratur zu wirken und ihnen einwandfreie und billige Jugendliteratur und deren Bezugsquellen nachzuweisen. Wie gewissenlos einige Geschäftsinhaber auch jetzt noch handeln, beweist, daß von zwei hiesigen Geschäften Leihbibliotheken für Schandschriften, speziell für Schüler, eingerichtet sind. Wegen Hinterlegung von 50 Pf. als Pfand und gegen eine Leihgebühr von 1—5 Pf. können die Schüler dort dauernd ihren Bedarf an aufreizender usw. Lektüre decken. Der Kampf gegen diese Schäden muß von Schule und Haus mit allem Nachdruck durchgeführt werden.

### Ober-Schöneweide.

Die Gemeindevertretung wird sich in ihrer am heutigen Dienstadt nachmittag 5 Uhr in der Schulaula, Friesenstr. 48, außer mit den von unseren Genossen eingereichten Anträgen betr. Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsnachweis noch mit der Beratung des Etats für 1911 beschäftigen. Es liegen dazu eine Reihe von Beschlüssen der Staatskommission vor. So ist dort unter anderem gegen die Stimmen unserer Genossen die Subventionierung des vaterländischen Frauenvereins mit 300 M. zur Errichtung eines Kinderhortes beschlossen worden. Dem Antrage unserer Genossen, den Arbeitern des Kanalisationswerkes in Anbetracht der gesundheits-schädlichen Arbeit statt des dreitägigen einen achtstägigen Ferienurlaub zu gewähren, wurde zugestimmt; ein weiterer Antrag, die Weihen an die Kirchengemeinden im Betrage von 4000 M. aus dem Etat zu streichen, wurde abgelehnt. Ein Antrag der Hausbesitzer, die Hundsteuer von 20 auf 30 M. zu erhöhen, wurde abgelehnt; jedoch soll jeder zweite Hund eines Besitzers mit 30 M. besteuert werden. Eine Petition der Standinhaber des Wochenmarktes um Verlängerung der Verkaufszeit im Sommer bis 8 Uhr abends wurde abgelehnt. Von Wichtigkeit ist der Beschluß betreffend den Kinderhort; der vaterländische Frauenverein vom Roten Kreuz will zunächst 10—15 Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren während des Tages in einem Heim Aufnahme gewähren, wenn ihnen zu Hause die nötige Aufsicht fehlt. Vergebens haben unsere Genossen darauf hingewiesen, daß es Pflicht der Gemeinde sei, sowohl das Kindergartenunternehmen als auch die Krippe sowie diese Einrichtung in Gemeinderegie zu nehmen; es müsse gegen die Vordrängung der Privatwohlfühligkeit protestiert werden, welche vielfach nur zur Befriedigung widriger Eitelkeit geübt werde. Zudem könne die allgemeine Kritik hier nicht fördernd eingreifen wie beim Gemeindefiskus, ganz abgesehen von der Unzulänglichkeit der geplanten Einrichtung, welche befürchten lasse, daß hier nur die Würdigen ausgesucht würden. Die Armen wollen nicht Wohlthaten an den Hals geworfen bekommen, sondern sie verlangen Besserung ihrer elenden Lage durch die Allgemeinheit.

### Borghagen-Kummelsburg.

Das Resultat der Kaufmannsgerichtswahl am Sonntag, den 12. März schießt sich den bisherigen Erfolgen des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands würdig an. Auch hier hat sich die Zahl seiner Wähler verdoppelt. Das genaue Resultat ist folgendes (die Zahlen von 1908 in Klammern):

- I. deutsch-national . . . . . 27 Stimmen (17), 2 Wähler (2)
- II. Zentralverband . . . . . 20 . . . . . (11), 2 . . . . . (1)
- III. Verein d. deutsch. Kaufleute 20 . . . . . (25), 1 . . . . . (2)

Der von den Handlungsgehilfen beantragte gänzlichen Ausschluss der Sonntagsarbeit im Handelsgerichte ist von der Korporation der Gewerbetreibenden wie vom Kaufmannsgericht nur insoweit beigetreten worden, als man zwar erklärte, im Prinzip für die vollständige Sonntagsruhe einzutreten, für die Uebergangszeit aber dafür sei, den Verkauf in allen Geschäften ohne Ausnahme einer Branche in der Zeit von 7—10 Uhr vormittags zu gestatten. Der Gemeindevorstand hatte demzufolge der Gemeindevertretung ein Ortstatut über die Verdrängung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen zur Beschlußfassung unterbreitet, welches in seinem § 1 besagt: „In offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter — abgesehen vom ersten Weihnacht-, Oster- und Pfingsttage, an welchem ihre Beschäftigung überhaupt untersagt ist — an Sonntagen und Festtagen nur in der Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags beschäftigt werden, soweit nicht Ausnahmen durch die hierfür zuständigen Behörden festgesetzt werden.“

Unser Vertreter Günther trat in überzeugender Weise für die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe ein; von bürgerlicher Seite wurde dagegen geltend gemacht, daß man augenblicklich die vollständige Sonntagsruhe ohne Schädigung der hiesigen Geschäftsleute nicht einführen könne, da selbst Berlin hierzu jetzt noch nicht zu haben sei. Auch wandten sich einige bürgerliche Vertreter wegen der Abweichungen der hiesigen Bestimmungen gegenüber den zu erwartenden Berliner Bestimmungen gegen die sofortige An-

nahme des vorgelegten Ortstatuts und verlangten, daß mit der Beschlußfassung so lange zu warten sei, bis Berlin endgültig hierüber beschloffen hätte. Unsere Vertreter widersprachen dem entschieden und beantragten sofortige Beschlußfassung mit der Motivierung, daß bei etwaigen in Betracht kommenden Abweichungen des Berliner Ortstatuts von den hiesigen Bestimmungen, das hiesige Ortstatut dann eventuell entsprechend revidiert werden könne. In diesem Sinne wurde nach kurzer Debatte das vorgelegte Ortstatut einstimmig gutgeheißen. Die geplante Erhöhung der Friedhofsgebühren verfiel der Vertagung. Es wurde dann noch in Bezug auf die Reichswertzuwachssteuer beschlossen, den von der Regierung an die Hand gegebenen Weg zu wählen, wonach die Bestimmungen des Reichswertzuwachssteuergesetzes sofort für unsere Gemeinde Anwendung finden sollen. Hiernach erhält unsere Gemeinde außer 40 Proz. noch die Plusdifferenz zwischen diesen 40 Proz. und dem Durchschnittsbetrag, welcher sich auf 58 500 M. stellt.

### Friedrichshagen.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung sowie die des kommunalen Arbeitsnachweises wird in einer am Mittwoch, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Lerche (Mundteil) stattfindenden öffentlichen Versammlung behandelt. Referent ist Stadtverordneter A. Ritter-Berlin. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft möge für den Besuch dieser Versammlung rege agitieren.

### Friedrichsfelde.

Der Wahlverein beschäftigte sich erneut mit den beiden Anträgen: Einführung eines Montagabendes und Bildung eines Raifonds. Die Einführung einer Montagabende mit gleichzeitiger Erhöhung des Abonnementspreises wurde nach lebhafter Diskussion mit 87 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Auch die beiden vorliegenden Resolutionen, die Regelung der Raifeier betreffend, wurden abgelehnt.

Hierauf hielt Gemeindevertreter Genosse Winkler einen beifällig aufgenommenen Vortrag über den alten und neuen Etat in der Gemeindevertretung. Der Redner hat die Genossen, falls sie noch Material über Mißhandlungen der Kinder in der Schule besitzen, sich unverzüglich an ihn zu wenden.

Zu dem am 19. März stattfindenden Frauentag versammeln sich die Genossinnen und Genossen im Bezirkslokal von Bartholomäi mittags 1 1/2 Uhr und gehen nach Lichtenberg zur Versammlung.

### Zehlendorf (Wannseebahn).

Da nach einem Beschluß der Gemeindevertretung die Michaelisklassen in Fortfall kommen, werden bei der diesjährigen Oster-einschulung nur die Kinder als schulpflichtig angenommen, die bis zum 1. Juli des Jahres sechs Jahre alt werden. Zum Oktober finden keine Einschulungen mehr statt. Alle Kinder, die nach dem 1. Juli sechs Jahre alt werden, kommen erst für das am 1. April 1912 beginnende Schuljahr in Betracht.

### Alt-Glienitz.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung nahm den ersten Bericht des Schularztes Dr. Lindhorst entgegen. Der Bericht bemängelte die unhygienischen Zustände der Schulräume; bei einem Kinde wurde Tuberkulose festgestellt. Der Anpflanzung des Germanenplatzes nach den Plänen des Obergärtners Häbner wurde zugestimmt. Der Kostenpunkt ist 650 M., wovon 200 M. durch Stiftungen gedeckt werden. Das Schulhausbauprojekt hat bei der vorgelegten Behörde eine Aenderung erfahren. Dieser wurde zugestimmt, weil durch sie die Bauausführung beschleunigt wird. Als Bauplatz kommt das Gemeindegelände südlich Köpenicker Str. 31 in Betracht. Das Gebäude wird dreistöckig, massiv und mit 14 Klassenräumen gebaut. Die Baukosten betragen 200 000 M. Zu diesem Betrage leistet die Regierung aus Patronatspflichten Zuschüsse. Die aus Anlaß des Straßenbahnbaues vorgenommenen Straßenänderungen wurden genehmigt und die Kosten bewilligt.

### Petershagen bei Fredersdorf.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde zunächst dem Antrag einer Bodenspekulationsfirma, eine größere Anzahl von Straßenparzellen an die Gemeinde aufzulassen, zugestimmt. Nach Erledigung einiger kleiner Sachen wurde dann der Etat-Voranschlag für 1911/12 vorgelegt. Derselbe beträgt in Einnahme und Ausgabe 18 800 M. Die Mehreinnahme ist mit 2300 M., die Mehrausgabe mit 2250 M. veranschlagt. Verügt wurde von unseren Genossen, daß die Etatstellung nur in zwei Exemplaren hergestellt wurde, sie ersuchten zur ordentlichen Erhaltung jeden einzelnen Gemeindevortreter ein Exemplar der Aufstellung auszuhandigen. Der Etat selbst wurde mit 9 gegen 2 Stimmen angenommen. Am endlich einmal die leidige Straßenangelegenheit mit dem Grundbesitzerverein „Eienburg“ aus der Welt zu schaffen, wurden von der Gemeindevertretung hierzu 6 Personen nominiert.

Wahltag in der zweiten Abteilung. Bei der am Sonnabend, den 11. d. Mts., stattgefundenen Erlozwahl der zweiten Klasse für den Gemeindevortreter Lange erhielt von den abgegebenen 84 Stimmen der Sozialistenkandidat Emil Runge 8, unser Genosse Alexander Claus 25 Stimmen. Letzterer ist somit gewählt und zehrt als dritter Genosse in die Gemeindevertretung ein.

### Weihensee.

Die alte bürgerliche Fraktion und ihre „Wähler“ haben sich vom Regierungsbeamten Granitz über den Zwangsverband Groß-Berlin einen Vortrag halten lassen. Die Ausführungen des Referenten verdienen den Lesern schon wegen ihrer unromantischen Aufmachung wiedergegeben zu werden. So sprach er u. a. vom sogenannten „Liberalismus“ in den Ortverwaltungen. Die Haus- und Grundbesitzer hätten keine Veranlassung, städtischen und staatlichen Behörden irgendwelches Vertrauen entgegenzubringen. Aus „Zweckmäßigkeit“ prinzipien habe man den Grundbesitzer überall in unerhörter Weise geschunden und geplagt. Ein sozialer Launen, ein sozialer Dusek sei in die Verwaltung der Großstädte gekommen (lebhaft Zustimmung); das koste aber mächtiges Geld und da würden einfach die Realsteuern in unzulässiger Weise erhöht. Zum § 1 des Zwangsverbandesgesetz sagte er: Der Standpunkt der Aktionäre der Großen Berliner sei nicht zu verkennen, denn es handle sich hier um eine Erwerbsgesellschaft und man könne von den Aktionären beim besten Willen nicht verlangen, daß sie zu einem Ledigenheim oder Säuglingskrankenhaus beisteuern sollten. (Große Heiterkeit.) Der heutige kommunale „Freisinn“ unterscheidet sich nur in wenigen Punkten von der Sozialdemokratie (Sehr richtig!) und wer sich einmal dagegen wende, der werde als reaktionär verachtet. (Zurufe: Ganz wie in Weihensee.) Der heutige kommunale „Freisinn“ habe die Haus- und Grundbesitzer an den Rand des Verderbens gebracht. Doch immer mehr komme man mit sogenannten sozialen Projekten; neuerdings mit einer Arbeitslosenversicherung. Eine solche Arbeitslosenversicherung einzuführen, hieße eine Prämie auf die Faulheit setzen. (Lebhafte Bravo!) Den Herren, die solche Projekte anarbeiten, koste die Sache nichts, aber sie schmeichle ihnen. Das Glück der Kommunen liege solchen Herren nicht am Herzen, mehr das Großhospital und der eigene Vorteil. Es verzieht sich von selbst, daß dem Referenten am Schluß seiner Rede von den Zuhörern reichlicher Beifall spendet wurde. Die „Alten“ und ihr winziger Anhang haben in Punkto Rückständigkeit bereits das Menschenmöglichste geleistet. Und der Leiter dieser kleinen Schaar, der Großgrundbesitzervertreter König, hat für seine soziale Tugend nicht umsonst den höchsten Orden erhalten. Nun heißt es bloß noch, die stark ins Wackeln geratene Position wieder zu festigen.

### Pankow.

Die Frist zur Eintragung in die Wählerliste der Handlungsgehilfen für das Kaufmannsgericht läuft am 17. März ab. Wahlberechtigt ist jeder Handlungsgehilfe, der in Pankow beschäftigt ist, bis zum Tage der Wahl, 2. Mai 1911, das 25. Lebensjahr vollendet hat und in der Wählerliste steht. Die Eintragung in die Wählerliste

geschicht nur auf Antrag. Dieser ist im Rathaus zu Pankow, Weitestraße 25/26, Zimmer 43, werktäglich 8—3 Uhr, Sonntags 9—12 Uhr, bis spätestens 17. März anzubringen.

Hierzu ist eine Vernehmung des Prinzipals erforderlich, daß der Antragsteller in Pankow als Handlungsgehilfe beschäftigt ist. Formulare für diesen Zweck sind an obgenannter Stelle im Rathaus sowie in der Berliner Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, Neue Königl. 36 (VII 1022), geöffnet 9—5 Uhr, zu haben.

Wird die Eintragung abgelehnt, so ist innerhalb acht Tagen Beschwerde beim Gemeindevorstand zu erheben.

Wer seine Eintragung nicht beantragt, verliert sein Wahlrecht! Auskunft erteilt bereitwillig der genannte Verband.

### Wilhelmsruh-Rosenthal.

Sind die hiesigen Grundbesitzer zur Herstellung des Bürgersteigs verpflichtet? Diese Frage hat jetzt das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz bejaht. Es wies endgültig die Klage ab, durch welche der Eigentümer Wendland zu Wilhelmsruh eine Verfühlung des Amtsvorstehers angefochten hatte, welche ihm die Herstellung des Bürgersteigs vor seinem Grundstück aufgab. Das Oberverwaltungsgericht nahm an, daß sich in Wilhelmsruh hinsichtlich der Herstellung der Bürgersteige eine Obergrenze zu Lasten der Straßenanlieger (Grundbesitzer) gebildet habe. Eine Reihe von Zeugenaussagen sprachen dafür, daß in der Gemeinde in längerer gleichmäßiger Uebung die Grundbesitzer Bürgersteige hergestellt hätten in der Ueberzeugung, daß eine Rechtspflicht dazu bestehe. Damit seien die Voraussetzungen für die Annahme einer Obergrenze gegeben. Die Verfügung des Amtsvorstehers sei deshalb gerechtfertigt, da auch die Art der Herstellung, wie sie der Amtsvorsteher forderte, zweckmäßig und notwendig sei.

### Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Zur Beschaffung einer Kohlenverlade- und Transportanlage wurden von der Versammlung 110 000 M. gefordert, welche aus der Anleihe zur Erweiterung der Gasanstalt genommen werden sollen. Gleichzeitig sollte die Ver-sammlung den Zuschlag zur Ausführung dieser Anlage an die deutsche Maschinenfabrik Akt.-Gesellschaft in Duisburg erteilen. Diese Kohlenverlade- und Transportanlage wurde schon vor einigen Jahren gefordert, als man sich noch gar nicht darüber einig war, welche Art von Oesen verwendet werden sollten. Die Versammlung hatte aber immer abgelehnt. Jetzt, nachdem nun die neuen Oesen fertig sind und gut funktionieren, wie der Referent Dammann erklärte, stimmte die Versammlung einstimmig der Magistratsvorlage zu. — Eine ziemlich ausgedehnte zeitliche Vorlage betreffend Bewilligung von 121 400 M. aus dem Kanalisationsfonds zur Erweiterung der Kanalanlage in der Adamstraße. Der Referent Stadtverordneter Sierow hielt die Vorlage noch nicht für genügend durchgearbeitet und beantragte Rückverweisung an die Kanalisations-Deputation. Entgegen den sonstigen Gepflogenheiten stimmte die Versammlung diesem Antrage auf Rückverweisung nicht zu, weil die Sache große Eile habe und auch schon von der Regierung gefordert werde, sondern genehmigte die Magistratsvorlage. — Ohne Debatte bewilligte die Versammlung 25 000 M. zur Verlegung einer Gasleitung in der Kolonie Haselhorst. — Nach längerer Debatte genehmigte die Versammlung die Vergrößerung der Wagenhalle der Straßenbahn und bewilligte die Summe von 6000 M. dazu. Von den sozialdemokratischen Stadtverordneten erklärte Genosse Pieper, daß er die bestehende Wagenhalle noch für ausreichend halte und er und seine Freunde deshalb gegen die Vorlage stimmen werden. Nach Erledigung einiger weniger wichtiger Vorlagen über Großrohrverlegung, Lieferung von Privatgasanstaltungen durch die städtische Gasanstalt usw., gelangte dann noch in letzter Stunde die bereits einigemal vertagte Luftfahrtssteuerordnung zur Verhandlung. Nach stundenlangem Debatte wird diese Vorlage, die keine Gnade vor den Augen der Stadtverordneten fand, dem Magistrat zurückgegeben. Natürlich wird die Vorlage wieder eingebracht und später auch mit einigen kleinen Änderungen angenommen werden.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Am Mittwoch, den 15. März: Uebungabend bei Böhle, Handelstr. 20. Vortrag über Ulichschlag und Beschädigung durch Elektrizität.

Sind Sinaubetriebe wirkliche Kupferbetriebe? lautet das Thema, das heute, Dienstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, in einer im Spandauer Bod stattfindenden Volksversammlung Reichstagsabgeordneter Sebering behandeln wird. Es wird ersucht, für diese Versammlung eine umfassende Agitation zu entfalten.

### Potsdam.

Die Wahlvereinsversammlung erklärte sich nach reger Diskussion mit den auf der Kreisgeneralversammlung gefassten Beschlüssen einverstanden, insbesondere mit der Beitragserhöhung. Die Art der Beitragserhebung soll in dem nächsten Jahrlaubend (22. März) besprochen werden. Zur Raifeier wurde, nachdem sich alle Redner für die Arbeitsruhe als würdigste Feier ausgesprochen, folgende Resolution angenommen: „Der Wahlverein ersucht es für notwendig, einen bestimmten Betrag von denjenigen Genossen zu erheben, welche nicht in der Lage sind, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Die Höhe desselben zu bestimmen, überläßt der Arbeit dem Gewerkschaftskartell, und erwartet, daß sich die politisch Organisierten den Beschlüssen fügen. Ferner erwartet der Wahlverein eine nähere Verständigung mit den Gewerkschaften.“ Wie in den früheren Jahren geschieht die Veranstaltung gemeinsam mit dem Gewerkschaftskartell; vormittags findet die Versammlung bei Wilhelm, Kaiser Wilhelmstraße, statt. Aufgenommen wurden 16 neue Mitglieder.

Feischergesellen: Mittwoch, den 15. März, abends 9 Uhr: Große öffentliche Versammlung im Ritters Festsaal (gr. Saal), Roppenstraße 29. Tagesordnung: 1. Warum müssen die Feischergesellen bei der Delegiertenwahl zur Innungskrankenkasse die Liste des Zentralverbandes wählen? Referent: Kollege Paul Bergmann. 2. Das Komödientenspiel im Innungsarbeitsnachweis und Dräber als Agitator der „Gelben“. Referent: Kollege Josef Doermann, Mitglied des Geheimausschusses. 3. Freie Aussprache.

### Witterungsbericht vom 13. März 1911.

Stationen	Barometerr. überm. man.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C.	Stationen	Barometerr. überm. man.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C.
Stettin	750	SSO	3	bedekt	4	Dachau	756	SB	2	bedekt	-2
Quedlinburg	745	SO	3	bedekt	5	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	749	SO	2	bedekt	4	Schwabm.	756	WSW	7	wolkig	6
Königsberg	743	SO	4	bedekt	3	Worms	751	SSW	4	Schnee	2
München	751	SB	4	bedekt	3	Wars	740	SB	3	bedekt	4
Wien	756	SO	3	halb bed.	0						

Wetterprognose für Dienstag, den 14. März 1911.  
Giemlich mild, vorherrschend wolkig mit Niederlagen und lebhaften fälligen Winden. Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 12. 3.	am 11. 3.	Wasserstand	am 12. 3.	am 11. 3.
Remel, Mühl	455 <sup>1)</sup>	-14	Saale, Gerstlitz	202	-16
Regel, Jüterburg	218 <sup>1)</sup>	-19	Havel, Sandham	152	0
Reichel, Teltow	413 <sup>1)</sup>	-16	Havel, Sandham	174	+1
Oder, Ratibor	220	0	Spree, Spremberg	148	-10
„ Profen	329	-1	„ Beeslow	222	+1
„ Frankfurt	374	-1	„ Bismarck	45	-10
„ Schramm	333	+1	„ Rindow	158	-13
„ Landsberg	318	0	„ Rhein, Magdalenbau	406	-10
„ Borsum	153	0	„ Rahn	273	-16
„ Leimnitz	124	-10	„ Rade	327	-23
„ Preben	30	-17	„ Redar, Seibrom	127	-12
„ Pardo	377	-15	„ Rain, Berthelm	—	—
„ Magdeburg	324	-10	„ Rojel, Trier	134	-10

1) + bedeutet Hoch, — Fall, — 1) Unterpegel, — 2) eisfrei.

